

gung dient oder einer Entspannung in der Freizeit oder im Urlaub, um möglichst schnell aus dichtbesiedelten Stätten in die Freiheit der Natur zu gelangen und dort die verdiente Erholung nach angestrenzter Arbeit zu finden, an der auch die ganze Familie teilnehmen kann. Dazu hat der schaffende Mensch ein gutes Recht, und niemand macht es ihm streitig. Aber leider dient die Wahl des Autos und seiner Motorenkraft und die vernunftwidrige Ausnutzung der möglichen Geschwindigkeit auch einem persönlichen Geltungsbedürfnis, ja einer Geltungssucht und Angeberei. Jeder, der häufiger auf den Straßen fahren muß, kennt diese Typen von Fahrern. Oft sind es nicht einmal die stärksten Wagen, die den Verkehr am meisten gefährden, sondern die kleinen und schwächeren, aus denen das Letzte herausgeholt wird, um zu zeigen, was man kann. Selbstsucht, die Wurzel so vieler Sünden, waltet auch hier in mörderischer Rücksichtslosigkeit.

3. Dabei unterläuft bei sonst einigermaßen gewissenhaften, im bürgerlichen Leben sogar anständigen und zuverlässigen Menschen gern der Irrtum, die geltenden Verkehrsvorschriften und Geschwindigkeitsbegrenzungen seien nur staatliches oder gar nur polizeiliches Verbot, das nicht die Gewissen bindet. Eine solche Annahme ist eine Torheit. Es kann den Gläubigen gar nicht oft genug eingeschärft werden, daß den Verkehrsordnungen, deren Zweckmäßigkeit im einzelnen Sache der zuständigen Behörden ist, die sittlichen Normen des Naturrechts und des Gesetzes Gottes zugrunde liegen, die daran erinnern, daß niemand das Recht hat, seinem Nächsten zu schaden oder ihm Leben und Gesundheit zu nehmen. Für Christen gelten in diesem Falle auch noch die Liebesgebote Christi. Darum ist eine rote Verkehrsampel oder ein Stoppzeichen an einer gefährlichen Kreuzung seinem Wesen nach nicht nur eine polizeiliche Warnung, es ist auch Zeichen für das Gebot Gottes, den Nächsten zu achten und — zu lieben. Es ist eine sehr sachliche und moderne Aufforderung zur Selbstverleugnung! Man bringt heute an besonderen Gefahrenstellen Totenköpfe an. Ebensogut könnte man Kreuzfixe anbringen. Denn wer seinen Nächsten mit Todesnot bedroht, schlägt einen Bruder Jesu Christi ans Kreuz. Es gibt keine Gründe, um diesen eindeutigen Sachverhalt abzuschwächen. Man sollte ihn im Gegenteil so grell wie möglich einprägen. Verkehrssünder sind in den meisten Fällen Sünder vor Gott, sogar besonders schwere Sünder, weil sie den Nächsten um einen guten und wohl vorbereiteten Tod betrügen. Sie rauben ihm und sich selber die ewige Seligkeit. Kein Wort ist hart genug, um das zu verkünden.

4. Katholiken, die Auto fahren, sollten darum nicht nur, wie es zuweilen geschieht, ein Andachtsbild oder die Bilder der eigenen Kinder als Memento über dem Schaltbrett ihres Wagens anbringen — das ist eine gute Sitte, jedenfalls sehr viel besser als der Gebrauch von dummen Maskotten —, sie sollten sich ein kurzes Gebet ausdenken, das sie in demselben Augenblick sprechen, wenn sie den Zündschlüssel einstecken, um den Motor anzulassen: eine Anrufung Gottes mit der Bitte, sie in keinem Augenblick der Fahrt mit seiner Gnade und seinen Warnungen zu verlassen, und mit dem Gelöbnis, alle Verkehrszeichen als Gottes Zeichen zu achten. Das würde schon sehr helfen. Noch wichtiger als das Anspringen des Motors und die Sorge, daß er rasch auf Touren kommt, ist das Anspringen des sittlichen Bewußtseins und die lebendige Gegenwart Gottes auf der bevorstehenden Fahrt. Denn jede

Fahrt führt zu gewissen Zeiten nahe am Tod vorbei, auch wenn man selber größte Vorsicht walten läßt. Es gibt Umstände, die man nicht voraussehen kann, vor allem die Mitfahrer im Gegen- und Seitenverkehr. Manchmal ist es nur ein herabgefallenes Herbstlaub auf nasser Straße. Die Gebetsmeinung denkt aber durchaus nicht nur an katholische Gläubige, sie meint alle. Wir sollen nicht nur versuchen, uns selber in die rechte geistliche Wachsamkeit zu versetzen und darin zu erhalten, wenn wir den Wagen besteigen, wir sollen für alle beten, auch für die vielen Menschen, die kein ausgebildetes Gewissen mehr haben. Auch sie müssen durch die Fürbitte der Kirche erreicht und zu Gerechtigkeit und Liebe angeleitet werden, sonst ist unsere eigene Sicherheit nicht vollkommen. Diese Fürbitte gehört heute zu den unerläßlichen Werken der geistlichen Barmherzigkeit.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Gebetsaufruf des Episkopats für die Wiedervereinigung Deutschlands und den Frieden der Welt

Angesichts der internationalen Konferenzen, auf denen in diesem Sommer auch das Schicksal Deutschlands behandelt wird, haben die Bischöfe der Bundesrepublik und Westberlins einen

Gebetsaufruf erlassen, der am 26. April 1959 den Gläubigen bekanntgemacht wurde. Er hat folgenden Wortlaut:

In den nächsten Wochen und Monaten werden Staatsmänner aus West und Ost Entscheidungen über Deutschland zu treffen haben, die Wohlfahrt und Heil unseres gespaltenen Volkes tief berühren. In unserer Sorge um die Zukunft unseres Volkes erhoffen wir von den Entschlüssen der Staatsmänner, daß durch eine gerechte Lösung der Friede unter den Völkern erhalten und gefestigt werde.

Die kommenden Entscheidungen werden sich auch auswirken auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit des einzelnen, auf die menschenwürdige Gestaltung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens und auf die Freiheit der Kirche. Wir können nicht übersehen, daß geistige und religiöse Lebensordnungen in Teilen unseres Vaterlandes aufs schwerste bedroht sind.

Es liegt nicht in der Sendung der Kirche, unmittelbar auf politische Entscheidungen einzuwirken. Wohl aber ist sie der Wohlfahrt und dem Heil unseres Volkes unlöslich verpflichtet. So rufen wir alle Gläubigen auf, in den Gottesdiensten der Gemeinden und im persönlichen Gebet inständig zu Gott um die Freiheit der Kirche, um die Wiedervereinigung unseres Volkes und um den Frieden der Welt zu flehen.

Nöte und Aufgaben der Krankenseelsorge

Auf der Krankenseelsorgertagung, die am 26./27. Januar 1959 in Köln-Hohenlind stattfand, wurde u. a. auch

das Thema der „Zusammenarbeit von Krankenseelsorger und Schwester“ behandelt. Das Hauptreferat hierüber hielt eine weltliche Oberin. Sie zeichnete auf Grund eigener praktischer Erfahrungen die Situation der weltlichen katholischen Krankenschwestern in den interkonfessio-

nellen bzw. kommunalen Krankenanstalten in Deutschland und die Apostolatsverpflichtungen, die sich aus der Besonderheit sowohl des Schwesternberufes als auch des in diesen Häusern indifferenten Milieus ergeben. Sie trug ferner eine Reihe Wünsche vor, die von den Krankenhauseseorgern in Zukunft stärker zu beachten seien, damit das Apostolat an den Kranken wirklich fruchtbar gestaltet werden könnte.

Angesichts der Konkretheit dieser Ausführungen, die ein Muster von „Rechenschaftsbericht“ eines katholischen Laien darstellen, veröffentlichen wir den Vortrag — von einigen geringfügigen Kürzungen abgesehen — im vollen Wortlaut.

„... 25 Jahre meiner Tätigkeit gehörten der Charité in Berlin, die seit 1945 unter kommunistischer Herrschaft stand. Daß die Charité noch heute trotz der Kommunisten einen hauptamtlichen Krankenseelsorger hat — meines Wissens heute der einzige Fall in den vielen interkonfessionellen Anstalten Ganz-Berlins — ist nicht so sehr der Toleranz der Verwaltung, sondern nur der Tatsache zu verdanken, daß sie sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln nach außen hin den Anschein der Toleranz geben will.

Ich bin also während meines Berufslebens immer gezwungen gewesen, das Laienapostolat am Kranken nicht öffentlich, sondern *heimlich* auszuüben, denn trotz des Seelsorgers war natürlich das Apostolat in der Anstalt nur unter ganz schwierigen Umständen möglich...

Ich bin nie fertig geworden mit dem Konflikt: wie weit muß ich mich exponieren, damit der Kranke und der Sterbende zur rechten Zeit versehen werden kann, und wie weit muß ich mich zurückhalten, um nicht unklug zu handeln und damit alle weiteren Möglichkeiten des Apostolates aufs Spiel zu setzen. Eine richtige Antwort auf diese Frage habe ich auch von geistlicher Seite nie erhalten können, was verständlich ist, denn diese Verantwortung trägt im letzten jeder selbst...

Jedoch, wie schwer ist es, z. B. einem Kranken zunächst einmal beizubringen, daß er sterben muß — streng verboten, dieses zu sagen — und ihn dann in einem Zimmer, wo mehrere Kranke zuhören, so weit zu bringen, daß er einen Priester empfängt. Der Priester darf ja nur kommen, wenn er vom Kranken selbst gerufen wird. Wie oft sind diese Menschen aus der Kirche ausgetreten und wie schwierig ist es in vielen Fällen, ihre Gedanken, die nur um ihre häuslichen und geschäftlichen Angelegenheiten kreisen, auf das Sterben und auf Gott hinzulenken.

Nun habe ich das große Glück gehabt, immer einen Krankenhauseseelsorger — und wie gesagt, einen hauptamtlichen — zur Verfügung zu haben, wenn ich ihn brauchte. Das ist unter den Umständen, wie ich sie vorher schilderte, eine unschätzbare Hilfe. Wie es anders sein kann, das habe ich immer festgestellt, wenn unser Krankenhauspfarrer krank war oder Urlaub hatte. Die Seelsorge war dann in schwerster Gefahr. Denn in Berlin aus einer benachbarten Pfarrei einen Geistlichen zu holen ist wegen der großen Aufgaben der Priester und wegen der Entfernung sehr schwierig. Gewiß, wenn alles glatt geht, wenn der Kranke einsichtig ist, wenn er rechtzeitig versehen werden kann, ist alles gut. Aber in wie vielen Fällen ist das so?! ... Wie schnell und auch für Ärzte und Schwestern nicht erwartet kommt oft der Tod, und wie kurz ist in vielen Fällen die Spanne zwischen Bewußtsein und Bewußtlosigkeit. Sie können mir glauben, daß ich oft

Todesängste ausgestanden habe; und sehr oft starb der Kranke unversehen, weil ich entweder nicht da war oder der Priester nicht im richtigen Moment zur Stelle sein konnte oder wir auch wegen der Umgebung im Handeln gehemmt waren.

Wenn die Schwester aber einen Geistlichen hat, der sich — weil er die Zeit dazu hat und weil er das richtige Verständnis aufbringt — auf die Situation einstellt, der vielleicht dreimal mehr kommt, als er kommen müßte, der ihr die richtigen Anweisungen gibt, dann hat sie großes Glück. Ich hatte in dieser Hinsicht vielerlei Vergleichsmöglichkeiten, um beurteilen zu können, wie verschieden gut ein Krankenhauseseelsorger sich eignet für seine Aufgabe und was im einzelnen von ihm abhängt. Kranke und Schwestern suchen im Seelsorger heute einen Menschen, der wirklich für sie Zeit hat, der sie ernst nimmt und ihre Lage versteht und der es ganz gut mit ihnen meint.

Die Bedeutung katholischer Schwestern in interkonfessionellen Anstalten

Daß der Geistliche den Weg zum Kranken im Krankenhaus finden kann, dazu bedarf es in den meisten Fällen guter katholischer Krankenschwestern. Und hier bin ich, solange ich denken kann, nicht aus dem Wundern herausgekommen. Wie ist es möglich, daß man in katholischen Kreisen ein so enormes Seelsorgsgebiet wie die interkonfessionellen Krankenhäuser in den Großstädten so spät und so wenig erkannt hat? Wie ist es möglich, daß die weltlichen Schwestern in der Terminologie der Kirche doch bis vor einiger Zeit überhaupt nicht existiert haben? Da wo Ordensschwestern sind, bietet die Krankenseelsorge kein Problem, oder wenigstens liegen die Probleme auf einer anderen Ebene. Es gibt aber doch seit vielen Jahrzehnten eine große Anzahl von Häusern, die nur weltliche Schwestern beschäftigen. Und es ist eine Tatsache, an der man nicht vorbei kann und die mir immer wieder von führenden Ärzten versichert wurde: die Atmosphäre eines Krankenhauses ist abhängig und wird gemacht von den darin arbeitenden Schwestern, schon allein deswegen, weil die Schwestern zahlenmäßig weit aus gegenüber dem übrigen Personal des Hauses überwiegen. Gewiß, seit einigen Jahren kümmert man sich nun um diese katholischen Krankenschwestern. ... Diese Sorge kommt aber sehr spät, und vieles ist versäumt worden, was es noch gutzumachen gilt. Noch lange nicht können wir sagen, daß alles getan wird, was zu tun ist.

Da wo die Schwester in Ordenshäusern ausgebildet wird — und deren sind es im Verhältnis viele —, sollte man größten Wert darauf legen, sie in fachlicher und geistlicher Hinsicht *selbständig* werden zu lassen — etwas, was meistens versäumt wird —, um sie für ihre Arbeit und ihre Aufgaben in einem städtischen und interkonfessionellen Haus stark zu machen, denn dort und nur dort gehört sie hin...

Ich habe sehr oft erlebt, wie die in den Ordenshäusern ausgebildeten Schwestern im Berufsleben versagt haben. ... Die Schwestern haben versagt, weil man es nicht verstanden hat, ihnen das Wesentliche ihrer Aufgabe beizubringen und ihnen Kraft und Stärke zu vermitteln. Das ist im Osten so, das ist im Westen dasselbe. Ich leite jetzt ein städtisches Haus in Rheinland-Westfalen. Auch dort kann ich beobachten, daß höchstens 10% der bei Ordensschwestern ausgebildeten Schwestern sich zu ihrem Glau-

ben bekennen und den übrigen ein Beispiel geben. Ich habe das bereits gelegentlich . . . in aller Offenheit gesagt. . . . Und ich war erstaunt, welch offenes Ohr ich vor allem bei den Lehrschwestern dieser Häuser fand, die mir aber fast einstimmig sagten, daß die Schwierigkeit bei den Oberinnen läge, die die Ausbildung nicht ändern wollten — die aber auch zugaben, daß sie die Schwestern für das Leben nicht richtig ausbilden könnten, weil sie ja das Leben draußen nicht einmal kennen.“

Daraus ergebe sich, so folgerte die Referentin, die Notwendigkeit katholischer Schwesternausbildungsstätten, „die nicht von Ordens-, sondern von guten weltlichen Schwestern“ sowie von Geistlichen „und Menschen, die im weltlichen und kirchlichen Leben stehen“, geleitet werden.

Das Apostolatsfeld der Krankenschwester

Nach einer kurzen Skizzierung der besonderen Berufsfährdungen der Krankenschwester (Verfall an den Zeitgeist, Verlust der Liebe, Ersetzung des Opfergeistes durch Rechtsansprüche) umriß die Referentin das Feld der Apostolatsmöglichkeiten für die Krankenschwester. Diese „kann und sollte wirken am Kranken und am Sterbenden, an den Angehörigen der Kranken, an den Mitschwestern, an den Ärzten, am Hauspersonal, in der Gemeinde und in der eigenen Familie.“

Wie ungeheuer groß“, so fuhr die Oberin fort, „ist dieses Missionsfeld und die Wirkungsmöglichkeit der Schwester und — sagen Sie selbst, von wie wenigen Menschen und Institutionen wird das erkannt? Ungezählte Menschen müssen unversehen sterben, weil keine katholische Krankenschwester in der Nähe ist, die aufpaßt und im geeigneten Moment den Geistlichen ruft. Oder weil diejenigen, die da sind, keinen Mut aufbringen oder eine falsche Einstellung haben. Sie können da viel tun, indem Sie versuchen, das Vertrauen der Schwestern, auch das der andersgläubigen, zu gewinnen. Und zwar in erster Linie als Mensch, der sich interessiert für ihre Arbeit, für ihre Interessen, für ihre Sorgen. Sie glauben nicht, wie dankbar jede Schwester ist für ein persönliches menschliches Wort. Wie sie zunächst den Geistlichen beurteilt nach seinem Menschsein, nach seiner mehr oder weniger großen Aufgeschlossenheit für alle möglichen Dinge des Lebens, nach Freundlichkeit und Takt und nach seinen Umgangsformen. Erst wenn all das vorhanden ist, öffnet er sich die Tür zu den Herzen der Schwestern, auch der anders- und nichtgläubigen und — nicht zu vergessen — der Ärzte. Und nur so wird es ihm gelingen, nun als Priester zu ernten, was er vorher als Mensch gesät hat. Jetzt wird man ihm helfen, und mit der Zeit wird er sich darauf verlassen können, daß man ihn ruft, wenn es notwendig ist.“

Besetzung der Stationen durch katholische Schwestern

Vielleicht ist es Ihnen auch in einigen Häusern möglich, auf die Besetzung der Stationen Einfluß zu nehmen. Als ich im Jahre 1945 die II. Medizinische Klinik der Charité übernahm, war es meine erste Sorge, auf jede Station mindestens eine gute katholische Schwester zu setzen, die ich für die Krankenseelsorge verpflichtete. Selbstverständlich mußte das ganz ohne Aufsehen geschehen. Aber wie wenige Häuser verfügen über eine katholische leitende Schwester. Sollte es nicht möglich sein, etwas mehr Einfluß in dieser Hinsicht zu gewinnen und auszuüben? Ich weiß aus Erfahrung, daß, im Gegenteil, katholischen

Schwestern von namhaften führenden Katholiken sogar abgeraten wird, Stellen in interkonfessionellen Häusern anzunehmen. Wie wichtig ist es auch auf einer Neugeborenenabteilung und im Kreißsaal, daß wenigstens eine gläubige Schwester vorhanden ist. Eine mir bekannte Schwester hat mir, als sie eines Tages aus dem Dienst ausschied, versichert, daß sie keine Angst vor dem Sterben habe. Sie vertraue auf die Seelen der über 1000 von ihr notgetauften Kinder, die ihr gewiß die ewige Seligkeit vermitteln würden. Wäre diese Schwester in all diesen Jahren nicht auf der Station gewesen — niemand hätte auch nur daran gedacht, diese 1000 Kinder zu taufen. Zur Zeit jedenfalls ist keine da, die das tun könnte. Ich glaube, wir alle wagen es gar nicht, uns die Zahl der gestorbenen nichtgetauften Kinder in den interkonfessionellen Krankenhäusern Deutschlands im entferntesten auszumalen. Wenn Sie Schwestern haben, die auf einer Neugeborenenabteilung oder im Kreißsaal tätig sind, nehmen Sie den Kontakt auf. Glauben Sie mir, es ist notwendig, Sie können da vieles tun. Gewiß, die Hebammen der Bundesrepublik werden zum Tausen verpflichtet. Wer weiß aber, ob sie taufen und wie sie taufen. Mir klagten eines Tages die Hebammen und die Schwestern der Säuglingsabteilung, daß sie noch nie ein Geistlicher gefragt hätte, ob sie die Kinder taufen. Wörtlich sagten sie mir: „Da verliert man ja selbst alle Lust!“ Zugegeben, das ist kein Standpunkt, verständlich ist er aber.“

Hilfen für die Schwestern

Notwendig sei ferner, daß sich die Krankenseelsorger um die Schwestern kümmern; denn „wie oft glaubt eine Schwester, das Leid, das sie alle Tage miterlebt, nicht mehr tragen zu können. Sie möchte ausbrechen aus dem Kreis und alles hinwerfen, wenn sie nur eine Möglichkeit hätte. Der Umgang mit den ewig nörgelnden Kranken, das ewige Dienen und Sichverleugnen, das Zurückstellen seiner eigenen Meinung gegenüber der der Vorgesetzten und Mitschwestern, die aufreibenden Nachtwachen, von denen nach meiner eigenen Erfahrung manche Nacht nicht mit 1000 Mark aufzuwiegen ist, der schwere Dienst und seine Unregelmäßigkeit, die seelische Belastung durch die vielen Schwerkranken und Sterbenden, das im Grunde völlige Alleinstehen der Schwester, weil die Schwere ihrer Belastung kaum jemand versteht, der fehlende Ausgleich und nicht zuletzt die noch so ungenügend gelöste Wohnungsfrage — wer von uns wundert sich noch bei der Einstellung der heutigen Welt über Schwesternmangel und den fast völligen Mangel an guten Schwestern? . . . [vgl. dazu ds. Heft, S. 448].“

Was haben wir als ‚Gegengift‘ zu bieten? Die Verbände reichen bei weitem nicht aus, weil sie nur relativ wenig Zulauf haben. Darüber gibt es keinen Zweifel. Die Pfarrämter kümmern sich mit mehr oder weniger viel Erkenntnis und Liebe um die Schwestern. (Ich fürchte, viele Pfarrämter kümmern sich überhaupt nicht . . .) Die überpfarrlichen Bestrebungen vom Seelsorgeamt u. a., die in den letzten Jahren gemacht werden, um die Schwestern zusammenzubekommen und ihnen das notwendige Rüstzeug zu vermitteln, tun viel, sehr viel. Sie erfassen aber längst nicht alle Schwestern, weil diese . . . zu einem großen Teil nicht in Versammlungen und Zusammenkünfte kommen. Sehr viel Geduld müssen da die Initiatoren aufbringen, und sie dürfen sich durch keinerlei Fehlschläge entmutigen lassen. Ich weiß, wieder aus

eigener Erfahrung, wie schwer es ist, die Schwestern zu sammeln, und mit wieviel Diplomatie und sensationellen Mitteln man versuchen muß, ihr Interesse zu wecken und wachzuhalten.

Bleibt also vor allem die direkte Fühlungnahme mit der Schwester. Ein verstehendes und ein aufmunterndes Wort von Ihnen wirkt hier Wunder. Es kann viele Komplexe und Hemmungen lösen, kann ermutigen, kann aus einem Saulus einen Paulus machen. Dazu müssen Sie aber jede einzelne Schwester kennenlernen. Sie müssen wissen, wen Sie vor sich haben, müssen der Schwester etwas zutrauen und sich auch einmal lobend über ihren Eifer aussprechen. Sie sollten sie beim Namen nennen und ihr auch schon einmal etwas Nettes sagen. Ich erinnere mich eines Falles in meiner Klinik. Wir hatten einen älteren Geistlichen. Er wurde auf eine bestimmte Station immer von derselben katholischen Schwester zu den verschiedensten Kranken gerufen, und zwar jahrelang. Immer wenn der Priester wieder ging, sagte er, sich verabschiedend, zu der Schwester: „Ach, Sie sind wohl auch katholisch?“ Jedesmal kam diese Schwester völlig erbost zu mir und beklagte sich in nicht gerade ehrfurchtsvoller Weise.

Sie helfen der Schwester auch sehr viel, wenn Sie regelmäßig die Kranken besuchen. Ich weiß wohl um Ihre Aufgaben auch außerhalb der Krankenhaustätigkeit, ich weiß auch um den Priestermangel, aber ich werde immer und überall betonen, wie ungeheuer wichtig es ist, hauptamtliche Krankenhauseelsorger zu berufen und lieber einem kleineren Ort den Geistlichen zu entziehen. Es ist gar keine Frage nach meiner und sicher auch nach Ihrer Ansicht, wo der Geistliche notwendiger ist. Denn viel hängt von dem regelmäßigen Besuch des Priesters bei den Kranken ab. Der Geistliche kennt dann seine Patienten, der Kranke kennt ihn, und im Ernstfall bietet dann das Versehen keine oder viel weniger Schwierigkeiten. Die Schwester braucht dann nicht ständig in Not und Sorge aufzupassen: wann stirbt der Kranke, wann wird er bewußtlos, wann muß der Priester kommen, und kommt er noch zurecht? . . .

Die Verantwortung der Gläubigen

Zum Segen der Kranken würde es sich meiner Meinung nach auch ganz erheblich auswirken, wenn die Gläubigen von den Pfarrämtern mehr und lauter darauf hingewiesen würden, daß bei Aufnahme ins Krankenhaus sofort der Seelsorger oder die Pfarrei benachrichtigt wird. Das ist so wichtig, geschieht aber längst nicht in genügendem Maße. Es muß den Menschen eingehämmert werden, daß sie die Verantwortung haben dafür, daß ihre Angehörigen rechtzeitig versehen werden. Das wird auch in vielen Fällen versäumt von Familien, die religiös gut sind. Den Gedanken an den Tod schieben auch sie weit von sich. Der Kranke darf auf keinen Fall aufgeregt werden, und so hindern sie das Personal sogar daran, den Geistlichen zu rufen, solange der Kranke noch bei Bewußtsein ist. Es ist nicht zu beschreiben, was wir in dieser Hinsicht an falscher Einstellung und Sorglosigkeit seitens der Angehörigen erleben. Ich meine, es müßte viel mehr von der Kanzel herab aufklärend gewirkt werden. Ich habe noch nie in der Kirche auch nur einen einzigen Hinweis darauf, noch viel weniger aber eine Predigt gehört . . . Warum nur scheuen wir uns, öffentlich über den Tod und die Art seines Kommens zu reden. Heißt es doch schon in der Bibel: „Er kommt wie ein Dieb in der Nacht . . .“

Aus dem Vatikan

**Papst
Johannes XXIII.
über das kommende
Ökumenische Konzil**

In einem Brief vom 24. April 1959 an den venetianischen Klerus, der zur Verehrung der für kurze Zeit nach Venedig übergeführten sterblichen Reste des hl. Papstes Pius X. nach San Marco in Venedig gekommen war, sprach Papst Johannes wiederum von dem bevorstehenden Ökumenischen Konzil. Sein Brief war eine eindringliche Ermahnung an den venetianischen, zugleich an den italienischen Klerus und an den katholischen Klerus der ganzen Welt zu einem wahrhaft priesterlichen Leben nach dem Vorbild Pius' X. Er hob drei besondere Züge des priesterlichen Charakters Pius' X. hervor: die priesterliche Würde, die Liebe zur heiligen Kirche und die menschliche und christliche Weisheit. Auf diese drei Eigenschaften ging er ausführlich ein. In dem Teil, der die Liebe zur Kirche betraf, kam er auch auf das Ökumenische Konzil zu sprechen. Was er hier schrieb, gehört wohl zu den bisher wichtigsten Äußerungen des Papstes zu diesem Thema.

„Wenn man sich die leuchtendsten Seiten der Geschichte aller Jahrhunderte vor Augen hält, kann man wohl sicher sein, daß das Ökumenische Konzil — das Wir im Gehorsam gegen eine Inspiration ankündigten, deren Unmittelbarkeit Wir in der Demut Unseres Herzens wie eine plötzliche, unerwartete Berührung fühlten — schon jetzt in den Herzen der Bischöfe und Priester den guten Vorsatz und einen dringenderen Wunsch weckt, die Grenzen der christlichen Liebe weiter zu ziehen und am eigenen Platz mit klaren Gedanken und bereitem Herzen zu stehen.“

„Bitten und hoffen wir, daß das Konzil vor allem das Schauspiel der nach der Himmelfahrt Christi in Jerusalem vereinigten Apostel erneuert: vereint im Gedanken und Gebet mit Petrus und um Petrus, den Hirten der Lämmer und der Schafe: eine Darbringung von Energien, die neue Kraft gewinnen, sich erneuern in der Suche nach dem, was den heutigen Erfordernissen des Apostolates am besten entspricht.“

„Die Gestalt des hl. Pius X., den Wir auch als Schutzherrn des Ökumenischen Konzils anrufen, löst sich von den Umständen, die zu seiner Zeit zu voreiligen und einseitigen Urteilen führten, und macht die Mahnung um so überzeugender, keine fremden Wege zur Errettung des Menschen und zur Verteidigung seiner Rechte zu gehen, keine billigen Abschweifungen als Ersatz für das zu erfinden, was seine Wurzeln im Wesen der beständigsten Einrichtungen selber hat und den Wert jahrhundertalter Erfahrung besitzt. Das soll heißen: für den Osten zunächst die Annäherung (*avvicinamento*), dann das Zusammengehen (*riacco stamento*) und schließlich die vollkommene Wiedervereinigung (*unità parfetta*) so vieler getrennter Brüder mit der alten gemeinsamen Mutter; und für den Westen die hochherzige seelsorgliche Zusammenarbeit der beiden Klerus (des weltlichen und des Ordensklerus) unter dem Auge und der Leitung des Bischofs, der der Hirte aller Schafe ist.“

Aufforderung zum Mariengebet für das Konzil

Am 27. April richtete dann der Heilige Vater über den vatikanischen Rundfunk in lateinischer Sprache an den Episkopat und das katholische Volk der ganzen Welt eine Aufforderung, in den Stürmen unserer Zeit Maria

als Helferin anzuflehen, denn gerade heute „läßt die hehre Gottesmutter ganz besonders ihre Gegenwart und ihre Hilfe in aller menschlichen Trübsal spüren . . .

Ferner ist Maria auf das engste mit dem Leben der Kirche verbunden. Denn sie ‚verharrete im Gebet‘ (vgl. Apg. 1, 14) mit den Aposteln im Abendmahlssaal in Erwartung des Heiligen Geistes, der am heiligen Pfingsttag die Kirche mit göttlicher Kraft erfüllte und bewirkte, daß sie eine Vielfalt von Menschen aufnehmen konnte. Dazu kommt, was unser Vorgänger Pius XII. sagt: ‚Sie war es, die durch ihre mächtige Fürbitte erreichte, daß der schon am Kreuz geschenkte Geist des göttlichen Erlösers am Pfingsttag der neugeborenen Kirche in wunderbaren Gaben gespendet wurde‘ (*Mystici Corporis*, AAS, 1943, S. 248). Wer kann also leugnen, daß die Absichten der Kirche und die Schwierigkeiten, die sie bedrängen, auch der Mutter Gottes in höchstem Grad zu eigen sind? Wer deshalb mit der Kirche lebt und aufrichtig ihr Wohl will, muß für sie oft und glühend Fürbitten an die Jungfrau Maria richten.

Feierlich bekennen Wir, daß Wir stark auf das Gebet der Gläubigen hoffen, deren Herz von Liebe zur Gottesmutter entbrannt ist. Und da im Mai, der durch sehr lobenswerte Überlieferung der himmlischen Jungfrau geweiht ist, besondere Gebete und Andachten festgesetzt sind, haben Wir den Entschluß gefaßt, das ganze christliche Volk aufzufordern, die Mutter Gottes zu dieser Zeit um den glücklichen Ausgang eines Unternehmens von größter Bedeutung zu bitten. Wie Wir schon öffentlich verkündet haben, ist es Unsere Absicht, ein Ökumenisches Konzil zu versammeln, um die wichtigsten Fragen zu behandeln, die das Wohl der Gesamtkirche betreffen.“

Abschließend wandte sich der Heilige Vater noch an die einzelnen Stände der Kirche, an die Bischöfe, den Welt- und Ordensklerus, die Mitglieder der weiblichen Orden, das christliche Volk und vor allem an die Kinder, daß alle während einer Pfingstnovene die Hilfe der Braut des Heiligen Geistes für sein Anliegen erflehen.

**Das neue Dekret
des Heiligen
Offiziums gegen
den Kommunismus**

Der „Osservatore Romano“ hat in der Nummer vom 13./14. April 1959 ein neues Dekret des Heiligen Offiziums zur Klärung des Verhaltens der Katholiken gegenüber dem Kommunismus im politischen Leben veröffentlicht. Das Dekret steht nicht an hervorgehobener Stelle, sondern auf der zweiten Seite der Zeitung, bei den „Informationen“ aus dem Vatikan. Es hat die übliche Form solcher Verlautbarungen: es macht mit einem „Zweifel“ (dubium), also mit einer Frage bekannt, die an das Heilige Offizium herangetragen worden ist, und gibt darauf die Antwort. In deutscher Übersetzung lautet dieses Dekret:

Wortlaut des Dekrets

„Dieser Obersten Heiligen Kongregation ist die Frage vorgelegt worden, ob es katholischen Bürgern bei der Wahl der Volksvertreter für das Parlament erlaubt sei, ihre Stimme solchen Parteien oder Kandidaten zu geben, die sich zwar nicht zu Prinzipien bekennen, die der katholischen Lehre widerstreiten, ja die sich vielleicht sogar christlich nennen, faktisch aber mit den Kommunisten zusammenarbeiten und sie durch ihr Verhalten stärken.

Am 25. März 1959 haben die Hochwürdigsten Herren

Kardinäle, die mit dem Schutz von Glaube und Sitte betraut sind, diese Frage negativ beantwortet auf Grund des Dekrets vom 1. Juli 1949, Nr. 1 (AAS, vol. XLI, 1949, S. 334).

Am 2. April dieses Jahres hat S. H. Papst Johannes XXIII. in einer Audienz, in der ihm der Kardinalprosekretär des Heiligen Offiziums [Ottaviani] den Beschluß der Väter vorgetragen hat, diesen gebilligt und zu verkünden befohlen.“

Zum Verständnis dieses Dekrets (das vom 4. April datiert ist) gehört also die Kenntnis des berühmten „Kommunismusdekrets“ von 1949. Das neue Dekret erklärt sich eben dadurch, daß jenes weitgehend in Vergessenheit geraten war oder sehr großzügig oder ungenau ausgelegt wurde. Wir geben daher nochmals den Text des Dekrets von 1949 wieder (vgl. Herder-Korrespondenz 3. Jhg., S. 487).

Das Dekret von 1949

„Dieser Obersten Heiligen Kongregation sind folgende Fragen vorgelegt worden:

1. ob es erlaubt sei, sich in die kommunistischen Parteien einzuschreiben oder diese zu fördern;
2. ob es erlaubt sei, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen oder Flugblätter herauszugeben, zu verbreiten oder zu lesen, die die kommunistische Theorie oder Praxis stützen, oder in solchen zu schreiben;
3. ob Gläubige, die mit Wissen und Willen die in Nr. 1 und 2 angeführten Handlungen begehen, zu den Sakramenten zugelassen werden können;
4. ob Gläubige, die die materialistische und antichristliche Lehre der Kommunisten bekennen, und insbesondere diejenigen, die diese auch verteidigen und propagieren, ipso facto als Abtrünnige vom katholischen Glauben der in spezieller Weise dem Heiligen Stuhl vorbehaltenen Exkommunikation verfallen.

Ihre Eminenzen, die Hochwürdigsten, mit dem Schutz des Glaubens und der Sitte betrauten Väter haben im Anschluß an die Stellungnahme der Hochwürdigsten Konsultoren in der Vollversammlung am 28. Juni 1949 beschlossen, daß zu antworten sei:

Zu 1. Nein: denn der Kommunismus ist materialistisch und antichristlich; die kommunistischen Führer zeigen sich zudem, auch wenn sie zuweilen mit Worten behaupten, sie bekämpften die Religion nicht, doch de facto in Lehre und Handeln als Feinde Gottes, der wahren Religion und der Kirche Christi;

Zu 2. Nein: da sie durch das Kanonische Recht verboten sind (can. 1399);

Zu 3. Nein, nach den üblichen Grundsätzen der Sakramentsverweigerung gegenüber denen, die nicht in der rechten Verfassung sind;

Zu 4. Ja.“

Das neue Dekret beruft sich ausdrücklich auf Nr. 1 der Fragen bzw. Antworten, die hier gegeben sind.

Anlaß und Gültigkeit des neuen Dekrets

Die gesamte italienische Presse aller Richtungen hat das Dekret zunächst einmal ausschließlich in bezug auf die Vorgänge in Sizilien verstanden. Es kann wohl auch kein Zweifel daran bestehen, daß der unmittelbare Anstoß zur Veröffentlichung des Dekrets gerade zu diesem Zeitpunkt durch den „Fall Milazzo“ — über den wir an anderer Stelle näher berichten — gegeben worden ist.

Milazzo, der seit kurzem an der Spitze der sizilianischen Regionalregierung steht, hat sich mit einer kleinen Gruppe von Anhängern von der Democrazia Cristiana, für die er gewählt worden war, abgespalten und eine neue Partei, die „Christlich-Soziale Union Siziliens“ aufgezogen. Mit diesen hat er eine neue Regierung gebildet, in der neben ehemaligen Christlichen Demokraten Angehörige fast aller anderen Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken vertreten sind. Um die Unterstützung der Nenni- und Togliattileute zu erhalten, hat er diesen einige Ämter überlassen müssen und ihnen zweifellos auf diese Weise Macht in die Hand gegeben. Und diese Tatsache zeigt, daß hier nicht nur die Kommunisten die Christen gestützt haben, sondern der Christ dann eben auch gezwungen war, den Kommunisten gewisse Befugnisse einzuräumen. Auf Grund dieser Situation hat sich Kardinal Ruffini von Palermo und mit ihm der gesamte sizilianische Episkopat mit der durch das Dekret beantworteten Frage an das Heilige Offizium gewendet. Einen Hirtenbrief, in dem die Sorge um die Verwirrung der Geister durch dieses Zusammengehen mit offen antichristlichen Elementen zum Ausdruck kam, hatte Kardinal Ruffini mit dem übrigen sizilianischen Episkopat schon am 18. November 1958 veröffentlicht.

Das vom 4. April 1959 datierte Dekret wurde denn auch sofort von einer Erklärung des gesamten sizilianischen Episkopats vom 9. April aufgegriffen, die sich auf die für den 7. Juni angesetzten sizilianischen Parlamentswahlen bezieht. Der Episkopat wies darauf hin, daß er schon in seiner Erklärung vom 18. November daran erinnert hatte, daß die Verurteilung des Heiligen Stuhls durch das Dekret von 1949 nichts von seiner Gültigkeit verloren habe und daß es nicht nur für die gelte, die dem Kommunismus offen anhängen und ihn propagierten, sondern auch für die, die ihn direkt oder indirekt durch Wort und Tat förderten. „Das neue Dekret bestätigt nun diese Verurteilung . . . Im Gehorsam gegen diese lehramtliche Entscheidung . . . erinnern wir alle Gläubigen, die der Kirche treu sein wollen, an die ernste und präzise Pflicht, unter keinen Umständen, weder direkt noch indirekt, Bewegungen oder Vereinigungen, die mit den ‚Sozialkommunisten‘ zusammenarbeiten oder zusammenarbeiten wollen, dadurch zu unterstützen, daß man sie durch Handeln oder Reden in der Verwaltung oder im sozialen Leben der Region zuläßt oder stärkt.“

Aber wenn für die italienische Öffentlichkeit die Beziehung des neuen Kommunismuskrets auf die Lage in Sizilien (und übrigens auch im Val d'Aosta, einer anderen, wenn auch kleineren, „Autonomen Region“, die ebenfalls kurz vor ihren Regionalwahlen — am 17. Mai — steht) im Mittelpunkt des Interesses und der Diskussionen steht und eine Anfrage sizilianischer Bischöfe sein Erscheinen in diesem Augenblick veranlaßt hat, so beschränkt sich seine Gültigkeit und auch seine Verwurzelung in den Zeitverhältnissen doch keineswegs auf diese inneritalienischen Probleme. Diese an sich schon selbstverständliche Tatsache hat sich auch bald schon in der internationalen Presse widerspiegelt, und wahrscheinlich werden in der nächsten Zeit noch in verschiedenen anderen Ländern Ereignisse stattfinden, bei denen dieses neue Dekret seine Anwendung finden wird. Eine besondere Frage ist es, ob es auch für die Länder unter kommunistischer Herrschaft gilt; ein Kommentar des „Osservatore Romano“ vom 19. April 1959 besagt, daß man sich im Hinblick auf diese

Länder fragen kann, ob es dort überhaupt freie Wahlen gebe, für die allein ja eine Entscheidung auf Grund des Gewissens in Frage kommt. Aber für alle Fälle, in denen freie Wahl möglich ist, gilt das Dekret zweifellos.

Tragweite des neuen Dekrets

Viel schwieriger ist es, zu entscheiden, was denn nun unter den Begriff von Zusammenarbeit, von Begünstigung fällt (so fragt „Le Monde“, 15. 4. 59), was den Kommunismus „faktisch“ (im lateinischen Original „re tamen“) fördert. Für Italien stellt der „Corriere della Sera“ (15. 4. 59) die Vermutung auf, daß auch alle jene christlich-demokratischen Parlamentarier mitgemeint sind, die sich für die berühmte „Öffnung nach links“, d. h. die Gewinnung der Sozialisten für die demokratische Zusammenarbeit und damit die Spaltung des Bündnisses Sozialisten-Kommunisten einsetzten; die christlich-demokratische Linke wiederum weist darauf hin, daß gerade die Rechtsparteien (Monarchisten und Neofaschisten) in Sizilien unter der Führung Milazzos mit den Kommunisten und Sozialisten zusammengehen wollten und also die in den Rechtsparteien stehenden Katholiken ganz besonders von dem Dekret betroffen würden. „La Voce Repubblicana“, das Blatt der laizistischen Partei der Republikaner, geschworener Gegner der Democrazia Cristiana, war in einem Artikel vom 16. 4. sogar der Meinung, die „Mehrheitspartei“ (d. h. die Democrazia Cristiana) sei „wegen ihrer schlechten Politik der Verurteilung verfallen, weil sie de facto, oder indirekt, dadurch die Kommunistische Partei Italiens“ fördere.

Nachdem diese lebhaft Polemik also zunächst die Verwirrung in Italien noch gesteigert hatte, gab Radio Vatikan am 17. 4. eine offizielle Klarstellung heraus, in der es — mit Bezug auf den Radiokommentar zu dem neuen Dekret vom Vortag — heißt: „Es muß klargestellt werden, daß wir uns in unserem gestrigen Aufruf auf diejenigen bezogen, die, ohne dazu qualifiziert zu sein, glauben, zu besonderen und interessierten Anwendungen des Dekrets gelangen zu können. Demgegenüber muß man sich vor Augen halten, daß es, da das Dekret einen doktrinalen und allgemeinen Charakter hat (und daher an jedem Ort anwendbar ist, wo die tatsächlichen Verhältnisse bestehen, die der Frage entsprechen, die das Dekret beantwortet), ausschließliches Vorrecht der Hierarchie ist, authentische Erklärungen abzugeben, die die Anwendung des allgemeinen Prinzips auf den lokalen Fall gestatten. Eben das ist z. B. in Sizilien geschehen.“ Damit ist — wie „Corriere della Sera“ in seinem Kommentar vom 18. 4. hervorhebt — das hauptsächlichste praktische Problem, das das neue Dekret des Heiligen Offiziums geschaffen hatte, geklärt worden, nämlich wie man diejenigen definieren oder individualisieren könne, die „de facto den Kommunismus fördern. Es bestand die Gefahr, daß jeder die Anwendung des Dekrets auf sich selber ablehnte und es nach eigenem Gutdünken, zum eigenen Vorteil auf andere bezöge: die heutige vatikanische Meldung präzisiert, daß, um dem Mißbrauch derjenigen vorzubeugen, die ‚sich der Kirche bedienen, statt ihr zu dienen‘, die Anwendung des allgemeinen Prinzips auf die einzelnen Fälle von den kirchlichen Hierarchien selber von Fall zu Fall entschieden würde.“

Während es somit klar ist, daß die Kirche mit diesem Dekret eine ganz allgemeine und überall anwendbare

Regel aufgestellt hat, erscheint es daher andererseits als voreilig, Vermutungen darüber anzustellen, auf welche Fälle — außer dem einzigen bisher tatsächlichen der sizilianischen Wahlen, wo der Episkopat bereits gesprochen hat — das Dekret künftig Anwendung finden wird. Übrigens betrifft es auch nur den ersten der vier Punkte, mit denen sich das Dekret von 1949 befaßt hatte, nämlich den Fall von Wahlen.

Ausschließung von den Sakramenten

Einen weiteren Punkt hatte Radio Vatikan noch in einem Kommentar am 16. 4. zu klären. Teils aus Unwissenheit, teils auch mit Absicht sei gesagt worden, Katholiken, die direkt oder indirekt den Kommunismus förderten, verfielen der Exkommunikation. Dagegen seien solche Katholiken tatsächlich, wie es das Dekret von 1949 ausdrücklich festgestellt hat, von den Sakramenten ausgeschlossen, da sie nicht die zu deren Empfang notwendigen Dispositionen besäßen. Exkommuniziert werden nur solche Katholiken, die sich ausdrücklich zu den kommunistischen Lehren bekennen, besonders wenn sie sie aktiv verbreiten.

Rein religiöse Bedeutung des Dekrets

Der Vatikanseher stellte in der gleichen Sendung klar, daß die Kirche „die Aufgabe habe, das Glaubensgut in seiner Integrität zu bewahren. Wer auch nur eine allgemeine Vorstellung von der Kirche und vom Kommunismus hat, kennt ihre innerste, radikale, absolute Unvereinbarkeit, sowohl auf ideologischer wie auf historischer Ebene. Diese Voraussetzung legt mit völliger Klarheit die Tragweite der vielumstrittenen Entscheidung fest, eine Tragweite, die die verschiedenen möglichen und tatsächlichen geschichtlichen Umstände, Personen und Bewegungen umgreift.“ Diejenigen, die sich das neue Dekret nach eigenem Gutdünken zunutze zu machen versuchen, „bedienen sich der Kirche, anstatt ihr zu dienen. Sie kommen dem Versuch der Kommunisten entgegen, die Geister zu verwirren, sie listig abzulenken, das in die Terminologie des politischen und Wirtschaftskampfes zu verdrehen, was von rein religiöser Sorge, von der furchtbaren Verantwortung für das Seelenheil diktiert war . . .“ Damit wird, gegenüber den böswilligen Interpretationen der Sozialkommunisten und den Befürchtungen einiger weniger anderer „laizistischer“ Kreise, die rein religiöse Bedeutung, der rein religiöse Sinn des neuen Erlasses betont.

Ein Interview des NCWC News Service

Msgr. James I. Tucek gibt im amerikanischen NCWC News Service vom 20. 4. eine Anzahl von Fragen in bezug auf das Dekret wieder, die dieser weitverbreitete katholische Nachrichtendienst einer „kompetenten vatikanischen Quelle vorgelegt hat“. Interessant ist die Beantwortung der 5. Frage: „Betrifft das Dekret Katholiken, die in eine Koalitionsregierung eintreten, in der auch Kommunisten mitarbeiten?“ Diese Frage ist nicht von der autoritativen Persönlichkeit beantwortet worden, die zu den übrigen vier Fragen (die nichts Neues betreffen) Stellung genommen hat, sondern hier stammt die Antwort aus einer anderen, doch wohlinformierten Quelle“. Diese Antwort lautet:

„Wo es sich darum handelt, eine Regierung zu bilden, in der kommunistische Minister sitzen, findet das Dekret

Anwendung, wenn die Mitarbeit der Katholiken den Kommunisten Vorteile bringt. Das ist in der Mehrzahl der Fälle der Fall. Unter ganz besonderen Umständen jedoch könnte es notwendig sein, die diesbezüglichen moralischen Grundsätze anzuwenden und das geringere von zwei Übeln zu wählen, und in diesem Fall würde das Dekret nicht angewandt werden.“

Reaktionen aus kommunistischen Ländern

In den Ostblockstaaten wird das Dekret im allgemeinen vielleicht überhaupt totgeschwiegen werden. Die wenigen Reaktionen, die bisher vorliegen, sind darauf abgestellt, das Dekret als neuen Beweis dafür hinzustellen, daß der Papst und die katholische Kirche mit allen Mitteln die Reaktion, den Imperialismus und Kolonialismus unterstützen. Einen äußerst heftigen Angriff brachte bereits am 15. 4. das Organ der jugoslawischen KP, „Borba“. Hier heißt es: „Indem der Vatikan den Gläubigen vorschreibt, bestimmte Parteien und bestimmte Personen zu wählen, maßt er sich das Recht an, sich offen und grob in die internen Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.“ Nach der „Borba“ richtet sich die Entscheidung des Heiligen Offiziums „auch gegen die nationalen Freiheitsbewegungen der Kolonialländer, in denen die katholische Kirche keine Mühe spart, um ihren Einfluß auszuweiten. In den Kolonien arbeiten der katholische Klerus und die katholischen Missionare in der Tat Seite an Seite mit den Kolonialisten, und immer häufiger schlagen sie sich mit ihnen zusammen gegen den Kommunismus.“

„Il Quotidiano“ gibt ferner am 18. 4. eine Notiz der „Associated Press“ wieder, der zufolge ein Wortführer der jugoslawischen Regierung in einer Pressekonferenz auf eine Frage geantwortet habe, daß „dieses Dekret den Prinzipien der Verteidigung der Gewissens- und Religionsfreiheit und insbesondere dem Art. 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN widerspreche“.

In der deutschen Ostzone hat die Presseagentur ADN das Dekret so hingestellt, als habe es nur in der westlichen Welt Gültigkeit. Es heißt dort: „Der Vatikan verbot allen Katholiken in westlichen Ländern, bei Wahlen für eine kommunistische Partei oder für Kandidaten zu stimmen, die für die Aktionseinheit mit den Kommunisten eintreten.“ Damit habe der Vatikan den reaktionären Regierungen des Westens noch offenere Unterstützung in ihrem Kampf mit der wachsenden Unzufriedenheit der Volksmassen gewährt als bisher.

Aus Süd- und Westeuropa

Sizilien und die „Spaltung“ der Democrazia Cristiana

Sizilien hat innerhalb des gesamtitalienischen Staates eine weitgehende Autonomie. Der italienische Staat ist in „Regionen“ gegliedert, deren Eigenart gefördert werden soll; vierzehn von ihnen unterstehen gegenwärtig nicht nur der gesamtitalienischen Verfassung, sondern auch jedem einfachen Gesetz, das die Regierung erläßt. Außer diesen umfaßt Italien vier „autonome Regionen“ mit Spezialstatuten, Sizilien, Sardinien, Val d'Aosta und das Tiroler Etschland. Die Autonomie Siziliens geht dabei sehr viel weiter als die der anderen drei autonomen Regionen. Sizilien gehört wohl der politischen Einheit Italiens an, hat aber die ausschließliche gesetz-

geberische Gewalt in einem weiten Kompetenzbereich, der seine Grenzen nur an den Verfassungsgesetzen findet. Es besitzt ein eigenes Parlament und eine Regionalregierung und besaß bis vor kurzem auch einen eigenen Obersten Gerichtshof, dessen Tätigkeit suspendiert wurde, als im Jahr 1956 endlich der italienische Verfassungsgerichtshof aktionsfähig wurde und es widersinnig schien, daß es für Sizilien zwei Oberste Gerichtshöfe mit sich überschneidenden Kompetenzen geben sollte. Aber Sizilien ist mit dieser Minderung seiner Unabhängigkeit nicht einverstanden. Die Frage des Fortbestandes des sizilianischen Obersten Gerichtshofs wurde nicht gelöst, sondern nur in der Schwebe gehalten, auf die lange Bank geschoben, und sie bildete in der letzten Zeit einen besonderen Ansporn für die Übersteigerung des sizilianischen Autonomiestrebens, das zu erstaunlichen innenpolitischen Konsequenzen führte, die ihrerseits wiederum ein beunruhigendes Beispiel auch für das übrige Italien abgaben.

Der „Fall Milazzo“

Der „Fall Milazzo“ ist bisher eine sizilianische Angelegenheit geblieben, bis zu einem gewissen Grade auch Sympton einer allgemeitalienischen Situation; doch da er der erste konkrete Fall ist, auf den das neue Dekret des Heiligen Offiziums über die „faktische“ Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Kommunisten Anwendung gefunden hat (wir berichten darüber an anderer Stelle, S. 414), hat er auch ein allgemeines Interesse gewonnen.

Ohne den sizilianischen Separatismus wäre der Fall Milazzo — was immer er mit den allgemeinen Spannungen in der großen christlichen Partei Italiens, der Democrazia Cristiana, zu tun hat — nicht zu verstehen. Rechtsanwalt Silvio Milazzo war bis vor kurzem eines der führenden Mitglieder der sizilianischen Democrazia Cristiana. Der weiteren Öffentlichkeit war er gänzlich unbekannt, bis er Ende Oktober vorigen Jahres als Haupt einer Revolte „gegen den römischen Zentralismus in Partei und Staat“ die Macht in Palermo an sich riß und Präsident der autonomen Region Sizilien wurde. Er ist von Haus aus Grundbesitzer und gehörte dem Rechtsflügel der Democrazia Cristiana an. Sein Schlagwort ist die sizilianische Autonomie, und unter diesem Motto hat er mit seiner neugegründeten Partei, der „Christlich-Sozialen Union Siziliens“, und ihren wenigen abtrünnigen christlichen Demokraten eine bisher für unmöglich geltende Koalition geschaffen, die von den Kommunisten und Sozialisten bis zu den Monarchisten und Neofaschisten geht. An die Spitze der neuen Partei der „Christlich-Sozialen Union Siziliens“ stellte Milazzo den erst 35 Jahre alten Ludovico Corrao. Diese neue Parteigründung machte vor allem darum in Italien viel von sich reden, weil sie das Entstehen einer zweiten christlichen Partei, neben der bisher alleinigen Democrazia Cristiana, darzustellen schien. „Es ist“, so schrieb der „Corriere della Sera“ (21. 4. 59), „das erste Mal, daß . . . zwei politische Bewegungen aufeinanderprallen, die sich beide katholisch nennen“, und er meint, dieser Fall müsse allein schon aus prinzipiellen Gründen beunruhigen.

Man weiß, daß es in Italien viele Politiker und Wähler gibt, die mit der großen christlichen Einheitspartei nicht zufrieden sind, die es nicht für gut halten, daß in ihr so viele gegensätzliche Gruppen und Auffassungen unter ein Dach gebracht sind; es gibt die Rechtsgruppen und die

Linksgruppen, die „Rechte Mitte“ und die „Linke Mitte“, es gibt die Gruppen der „Primavera“ (rechts), der „Iniziativa democratica“ (Fanfani), der „Base“ (links?), der Gewerkschaftler. De Gasperi hatte eine Synthese all dieser Kräfte zuwege gebracht. Sein Parteinachfolger Fanfani baute die Democrazia Cristiana sehr stark zu einem zentralisierten bürokratischen Apparat aus und schaffte sich in der alten Garde der Lokalhonoratioren viele Feinde, was zu seinem Sturze führte. Zu ihnen gehörte Milazzo. Allem Anschein nach ist dessen Experiment jedoch jetzt schon als mißglückt zu betrachten.

Gründe des Scheiterns des „Experiments Milazzo“

Es ist vorauszusehen — und zum Teil auch bereits Tatsache —, daß die antiklerikale Propaganda in Italien das Scheitern Milazzos dem Eingreifen — dem widerrechtlichen Eingreifen! — der Kirche in das politische Leben durch das Dekret des Heiligen Offiziums zur Last legt. Das wäre jedoch — ganz abgesehen von der Frage der Berechtigung der Warnungen des Dekrets — nur teilweise richtig. Zweifellos werden die meisten bisherigen Wähler der christlichen Partei die Folgerungen aus dem Dekret und aus der Erklärung des sizilianischen Episkopats ziehen, daß sie ihre Stimmen keiner Partei geben dürfen, die mit den Kommunisten zusammenarbeitet oder zusammenarbeiten will — und es wird sie kaum in die Irre führen, daß Milazzo auf der sogenannten Gründungssitzung der — bis dahin nur faktisch, noch nicht offiziell existierenden — „Christlich-Sozialen Union Siziliens“ in Palermo am 19. 4. erklärt hat: „Als Einzelne und als politische Formation erklären wir, den Lehren der katholischen Kirche und den Direktiven der Bischöfe in Fragen der christlichen Doktrin und Moral voll und ganz anzuhängen. Unsere Einstellung zum Kommunismus ist mit der der Kirche identisch. Wir verpflichten uns, nichts zu tun, was den Kommunismus fördern könnte.“ Doch gleichzeitig arbeitet Milazzo in seinem Regionalrat mit Kommunisten und Sozialkommunisten zusammen, denen er ihre Ämter selber gegeben hat.

Übrigens hatte Milazzo anfangs auch bei einem Teil des sizilianischen Klerus Anhang gefunden, ebenso wie ihn der „Altvater der Democrazia Cristiana“, der aus Sizilien stammende Don Sturzo, sowie der bekannte Jesuitenpater Messineo, Mitarbeiter der „Civiltà Cattolica“ für politische Artikel und ebenfalls Sizilianer, zunächst in einem Brief ermutigt hatten. Alle diese haben sich nach dem Dekret des Heiligen Offiziums von Milazzo ausdrücklich oder stillschweigend distanziert. Auch einer der Mitbegründer der „Christlich-Sozialen Union Siziliens“ und Mitglied der „Regierung Milazzo“, Salvatore Messineo, hat auf Grund des Dekrets seinen Austritt aus der Bewegung bekanntgegeben. Sicher ist, daß manche von ihnen hauptsächlich darum anfangs Hoffnungen auf Milazzo gesetzt hatten, weil sie mit der Regierungs- und Parteiführung Fanfanis unzufrieden waren. Es sind also auch allgemeitalienische innenpolitische Hintergründe, die bei Milazzos Aufstieg und Abstieg im Spiel sind.

Jedenfalls hat der sizilianische Regionalrat bereits am Ende der jetzt ablaufenden Legislaturperiode, Ende März, vor der Veröffentlichung des Dekrets, ein neues Wahlgesetz verabschiedet, das den Wünschen Milazzos keinerlei Rechnung trug; es ersetzt das bisherige Wahlgesetz, das seit 1951 gültig war, und weicht in zwei Punkten von diesem ab: ein Kandidat darf sich in fünf

statt wie bisher in drei Wahlkreisen aufstellen lassen; und die Mehrheitsprämie fällt weg. Damit sind, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (29. 3. 59) sagt, die Aussichten der kleinen Parteien bei dem bevorstehenden Wahlgang am 7. Juni beträchtlich schlechter geworden. Und das bedeute, daß Milazzo, der nach dem früheren Wahlrecht auf acht Sitze hoffen durfte, nach dem neuen froh sein müsse, wenn er zwei Vertreter seiner „Christlich-Sozialen Union“ ans Ziel gelangen sehe. Auch den Liberalen und den Sozialdemokraten dürfte kein Mandatgewinn glücken. Dagegen herrscht bei der Democrazia Cristiana große Genugtuung über die Verabschiedung des neuen Wahlgesetzes. Sie wird wohl der Hauptgewinner dabei sein. Offenbar war man im sizilianischen Regionalrat bereits vor dem Dekret des Heiligen Offiziums unruhig geworden über die Möglichkeiten, die sich den Kommunisten durch die Vermittlung Milazzos geöffnet hatten: sie hatten durch ihn Zugang zu dem sizilianischen Klientelwesen finden können, das sehr mächtig ist und von dem man sie bisher hatte fernhalten können.

Eine voreilige Schlußfolgerung

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zieht (14. 4. 59) aus alledem in einem Artikel „Das päpstliche Dekret gegen Mitläufer des Kommunismus“ folgenden Schluß: „Aus vielen Anzeichen gewann man den Eindruck, daß Johannes XXIII. auch in Italien einen größeren Abstand von der Tagespolitik bewahren wollte als sein Vorgänger. Die erste Schwierigkeit hat den guten Vorsatz zunichte gemacht... Die Gefahr einer dauernden Verbindung von angesehenen Katholiken mit den Parteigängern Moskaus scheint... die naheliegenden Bedenken zum Schweigen gebracht zu haben.“

Gewiß wiederholen auch die „laizistischen“ Kreise Italiens bis zur Ermüdung das alte Schlagwort von der Einmischung der Kirche in die Angelegenheiten des Staates (so der sozialistische „Avanti!“, das Organ der Republikaner „La Voce Repubblicana“, A. C. Jemolo in der „Stampa“ vom 19. 4.); aber das ist nur ein Zeichen der Starrheit alter Positionen. Es sind Parolen des Wahlkampfes und als solche ganz verschieden von der Äußerung der „Neuen Zürcher Zeitung“, die sich um größtmögliche Objektivität bemüht. Daß es sich bei dem neuen Dekret des Heiligen Offiziums um etwas ganz anderes handelt, geht aus unserer Dokumentation S. 414 klar hervor. Man könnte eher umgekehrt sagen, daß sich im Falle Sizilien — wie schon kürzlich im Fall der Katholischen Aktion in Italien (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 225) — erweist, daß der Heilige Stuhl viel mehr als früher den Bischöfen, auch in Italien, die Behandlung der lokalen Situation zuweist, wie ja auch erst die Erklärung des sizilianischen Episkopats das Dekret gültig auf die sizilianischen Verhältnisse bezogen hat.

**Fortdauer der
Gewissenskonflikte
christlicher
Franzosen im
Algerienkrieg**

Seit fünf Jahren zieht sich der Krieg gegen die Aufständischen in Algerien hin, und ebensolange stellt er die französischen Christen immer wieder vor fast unlösbare Gewissenskonflikte

(vgl. Herder-Korrespondenz zuletzt 12. Jhg., S. 311, 356, 524). Man hatte in dieser Hinsicht nach dem Ende der Vierten Republik große Hoffnungen auf eine allgemeine

Änderung der Lage in Algerien durch die Regierungsübernahme de Gaulles gesetzt. Um so größeres Aufsehen erregte es, als Anfang April 1959 die Presse Auszüge aus einem Brief von 35 als Reserveoffiziere eingesetzten französischen Priestern bringen konnte, die sich an ihre Bischöfe wandten, um von ihnen Rat zu erhalten, wie sie sich als Priester und als Seelsorger zu gewissen Erfahrungen stellen sollten, die sie in Algerien machten — „nicht so sehr Schuld der Armee als der Tatsache, daß die Aufständischen nicht als kriegführende Macht anerkannt, sondern als Rebellen behandelt werden, sowie des Fehlens eines den Verhältnissen entsprechenden Rechtsapparats“. Diese Erfahrungen, denen auch die jungen Franzosen in der Armee gegenüberstehen, führten zu Entchristlichung und Demoralisierung im eigentlichen Sinn; das gleiche gelte von der „psychologischen Aktion“, den zugeständenermaßen von den totalitären Staaten übernommenen Methoden der psychischen Beeinflussung des „Fünften Büros“ der Armee in Algerien (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 360, Zeitschriftenschau, A. de Soras SJ). Wie dieser an die Bischöfe der einzelnen beteiligten Priester gerichtete Brief an die Öffentlichkeit gelangt ist, für die er nicht bestimmt war, ist unbekannt geblieben. Sofort nachdem die betreffenden Auszüge bekanntgeworden waren und auch die katholische Presse der verschiedenen Richtungen sich seiner für ihre eigenen Zwecke bedient hatte, gab der Direktor des Katholischen Militärseelsorgeamtes, Msgr. Badré, in einem Brief an alle Feldkapläne, dessen Veröffentlichung das Verteidigungsministerium genehmigt hatte, seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Brief der 35 Priester-Offiziere bekanntgemacht worden sei, sogar ehe die Adressaten — d. h. die betreffenden Bischöfe — dazu hatten Stellung nehmen können. Ohne deren Antworten vorgreifen zu wollen, betont die Leitung der Katholischen Militärseelsorge: ihr seien mehr als allen anderen die moralischen Probleme bekannt, die sich in Algerien stellen. Die katholische Seelsorge habe unablässig mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Seelsorge dazu beigetragen, die Gewissen der Christen zu stärken. Msgr. Badré teilte auch mit, daß das Kriegsministerium ebenfalls Kenntnis von dem Brief erhalten und eine Untersuchung bei den Unterzeichnern eingeleitet habe, um eine Klärung der von ihnen berichteten Fakten herbeizuführen.

Weder die „Anlagepunkte“ noch die „Untersuchung der berichteten Fakten“ sind im Algerienkrieg neu. Im gegenwärtigen Moment bedeutet beides wohl vor allem, daß sich bisher trotz alledem und trotz der Versprechungen de Gaulles nichts geändert hat, und dies wiederum ist ein Anzeichen dafür, daß die Situation mitsamt ihren moralischen Problemen — wie die Priester in ihrem Brief sagen — fast ausweglos ist. Für uns ist der Fall eben darum bedeutsam, weil er ein Musterbeispiel für die tragischen Möglichkeiten bei einem der schwierigsten Probleme unserer Zeit ist: der Neuordnung der Verhältnisse zwischen den bisherigen Kolonialmächten und den Kolonialländern.

Der volle Wortlaut des Briefes

Die erste Zeitung, die kurz darauf den vollen Wortlaut des Briefes veröffentlichte, war die kommunistische „Humanité“. „Témoignage Chrétien“ hielt es ebenfalls für richtig, am 10. April den vollen Text zu publizieren. Auf Grund dieses Textes weiß nun die Öffentlichkeit zuverlässig, um was es sich handelt. Der Brief lautet:

„Zweck dieses Textes ist es, unseren Hochwürdigsten Herren Bischöfen die schwere Beunruhigung und die Gewissenskonflikte vorzulegen, mit denen sich die als Reserveoffiziere seit letztem August [d. h. seit der Regierungübernahme de Gaulles] nach Algerien einberufenen Priester auseinanderzusetzen haben.

Auf Anregung des ‚Aumônier Général‘ Algeriens haben sich 35 von den 55 nach Algerien einberufenen Priestern am 4. und 5. März im Bordj St. Antoine zu Einkehrtagen getroffen. Sie kamen aus ganz verschiedenen Gegenden, die das gesamte algerische Territorium repräsentieren. Sie haben einstimmig die Abfassung dieses Textes beschlossen, weil sie es als ihre Pflicht betrachten, zur Kenntnis zu bringen, in welcher nur zu oft schmerzlichen und für den Glauben gefährlichen Lage sie sich befinden, und ihre Bischöfe um die notwendige Belehrung zu bitten, die sie über ihre eigene Haltung und die der sie umgebenden Christen aufklären soll.

Es erscheint ihnen sehr wichtig, von Anfang an klarzustellen, daß die folgenden Gedanken von keiner politischen Meinung inspiriert sind und keine Stellungnahme hinsichtlich der möglichen Lösungen des Algerienproblems intendieren. Sie wollen sich ganz ausdrücklich und eindeutig im priesterlichen und seelsorglichen Bereich halten. Sie wollen nur ihrer Unruhe angesichts der moralischen und religiösen Werte, die bei den gegenwärtigen Ereignissen mit auf dem Spiel stehen, Ausdruck geben.

1. Die Tatsachen

Aus der Konfrontierung unserer Erfahrungen geht hervor, daß bei der Kriegführung ziemlich allgemein Mittel angewendet werden, die unser Gewissen ablehnt.

Willkürliche Verhaftungen und Gefangenhaltungen sind zahlreich. Die Verhöre werden nur allzu gewohnheitsmäßig mit Mitteln geführt, die wir als ‚Folter‘ bezeichnen müssen. Summarische Hinrichtungen von Zivil- oder Militärgefangenen, die von unzuständiger juristischer Autorität verhängt und meistens als ‚auf der Flucht erschossen‘ getarnt werden, bilden keine Ausnahme. Nicht selten geschieht es schließlich im Verlauf von Kampfhandlungen, daß Verwundete erledigt werden. Wir müssen hinzufügen, daß diese Praktiken bis zur untersten Stufe der militärischen Organisation herab verbreitet sind.

Zu dieser Darlegung der Tatsachen müssen wir folgende Nuancen hinzufügen:

In gewissen Gebieten hat die Militärleitung Richtlinien herausgegeben, die diesem Tatbestand widersprechen. Selbst wenn diese Richtlinien nicht oder nur mangelhaft befolgt werden, ist es wichtig, sie zu erwähnen. Unseres Wissens sind bereits gewisse Maßnahmen gegen die für den betreffenden Tatbestand Verantwortlichen ergriffen worden.

Obwohl wir diese Tatsachen als weit verbreitet dargestellt haben, möchten wir präzisieren, daß sie in gewissen Fällen nicht vorliegen. So in den militärisch ruhigen Gebieten. Andererseits haben wir auch alle selbst in den militärisch sehr exponierten Gebieten Offiziere oder einfache Soldaten von bemerkenswerter Rechtschaffenheit kennengelernt, die auch um sich herum einen diesen Dingen widerstrebenden Geist haben schaffen können.

Schließlich erlaubt uns unsere gegenwärtige Rolle als in Algerien dienende Offiziere, zu erklären, daß dieser Tatbestand nicht allein, ja nicht einmal an erster Stelle, auf

das Schuldkonto der Armee zu setzen ist. So versetzt z. B. die Nichtanerkennung der Aufständischen als kriegführende Macht die verschiedenen militärischen Autoritäten häufig praktisch in die Unmöglichkeit, ihre Aufgabe zu erfüllen, wenn sie sich an Gesetzmäßigkeit und Moral halten.

Unnötig hinzuzufügen, daß dieser Tatbestand unzählige Gewissenskrisen mit sich bringt, deren Zeugen wir sind. Viele, zumal unter den Offizieren, sind sich bewußt, daß sie dabei Opfer einer unmenschlichen Situation sind, die sie zwingt, die Forderungen ihres eigenen Gewissens zu übergehen.

2. Deren Folgen

a) Entchristlichung und Demoralisierung.

Es scheint uns, daß die Tatsachen, über die wir berichtet haben, sowohl durch ihre Natur wie durch ihre Verbreitung ernste Folgen für den Glauben und die Bindung an die elementarsten sittlichen Werte für alle haben, die daran beteiligt sind:

Töten, Schlagen, Erniedrigen wird für nur allzu viele junge Menschen zu einem normalen Spiel. Der Gegner wird systematisch verachtet. Achtung vor dem Leben, der elementarste Gerechtigkeitsinn schwinden. Die Verachtung der grundlegendsten natürlichen und bürgerlichen Gesetze führt — wir sagen es in voller Sachkenntnis — zu einer ‚Demoralisierung‘ im eigentlichen Wortsinn, die bei vielen einfachen Soldaten die Grundlagen des Glaubens zersetzt.

Wir begegnen uns hierin mit der seelsorglichen Erfahrung vieler Priester, die mit jugendlichen Rückkehrern aus Algerien zu tun haben. Es steht für uns außer Zweifel, daß diese jungen Leute später, wenn sie ins bürgerliche Leben zurückkehren, ein deformiertes Gewissen behalten.

Dieselben Folgen mit geringen Abweichungen kann man bei den Offizieren (einem traditionell christlichen Milieu) und den Unteroffizieren der aktiven Armee feststellen.

Hier müssen wir noch hinzufügen, daß die bisher entwickelten Grundthemen der ‚Action psychologique‘ von vielen als Rechtfertigung dieser Praktiken benutzt werden. Ohne über die gegenwärtige und künftige Orientierung des 5. Büros urteilen zu wollen, glauben wir die Einwirkungen der Theorien der ‚Psychologischen Aktion‘ auf die Mentalität der Militärmilieus melden zu müssen.

Eine gewisse Ideologie, die besonders durch die Lehrgänge verbreitet wird, tendiert dahin, westliche Zivilisation, christliche Zivilisation und Christentum zu identifizieren. Das führt zu der Idee, man verteidige die Kirche gegen den Marxismus, wenn man in Algerien die westliche Zivilisation gegen den Kommunismus verteidigt. Dabei wird die Transzendenz der Kirche nicht genügend beachtet. Das Christentum wird zu sehr auf eine Ideologie reduziert, die allein imstande sei, gegen den Marxismus zu kämpfen, und seine Eigenart als transzendente Religion wird verkannt.

Andererseits neigen zahlreiche Offiziere, obgleich sie betonen, sie lehnten die kommunistischen Methoden ab, dazu, die Anwendung der psychologischen Methoden des Gegners für erlaubt zu halten und die Mittel durch den Zweck zu rechtfertigen. Wir sehen uns hier einer wirklichen Verbildung des Gewissens gegenüber, die geneigt ist, für moralisch zu halten, was wirksam ist.

Immerhin konnte auf lokaler Stufe keine moralisch zu verurteilende Anwendung der Lehren und Methoden der

Psychologischen Aktion festgestellt werden. Gewisse einberufene Priester beobachten weiterhin die in gewissen Lehrgängen und Internierungslagern angewandten psychologischen Methoden aufmerksam und wünschen im übrigen, daß die Kirche sich eingehender mit den ideologischen Versuchen der Armee befaßt.

b) Unsere Situation als Priester.

Schließlich kommen wir zu dem für uns am unmittelbarsten schmerzlichen Punkt, dem unseres priesterlichen Dabeiseins in diesem Krieg. Dieses Dabeisein, ein erzwungenes Schweigen, scheint nur zu oft einer stillschweigenden Billigung dessen, was wir beschrieben haben, gleichzukommen, sowohl in den Augen der Christen, die uns umgeben, wie in denen der muselmanischen Bevölkerung, die ihren Blick unentwegt auf die Priester richtet.

Mehrere von uns befinden sich in einer unhaltbaren Lage zwischen der Solidarität, die sie mit ihren Kriegskameraden verbindet, und der Verkündigung der evangelischen Wahrheit, die unser tiefstes Anliegen bleibt.

Einer von uns hat z. B. die deutliche Absicht festgestellt, ihn als Priester zu kompromittieren, indem man ihn in eine Situation brachte, wo er in dem von uns oben geschilderten Sinn hätte handeln müssen.

Unter so ersten Umständen wenden wir uns an unsere Bischöfe, um sie sowohl für uns Priester wie für die zahlreichen Christen um uns herum, deren Gewissen bei dem Kontakt mit diesen Tatsachen deformiert wird, um Belehrung und um die Berufung auf jene Grundsätze zu bitten, die für eine christliche Haltung maßgeblich sind.

Nebenbei möchten wir erwähnen, daß wir mit Befriedigung von dem Text der Militärseelsorge Kenntnis genommen haben, dessen Titel lautet ‚Studie über das moralische Verhalten bei einem Rebellenkrieg‘ (‘Etude sur le comportement moral en face d’une guerre subversive’), und daß er uns eine erste Antwort auf einige konkrete Fragen, die sich uns stellen, zu geben scheint, obwohl er nicht alle hier berührten Probleme umfaßt und noch nicht die Verbreitung und Autorität genießt, die dem Ernst der dargestellten Lage entsprechen.

Am Schluß dieses Appells an unsere Bischöfe müssen wir nur noch, damit keine Mißverständnisse über den Sinn unseres Vorgehens entstehen, hinzufügen, daß es uns am Herzen liegt, absolut loyal gegenüber der Armee zu bleiben, an die uns, außer zahlreichen Freundschaften, unsere Pflicht und unser staatsbürgerliches Gewissen bindet.“

Interview des Leiters der Militärseelsorge

Wie schon erwähnt, hat der Direktor der katholischen Militärseelsorge Frankreichs, Msgr. Badré, die Veröffentlichung dieses Briefs in der Presse lebhaft beklagt. In einem Interview, das er der Halbmonatsschrift „Informations Catholiques Internationales“ gegeben hat („Informations Catholiques Internationales“ Nr. 94, 15. 4. 59), erklärte Msgr. Badré, der Appell an die Öffentlichkeit bringe immer die Gefahr mit sich, die Leidenschaften zu wecken, er bleibe daher dabei, die Veröffentlichung des Briefes in der Presse und die Ausnutzung desselben, die sicher nicht in der Absicht der Verfasser gelegen habe, zu bedauern. Er unterstrich dann, daß die Verfasser des Briefes keine Militärseelsorger seien, sondern als Reserveoffiziere einberufene Priester, daß sie also keine besondere, von der Kirche ihnen übertragene seelsorgliche Verantwortung hätten; ihre Anfrage an ihre Bischöfe

trage also durchaus das Merkmal persönlicher Problematik. Er unterschied das Vorgehen dieser Priester von der Erklärung der „Mission de France“, die im Januar vorigen Jahres erlassen und im März darauf publiziert wurde und die eine Lehräußerung der zuständigen Hierarchie darstellte (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 356), und von den ganz ähnlichen Problemen des als Unterleutnant einberufenen Seminaristen Christian Biot, bei dem es sich um die Gewissenskonflikte jedes wahren Christen in einem Krieg mit Aufständischen gehandelt habe (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 228). Der Konflikt, der sich Priestern in der Armee stellt, ist typisch französisch, denn Frankreich beruft die Priester wie jeden anderen Bürger ein; doch an dieser Tatsache, die seit 50 Jahren besteht, ist nun einmal nichts zu ändern; die Kirche hat von Anfang an und immer wieder das Ihre dazu gesagt. Die Gewissenskonflikte sind also im Grunde etwas Normales, und es ist auch normal, daß Seminaristen und Priester sie intensiver empfinden. Es muß aber bedacht werden, daß es die Institution der Militärseelsorge gibt, die ständig die Verantwortung für das Seelenheil der Truppe vor Gott trägt und die besser als irgend jemand die soziologischen Gegebenheiten ihres Milieus kennt. Das Militärseelsorgeamt hat darum auch bereits einen umfangreichen Band von Studien zur Bewältigung der moralischen Probleme eines Rebellenkrieges zusammengestellt und am 17. Februar an die Militärseelsorger und auch an den Episkopat und an verschiedene Theologen verschickt. Diese Studien sollen allmählich zu einem regelrechten Direktorium für Soldaten in einem Krieg mit Aufständischen ausgearbeitet werden.

„Document Vert“ über den Rebellenkrieg

Diese Arbeit des Militärseelsorgeamtes, die nach ihrer Farbe „Grünbuch“ genannt werden, sind eben jene in dem Brief der 35 Priester erwähnte „Studie über das moralische Verhalten bei einem Rebellenkrieg“. Die „Informations Catholiques Internationales“ geben in ihrer Nr. 94 vom 15. April auch hieraus Auszüge wieder. Darin heißt es: „Seine Soldatenpflicht in moralisch einwandfreier Weise in Algerien zu erfüllen, ist manchmal sehr schwer.“ Es ist (was ja auch die 35 Priester als eine besondere Schwierigkeit ansehen) kein Kriegszustand erklärt worden. „Rechtlich scheint es jedoch, als ob die Weigerung der Anerkennung einer algerischen Nation und das Fehlen der Erklärung des Kriegszustandes nicht davon dispensieren dürften, die internationalen Abmachungen gegenüber den aufständischen Algeriern, die die Waffen ergriffen haben, einzuhalten . . . Die Bezeichnung Rebellen, d. h. Leute, die sich mit der Waffe gegen die Zentralgewalt erheben, gestattet nicht, viele konkrete Fälle zu lösen.“

„Tatsächlich kann man die Algerier nicht eigentlich als Rebellen, noch als politische Partei, noch als Separatisten, die sich von der Zentralregierung oder der Regierungsform losreißen wollen, bezeichnen. Obwohl theoretisch Franzosen, waren die nichteuropäischen Algerier es bisher nicht wirklich . . .“

„Was die Elemente der Zivilbevölkerung angeht, die aus Angst oder aus Überzeugung den Aufständischen helfen (Aufklärungsdienste, Versorgung, Beherbergung), so kann man sie schwerlich einfach als Heckenschützen betrachten, d. h. als einfache Übeltäter . . .“

Als positive Regel stellt die Studie den Satz voran, daß

es „vom Moralgesetz keinen Urlaub gebe“. Die Moralgesetze entspringen absoluten, unveränderlichen Prinzipien, nämlich: 1. Es ist verboten, mit Absicht und direkt Unschuldige zu töten. 2. Die Anwendung von Gewalt muß den Erfordernissen der wiederherzustellenden Ordnung entsprechen. 3. Bei der Anwendung von Gewalt gegen Menschen darf man, selbst wenn sie schwer schuldig sind, ihre Rechte und ihre Würde als Personen nicht antasten. Zu diesen moralischen Richtlinien tritt noch das internationale Recht hinzu.

Das Grünbuch setzt dann auseinander, daß die Beachtung der sittlichen Gebote dem Erfolg in der Kriegführung nicht abträglich ist, im Gegenteil; ihre Verletzung dagegen ist äußerst riskant: „Diese Methode kann die ganzen unendlichen Anstrengungen, die kostbaren Opfer an Menschenleben, die unser Land bisher zu leisten bereit war, zunichte machen und zugleich zum Verlust der Schlacht und dem der Ehre führen.“

Nach diesen allgemeinen Erörterungen geht das Grünbuch auf Einzelheiten ein. Es verurteilt die „Auswüchse“ — die sich weit mehr im Gefolge und aus Anlaß des Krieges als bei den militärischen Operationen selber ereignen —: Gemetzel, Vergewaltigungen, Diebstahl, Brandstiftung, Zerstörungen, Kollektivrepräsentationen, Hinrichtung von Geiseln und Gefangenen usw. Wenn Militärs mit Polizeiaufgaben betraut werden, „müssen sie die Rechte kennen, die jedem Verdächtigen zustehen (als unschuldig betrachtet zu werden bis zum Beweis des Gegenteils), und sie müssen die Form beachten, selbst wenn es sich um sicher Schuldige handelt“. Summarische Hinrichtungen sind weder vom internationalen Recht noch vom Zivilrecht ohne vorhergehendes Urteil durch ein zuständiges Gericht gestattet. Die Argumente, mit denen ein solches Verfahren entschuldigt wird, sind nicht stichhaltig, am allerwenigsten das der „arabischen Mentalität“. Es sei Pflicht der Militärs, unermüdlich auf die baldige Errichtung eines Rechtssystems zu drängen, das den algerischen Verhältnissen angepaßt wäre, anstatt selber in willkürlicher Art die Justiz zu handhaben.

Einen besonderen Punkt in dem Grünbuch bildet die Führung der Verhöre. Es betont, daß das Naturrecht schon verbietet, eine menschliche Persönlichkeit zu zerbrechen. Durch die Moral ist es ausdrücklich verboten, irgendeine physische oder psychische Folterung anzuwenden, um ein Geständnis zu erzwingen. Der Tortur ist dann noch ein eigenes Kapitel des Grünbuchs gewidmet: sie bewirkt eine „Entmenschlichung“ und ist „in den totalitären und Polizeistaaten üblich, kommt jedoch auch in der freien demokratischen Welt vor“. Hier gedeiht sie vor allem auf einer ideologischen Basis — genau wie in den totalitären Staaten. In Algerien wünscht „eine gewisse ideologische Intoleranz, die Aufständischen durch die Tortur zur Leugnung ihrer nationalistischen Überzeugungen zu bringen“. Das Grünbuch fragt sich auch, ob es nicht in Algerien manchmal Rassenhaß gebe. Die Tortur, die schlecht an sich ist, zeitigt auch verhängnisvolle Folgen. Sie vermehrt die Rebellen und steigert den Fanatismus, sie liefert den Argumenten der Gegenseite Material. Das Grünbuch widerlegt dann noch eingehend die am häufigsten vorgebrachten Argumente zugunsten der Folter.

Dieses Dokument, das bisher nur an die Feldgeistlichen und an den Episkopat und die Theologen versandt worden war, ist am 24. April 1959 der allgemeinen Öffentlichkeit übergeben worden.

Ein Quellenwerk über Lourdes

Seit dem Jahre 1858 sind über die Muttergotteserscheinungen und wunderbaren Vorgänge in Lourdes schätzungsweise 4000 Bücher erschienen. Im vorjährigen Jubiläumsjahr ist die Literatur darüber noch stark angewachsen. Neben den sehr ernst zu nehmenden Deutungs- und Rechtfertigungsversuchen stehen die Erzählungen, Blütenlesen und Bildveröffentlichungen. Den größten Wert aber müssen wir den Quellenwerken zuerkennen. Unter diesen verdient das große Werk von René Laurentin, Lourdes, „Dossier des documents authentiques“, von dem 1958 vier umfangreiche Bände bei Lethiellieux in Paris, 10, Rue Cassette, erschienen sind, den ersten Platz.

Laurentin, bekannt als einer der ersten Mariologen unserer Zeit und anerkannt als scharfsinniger Deuter religiöser Vorgänge, bemühte sich um eine möglichst vollständige Sammlung der echten Dokumente für eine theologische Bearbeitung. Er ging den Spuren nach und stieß dabei auf Archive, von denen man bislang nicht wußte, welche Schätze sie für den Lourdesforscher verbargen. Der Weg zu diesen Quellen war so geheimnisvoll, daß Laurentin selbst von dem Mysterium der Archive spricht. Das Ergebnis der Nachforschungen ist die jetzt vorliegende Sammlung, die sicher nicht alles enthält, was in den acht Monaten vom 11. Februar 1858 bis zum 20. Oktober 1858 aufgeschrieben wurde, aber doch so viel bisher unbekanntes Material enthält, daß man die Gewißheit erhält: was jetzt noch fehlt, kann nur noch akzidentellen Wert haben. Laurentin hat das Material chronologisch nach Tagen geordnet und so wiedergegeben, wie es die Handschriften haben. Der Dokumententeil der vier Bände umfaßt rund 750 Seiten. Zahlreiche Photokopien von Schriftstücken und Zeitungsberichten, reproduzierte Photos, Inventarverzeichnisse und Klassifizierungstabellen sind nicht nur zur Illustration aufgenommen worden. Detaillierte Inhaltsverzeichnisse, gute Namen- und Sachregister sind ausgearbeitet. Über 350 Seiten Text machen den Leser mit den Voraussetzungen bekannt und geben einen filmartigen Überblick über die Vorkommnisse.

Der Verfasser glorifiziert mit dem Werk seine Heilige nicht; auch distanziert er sich bewußt von früheren Historiographen und Deutern. Er will nur der Wahrheit dienen. Darum prüft er kritisch die Echtheit der Unterlagen und gibt sie weiter, damit jeder, der sich dafür interessiert und in der Lage ist, sie zu verarbeiten, sich selbst ein Urteil bilden kann.

Generalversammlung des Internationalen Zentrums Katholischer Sozialforschungsinstitute (FERES)

Am 16. April 1959 wurde in Luxemburg die erste jährliche Generalversammlung des Internationalen Zentrums Katholischer Sozialforschungsinstitute (FERES) abgehalten. Die Statuten der Föderation, von einem Spezialkomitee ausgearbeitet, wurden einstimmig angenommen. Prof. Dr. Ludwig Neundörfer, Direktor des Soziographischen Institutes der Universität Frankfurt a. M., wurde zum Präsidenten von FERES gewählt, Msgr. F. Op de Coul, Präsident des Office international de l'Enseignement catholique und Direktor des Zentralbüros für Unterricht und Erziehung in den Niederlanden, wurde zum Vizepräsidenten, und Msgr. Malmendier, Generalvikar des Bischofs von Lüttich, zum Schatzmeister bestellt. P. Linus Grond OFM wurde als Generalsekretär bestätigt.

Im Dienste der pastoralen Tätigkeit, des Apostolates und der Katholischen Aktion beabsichtigt FERES:

- a) auf internationaler Ebene Studien und Untersuchungen auf sozialem und religiösem Gebiet durchzuführen oder durchführen zu lassen,
 - b) die Sozialforschung auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern,
 - c) durch Austausch von Informationen, Ausbildung von Studenten und weitere geeignete Maßnahmen das Band zwischen den Mitgliedern des Zentrums zu festigen.
- Das ständige Sekretariat von FERES hat seinen Sitz in Genf, 1 rue de Cornavin.

Aus Amerika

Um den katholischen Präsidentschaftskandidaten in den Vereinigten Staaten Im Märzheft unterrichtete die Herder-Korrespondenz (ds. Jhg., S. 276) von der tiefergehenden Problematik, den die Präsidentschaftskandidatur eines Katholiken innerhalb der Gesellschaftsstruktur der Vereinigten Staaten aufwerfen könnte. Inzwischen erschien in der Massenzeitschrift „Look“ (3. 3. 59) ein Aufsatz, der die politische Taktik des katholischen Favoriten der Demokratischen Partei für den Posten eines Präsidentschaftskandidaten, Senator John F. Kennedy, klarer erkennen läßt, wie er nämlich seine Nominierung zu forcieren gedenkt.

Zunächst stellt der Aufsatz fest, daß Kennedy als Senator schon des öfteren Entscheidungen gegen den Standpunkt von katholischen Organisationen und von Angehörigen der Hierarchie getroffen habe, wie die Unterstützung der Jugoslawienhilfe und der Hilfeleistungen an kommunistische Satellitenländer sowie die Begünstigung der Ernennung von James B. Conant zum ersten Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Letzterer hatte sich durch seine unbedingte Gegnerschaft zum katholischen Schulsystem innerhalb des Katholizismus viele Feinde geschaffen.

Die brennenden Fragen für einen Katholiken im Wahlkampf sind: Geburtenkontrolle, Vatikanbotschaft und Staatssubventionen an die katholischen Schulen, die (nach streng laizistischer Verfassungsinterpretation) durch die Trennung von Kirche und Staat verboten sind.

Zum ersten Punkt äußerte sich Kennedy nicht. Zu den beiden anderen Punkten berichtete „Look“ folgende Stellungnahmen: „Welche Religion ein Amtsträger in seinem Privatleben auch haben mag, nichts entbindet ihn von seinem Eid, die Verfassung in all ihren Bestimmungen einschließlich des ersten Zusatzartikels und der strengen Trennung von Kirche und Staat zu achten [Abs. I dieses Artikels besagt: ‚Der Kongreß darf kein Gesetz zur Errichtung einer Staatsreligion oder zur Behinderung der freien Religionsausübung verabschieden‘]. Ich glaube, daß diese Trennung grundlegend für unsere amerikanische Auffassung und Überlieferung ist und es bleiben sollte.

Ich bin unbedingt gegen die Ernennung eines Botschafters beim Vatikan. Was immer an Vorteilen diese Tatsache in Rom auch bringen könnte — und ich bin von diesen Vorteilen überzeugt —, sie werden mehr als aufgewogen durch die zersetzende Wirkung zu Hause.

Der erste Zusatzartikel zur Verfassung ist äußerst weise. Es kommt nicht in Frage, daß Finanzhilfe der Bundesregierung für die Pfarrschulen oder andere private Schu-

len gegeben wird. Nach dem ersten Zusatzartikel und seiner Interpretation durch den Obersten Verfassungsgerichtshof wäre ein solches Unterfangen verfassungswidrig.“

Reaktion der katholischen Presse

Gegen diese Äußerungen des katholischen Politikers Kennedy meldete die katholische Presse Bedenken an: Die Jesuiten, die eine große, auch finanzielle Verantwortung für das freie Schulsystem aller Stufen tragen und sich um dessen Anpassung an die modernen Erfordernisse bemühen, bezeichneten in ihrer Zeitschrift „America“ (6. 3. 59) die Auffassung des „Look“, ein Katholik müsse als Präsidentschaftskandidat zunächst seine Ansichten über Religion darlegen, als grundsätzlich diskriminierend, beleidigend und nach dem Wortlaut der US-Verfassung unerlaubt.

Sodann wird Kennedys Aussage über die Finanzhilfe an die freien Schulen sehr bedauert, weil er nicht daran gedacht habe, die ungeheueren Opfer von Millionen seiner katholischen Mitbürger anzuerkennen, die sie für ihre Schulen bringen und dadurch zur moralischen und geistigen Stärkung der Nation beitragen.

Opposition gegen „oversimplification“

Die Wochenzeitung der katholischen Intellektuellen der Vereinigten Staaten, „The Commonweal“ (6. 3. 59), löste durch „einige wenige bedauernde Reserven“ eine scharfe Diskussion aus. Die Zeitung schrieb: „Daß Religion eine private, Politik dagegen eine öffentliche Angelegenheit sei, ist zweifellos die Auffassung Senator Kennedys und die der meisten Amerikaner . . .

Aber das scheint eine unnötig vereinfachte Sicht eines sehr komplizierten Problems zu sein. Wer sich ernsthaft mit der Beziehung zwischen persönlichem Glauben und den gesellschaftlichen Dingen beschäftigt hat, ist nur wenig beruhigt durch das einfache Beiseiteschieben dieser Frage in der Aussage des Senators.“

Einen noch schärferen Tadel erteilt „The Commonweal“ Kennedy, weil er in der Frage der Trennung von Kirche und Staat die Position des aktiven Laizismus bezogen habe und genau in die Falle gegangen sei, die ihm die „Anti-Catholic Protestants and Other Americans United for Separation of Church and State (POAU)“ gestellt haben. Zur Zeit glaube doch jeder Amerikaner an die Trennung von Kirche und Staat. Die wahre Frage sei aber, was wirklich darunter zu verstehen sei. Darüber sei seit Jahrhunderten zwischen den religiösen Gruppen ernsthaft diskutiert worden. Senator Kennedy schiebe das in seiner Übereinfachung beiseite und gehe dadurch auf eine zu simple politische Frontstellung ein, die von der POAU gesucht werde.

Die gesamte katholische Presse der Vereinigten Staaten hat verstärkt oder abgeschwächt diese Kritik von „America“ und „The Commonweal“ wiederholt, während der militante Laizismus daraufhin versuchte, die antikatholischen Komplexe vieler Amerikaner propagandistisch zu mobilisieren. Somit besteht die Gefahr, daß die eventuelle Nominierung eines katholischen Präsidentschaftskandidaten die geistige Atmosphäre des Landes durch eine sehr oberflächliche politische Polemik — in der Argumentation dem „American Way of Life“ angepaßt — vergiftet.

Das Institut für Jüdisch-Christliche Studien in New York

Im November 1958 erschien der dritte Band der „Bridge“, eines Jahrbuchs für Jüdisch-Christliche Studien (The Bridge, A Year-book of Judaeo-Christian Studies III; Edited by Father John M. Oesterreicher. New York Pantheon Books Inc. 1958). Wir nehmen das Erscheinen dieses Buches zum Anlaß, um an dieser Stelle über die Arbeit des Instituts für Jüdisch-Christliche Studien in New York zu berichten.

Das Institut für Jüdisch-Christliche Studien hat sich die Aufgabe gestellt, dem Gespräch zwischen Kirche und Israel zu dienen. Durch seine Arbeit will es ein geistig-geistliches Klima schaffen helfen, in dem das Mysterium Israel mit der Liebe Petri und Pauli (vgl. Apg. Kap. II—III, und Röm. Kap. IX—XI) gesehen und dadurch seiner Erfüllung nähergebracht wird.

Die — kurze — Geschichte des Instituts läßt sich bis in die Mitte der dreißiger Jahre zurückverfolgen, als Father Oesterreicher einer ähnlichen Institution vorstand, dem Opus Sancti Pauli, das von tschechischen, Schweizer und französischen Bischöfen unterstützt wurde. Auch Kardinal Pacelli lobte die Arbeit Father Oesterreichers und ermutigte seine weiteren Pläne. Im Herbst 1952 nahmen der chinesische Gelehrte und Konvertit, Dr. John C. H. Wu, und P. Leo von Rudloff, damals Prior, heute Abt der Dormitio-Abtei in Jerusalem, ein besonderes Interesse an den Plänen Father Oesterreichers und schlugen die Seton Hall Universität in New York als geeigneten Sitz des Instituts vor. Am 25. März 1953 endlich wurde das Institut, um das sich Msgr. John L. McNulty, der Präsident der Seton Hall Universität besonders bemüht und verdient gemacht hatte, formell eröffnet. Regent des Institutes ist Msgr. John J. Dougherty, Forschungsdirektor und Herausgeber der „Bridge“ Rev. John M. Oesterreicher.

Warum christlich-jüdische Studien?

Es ist nur zu naheliegend, daß die Aufgaben des Instituts für Jüdisch-Christliche Studien mißverstanden werden, indem man diesen Studien eine vor allem apologetische Bedeutung zuschreibt und ihren Zweck darin sieht, daß die Tätigkeit des Institutes für die „Judenmission“ fruchtbar gemacht werden kann. Das kann aber kaum das angestrebte Ziel dieser Studien sein.

Die vom Institut selbst gestellte Aufgabe, die Förderung des „Gespräches zwischen der Kirche und Israel“ ist durchaus verdienstvoll, erklärt aber noch nicht den ganzen Wert dieser Studien. Dieser Wert ist wohl noch stärker darin zu sehen, daß die jüdisch-christlichen Studien in jeder Beziehung dazu geeignet sind, das Selbstverständnis des Christentums zu fördern. Die „Einheit des Alten und Neuen Bundes“, die Kirche als „wahres Israel und Gottesvolk“, „Abraham als Vater unseres Glaubens“ und vieles mehr, müßten leere Phrasen bleiben, wenn die Kirche (und ihre einzelnen Glieder) nicht immer wieder versuchen würde, ihre volle Bedeutung zu ergründen und zu einem Teil des christlichen Selbstbewußtseins zu machen. Hierzu ist heute aber eine intensive Forschung nötig, die uns die Wege zu diesem Selbstverständnis zum Volk Israel ebnen muß; denn wenn auch der Heidenchrist durch seinen Glauben sich zu Recht einen wahren Sohn Abrahams nennen darf, so wird ihm doch nicht ohne weiteres die Erkenntnis zuteil, wer sein geistlicher Vater Abraham ist. Das Christentum ist eine „jüdisch-christ-

liche“ Religion, und das „Jüdische“ am Christentum darf nicht vernachlässigt werden, soll das „Christliche“ nicht leiden. Hat sich diese Einsicht einmal durchgesetzt, dann wird sich ihr Nutzen von selbst ergeben, denn die christliche Botschaft an die Juden wird verständlicher — und glaubwürdiger — werden, und das Gespräch zwischen Christen und Juden kann in einer Atmosphäre stattfinden, „in der das Mysterium Israels mit der Liebe Petri und Pauli gesehen wird“.

In dem Inauguralvortrag des Instituts für Jüdisch-Christliche Studien („Why Judaeo-Christian Studies?“ The Inaugural Lecture of the Institute of Judaeo-Christian Studies by John M. Oesterreicher with an Introduction by Msgr. John J. Dougherty) sagte Father Oesterreicher: „Warum jüdisch-christliche Studien? Weil Christus der Herr die Christen aller Zeiten mit den Juden der alten Zeit verbindet. Aber er verbindet uns nicht nur mit den Juden der alten Zeit, sondern auch mit den Juden von heute. Der große Pius X. verdammte den Antisemitismus mit den nunmehr berühmten Worten: ‚Durch Christus und in Christus sind wir vom geistigen Samen Abrahams, geistig sind wir alle Semiten‘, und verband uns so in einer besonderen Form der Verwandtschaft den Juden, selbst über den Unterschied des Glaubens hinweg.“

In den letzten 50 Jahren wurde eine Anzahl Werke geschaffen, die neue und tiefere Einsichten in das Geheimnis gewährten, das die Kinder Abrahams umgibt. Unter diesen wären vor allem Léon Bloys „Le Salut par les Juives“, Msgr. Journets „Destinées d'Israël“, Jacques Maritains „The Mystery of Israel“ (in: Ransoming the Time), Erik Petersons „Die Kirche aus Juden und Heiden“ und die Arbeiten Bonsirvens und Paul Démanns zu nennen. Doch weite Gebiete blieben völlig unberührt. So gibt es keine von einem Katholiken verfaßte jüdische Geschichte von der Zeit Abrahams bis auf unsere Tage, und auch die Arbeiten katholischer Wissenschaftler auf dem Gebiet der jüdischen Tradition — für das Verständnis des Neuen Testaments z. B. unerlässlich — sind bedauerndswert spärlich. (So ist der Neutestamentler immer noch auf Strack-Billerbecks „Kommentar zum Neuen Testament aus Talmud und Midrasch“ angewiesen, ein Werk, das nicht nur überholt ist, sondern auch jenes notwendige katholische Verständnis der jüdischen Tradition als auch des Neuen Testaments entbehrt.)

„Die Brücke“

„The Bridge“, deren dritter Band nun vorliegt, ist die Frucht des Institutes für Jüdisch-Christliche Studien. Diese Veröffentlichung soll einer breiteren Leserschicht die Möglichkeit geben, sich mit den Gegenständen der jüdisch-christlichen Studien vertraut zu machen. In der Darlegung der Absichten des Jahrbuches heißt es: „Die ‚Bridge‘ versucht die Einheit des göttlichen Planes zu zeigen, so wie er vom Gesetz zum Evangelium führt — eine ungebrochene Heilsökonomie. Nie kann die Kirche vergessen, daß der Fels, auf dem sie steht, in der geoffenbarten Weisheit der Patriarchen und Propheten eingebettet ist und in den machtvollen Ereignissen, die die Geschichte der Kinder Israel beherrschen. Für sie ist die Vergangenheit nicht tot, sie lebt fort, so wie sie im Geist eines jeden Christen leben sollte . . .“ Die „Bridge“ spricht auch von den Christen und Juden von heute und spricht zu ihnen. Die „Bridge“ „sucht nicht nur jenes Minimum, worüber Juden und Christen einer Meinung sein können; denn

würden wir, die Herausgeber, nicht mehr als den kleinsten gemeinsamen Nenner suchen, dann würden wir dem uns teuren Glauben untreu werden und zugleich nur wenig Achtung jenen erweisen, in denen wir getrennte Brüder sehen. Wir wären unwahrhaftig, wenn wir in Schweigen die eine Tatsache übergehen würden, die Christen von Juden und Juden von Christen trennt: die Tatsache Jesu. Er ist die Brücke . . .“

„Was wir uns wünschen, ist, daß unsere Arbeit den Christen zu einem tieferen Verständnis ihrer Schätze verhelfen soll, nicht weniger als dem Dialog zwischen Juden und Christen zu dienen.“

Im Hinblick auf dieses Ziel ist die „Bridge“ äußerst breit angelegt. Die einzelnen Artikel umfassen nach Möglichkeit alle Gebiete jüdisch-christlicher Studien: Theologie, Geschichte, Literatur, aber auch Kunst und Soziologie; nicht zuletzt ist die kritische Auseinandersetzung mit dem Zeitgeschehen zu nennen (der Fall Finaly [Bd. I, S. 292 bis 313], die Weigerung des Weltrates der Kirchen auf der Tagung von Evanston 1954, „das Volk Israel in seine Botschaft der Hoffnung aufzunehmen“ [Bd. II, S. 272—291]). Hervorzuheben sind grundlegende Arbeiten wie die von Charles Journet über die Geheimnisvolle Geschichte Israels, in der er den Ausdruck „jüdischer Unglaube“ analysiert und das Wann und Wie der Umkehr Israels behandelt (Bd. II, S. 35—90); von Raissa Maritain: „Abraham and the Ascent of Conscience“ (Bd. I, S. 23—52); R. Kugelman CP: „Hebrew, Israelite, Jew in the New Testament“ (Bd. I, S. 204—224) oder H. Flannery: „Theological Aspects of the State of Israel“ (Bd. III, S. 301—324), und vieles mehr. Besonderes Interesse verdienen auch die Studien über Marc Chagall (Bd. I, S. 96—117) und den Bildhauer Jacob Epstein (Bd. II, S. 332—342). Der dritte Band der „Bridge“ befaßt sich vorwiegend und nicht ohne kritische Auseinandersetzung mit dem Werk Martin Bubers, der 1958 seinen 80. Geburtstag feierte.

Bemerkenswert ist das hohe Niveau der einzelnen Beiträge und daher des ganzen Jahrbuches, das jetzt immerhin über drei Bände hindurch gehalten wurde. Die Beiträge sind zwar überwiegend wissenschaftliche Arbeiten (die im übrigen sehr gut dokumentiert sind), Stil und Darstellungsweise sind aber so klar und einleuchtend, daß auch der Laie — und das sind wohl die meisten Leser der „Bridge“ — ohne weiteres folgen können. Gerade hierin erweist sich das Können und die ausgezeichnete Arbeit des Herausgebers.

Das Echo

Das Echo, das die „Bridge“ und so die Arbeit des Institutes bisher gefunden hat, ist erfreulich und berechtigt zur Hoffnung, daß das Institut für Jüdisch-Christliche Studien die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendige Resonanz in der Öffentlichkeit finden wird.

Im allgemeinen wurde die „Bridge“ auch von vielen jüdischen Lesern freundlich aufgenommen. Allerdings fehlte es auch nicht an Widerspruch. Es wurde der Vorwurf erhoben, daß die „Bridge“ nichts anderes als eine getarnte Form katholischer Judenmission sei — was nur zu verständlich ist, vertritt doch die „Bridge“ (allerdings mit entschiedener Offenheit) einen christlichen Standpunkt. In erster Linie wurde jedoch von jüdischer Seite die „Bridge“ als ein Versuch begrüßt, den katholischen Christen mit seinem jüdischen Erbeil bekanntzumachen.

Vereinzelt wurde die „Bridge“ von katholischer Seite als zu irenisch oder auch als zu kritisch beurteilt. Das allgemeine Urteil ist jedoch völlig zustimmend. Es wird allgemein anerkannt, daß hier ein Versuch vorliegt, das Bekenntnis zur Wahrheit des katholischen Glaubens mit der Ehrfurcht vor den Auffassungen und Haltungen jüdischer Gläubigkeit zu verbinden, daß hier — bei aller Liebe zum jüdischen Volk von einst und heute — niemals auch nur ein Tüpfelchen der kirchlichen Lehre preisgegeben wird.

Eine Reihe katholischer Bischöfe in den USA haben die Arbeit des Institutes aufs wärmste begrüßt. Von diesen sei vor allem der Erzbischof von Boston, Richard Cardinal Cushing, und Bischof John J. Wright von Worcester (Massachusetts) genannt. Abschließend sei hier noch ein Wort erwähnt, das der Erzbischof von San Antonio (Texas) an den Herausgeber der „Bridge“ gerichtet hat: „Der Heilige Geist weht unverkennbar über Seinem Volk und Seiner Kirche, neues Leben, neue Schau gewährend. Es scheint mir, daß Ihr Institut Jüdisch-Christlicher Studien symbolisch ist für die neue Ära, die unserer Kirche im gegenwärtigen Jahrhundert geschenkt worden ist.“

Aus den Missionen

Die katholische Kirche in Siam (Thailand). Missionsgebetsmeinung für Juli 1959

Das Königreich Siam oder Thailand (= Land der Freien Menschen), wie es sich seit 1949 amtlich nennt, ist eine der wenigen unabhängigen Nationen unserer Zeit, die als Staats-„Religion“ den Hinayana-Buddhismus haben, also jene ursprüngliche Form der Lehre Buddhas, die man als atheistische Selbsterlösungslehre bezeichnen kann. Die im Jahre 1932 verkündete Verfassung, die dem Lande die Regierungsform der konstitutionellen Monarchie gab, schreibt vor, daß der König Buddhist sein muß und daß er Haupt, Förderer und Protektor des Buddhismus ist. Zwischen dem Staat und der buddhistischen „Kirche“ besteht engste Zusammenarbeit. Unablässig fördert die Regierung die Lehre Gautamas (Buddhas) durch Gründung von Tempeln, Klöstern und Schulen sowie durch tägliche Werbung im Rundfunk. Die Verbindung zwischen Staat und Buddhismus ist so eng, daß die kleine Zahl der Katholiken, die zu einem erheblichen Teil aus zugewanderten Chinesen und Annamiten besteht und mit 106 321 nur 0,5 Prozent der Bevölkerung ausmacht, die buddhistischen Pagoden Thai-Tempel nennt und so Staat und Staats-„Religion“ im Bewußtsein identifiziert. Der siamesische Buddhismus hatte sich im Laufe der Jahrhunderte stark von der Urlehre Buddhas entfernt und manche Züge des Mahayana-Buddhismus angenommen, der aus der Selbsterlösungslehre des Stifters eine Art theistische Religion entwickelte, in der Buddha bzw. zahlreiche Buddhas hingebend verehrt werden. Seit Beginn dieses Jahrhunderts hat aber eine starke Bewegung eingesetzt, den Hinayana-Buddhismus Siams in seiner alten Reinheit wiederherzustellen. Diese Entwicklung reiht sich in die allgemeine Renaissance des ganzen Hinayana-Buddhismus ein, dessen Verbreitungsgebiete Ceylon, Burma, Thailand, Kambodscha und Laos sind. Man studiert in den Mönchsklöstern Siams, das mehr als 20 000 Pagoden mit 140 000 Bonzen und 65 000 „Novizen“ zählt, wieder eifrig Pali, die „Kirchen“-Sprache des Hinayana-Buddhismus, die

kanonischen Schriften und die orthodoxen Kommentare dazu, und der 2500. Todestag Buddhas ist in Thailand ebenso großartig begangen worden wie in Ceylon und Burma. Bangkok, die Hauptstadt des Landes, besitzt sogar eine buddhistische Universität. In den Volksmassen hat sich natürlich allerhand mystizistischer Aberglaube um die Lehre Buddhas gerant, der offenbar echten religiösen Bedürfnissen entspricht. Aber von einem Buddha-Kult im eigentlichen Sinne ist wohl nicht die Rede, auch wenn man in den Pagoden Kerzen und Blumen vor dem Bildnis des Erleuchteten opfert. Ein so kompetenter Beobachter wie Bischof Louis Chorin von Bangkok mutmaßt zwar, daß in der Masse der Frauen, die sich in den Pagoden drängen, so etwas wie der Glaube an übernatürliche Kräfte Buddhas lebt, ist aber der Meinung, daß der Opferwille gerade der Frauen für die Tempel aus dem Verlangen herrührt, durch die Gaben sich das Verdienst zu erwerben, nach ihrem Tode als „Männer“ wiedergeboren zu werden, um dann Mönch zu werden und so sicher das Nirwana zu erreichen (Bischof Louis Chorin, in: *Agenzia Fides, Documentazione*, 23. 10. 54).

Eine atheistische Weltanschauung

Wie der Urbuddhismus trägt auch der moderne Buddhismus Siams Züge einer atheistischen Weltanschauung. Da die endliche Befreiung vom Kreislauf der Geburten im Mittelpunkt des persönlichen Denkens steht, interessieren die Fragen nach der Existenz eines persönlichen Gottes ebensowenig wie jene nach dem Wesen der Seele und der menschlichen Freiheit. Nur bei einzelnen hochgebildeten Mönchen begegnet man heute der Anerkennung eines höchsten Wesens. Wohl kennt der Hinayana-Buddhismus eine praktische Moral, deren Beobachtung wenigstens zur Erreichung einer günstigeren Wiedergeburt notwendig ist, während sie in Verbindung mit Enthaltensamkeit, Meditation und asketischen Übungen (Mönchsstand) direkt den Weg zum Nirwana eröffnet. Die Nichtbeobachtung dieser Moral aber führt zur Hölle, deren Existenz vom Volke nicht bezweifelt wird. Die Moral ist enthalten in dem sog. Pentalog, der Lehre von den folgenden fünf Sünden: Töten, Stehlen, Ehebruch-Begehen, Lügen und Sich-Berauschen. Die 22 Millionen zählende Bevölkerung Siams ist als friedfertig bekannt, und die buddhistische Weltanschauung fördert sicherlich diese Grundhaltung in einem fast ganz buddhistischen Volke, aber ebenso trägt die Tatsache dazu bei, daß dieses äußerst industriearme Reisland mit einer Bauernbevölkerung von 85 Prozent im Gegensatz zu den meisten asiatischen Ländern keinen Hunger kennt und durch den Reisexport ziemlich mühelos eine ausgeglichene Handelsbilanz erzielt. Der Reixüberschuß lockt natürlich die Begierde des kommunistischen China an, und schon deshalb muß Thailand antikommunistisch sein, da es heute seine politische Unabhängigkeit nicht mehr wie früher der politischen Eifersucht zweier Großmächte verdankt, die von Burma her (England) und von Ost-Indochina her (Frankreich) einander den Besitz dieses Landes streitig machten, sondern von machtpolitisch bedeutungslosen selbständigen Staaten (Burma, Malaia, Kambodscha, Laos) umgeben ist. In der Tat ist Siam augenblicklich unter der Führung des Marschalls Sarit Thanarat stramm antikommunistisch, während der von ihm in unblutiger Weise verjagte alte Feldmarschall Pibul Songgram zuerst nach Kambodscha flüchtete und sich nun in Peking befinden soll. Man versteht

auch, warum Siam unter den gegenwärtigen Umständen eines der treuesten Mitglieder des westlichen Verteidigungssystems ist und von den USA beträchtliche militärische und wirtschaftliche Hilfe erhält.

Zersetzungserscheinungen

Die Frage, wie der Buddhismus Siams zum Kommunismus steht, ist nicht einfach zu beantworten. Es stehen sich zwei atheistische Systeme gegenüber, die aber auf verschiedener Ebene liegen. Der Atheismus des echten Buddhismus ist negativ: ohne Gott = an Gott nicht interessiert, während der kommunistische Atheismus positiv gottlos ist und den Gottesgedanken als systemwidrig heftig bekämpft. An sich hat der Hinayana-Buddhismus strenger Observanz kein Aufnahmeorgan für den Kommunismus. Er ist deshalb geneigt, die ihn nicht interessierende unvollkommene, provisorische und illusorische Welt denen zu überlassen, die sie äußerlich nach ihrem Geschmack organisieren wollen. Wenn die Kommunisten diese Welt absolut setzen und zum Paradies machen möchten, wird der echte Buddhist diesen Irrtum belächeln, aber nicht dagegen kämpfen. Hier liegt nun die Gefahr der Infiltration des Kommunismus, der überzeugt ist, die buddhistischen Grundanschauungen zerstören zu können. Auf Ceylon haben wir die Erscheinung, daß ein erheblicher Teil der buddhistischen Mönche vom Nationalismus ergriffen ist und zwecks Erreichung des Zieles der Schaffung eines den Minderheiten aufzuzwingenden buddhistischen Staates den Kommunisten Vorspanndienste leistet, während nur ein kleinerer Teil orthodoxer Mönche in der Distanzierung von der Politik verharret. Die Zusammenarbeit mit den Kommunisten hat auf Ceylon tatsächlich schon zum Einbruch kommunistischer Ideen in die buddhistische Ideenwelt geführt. Zwar ist der Buddhismus Siams aus der gleichen Wurzel wie jener Ceylons hervorgegangen, aber er sieht keine Notwendigkeit, in die politische Arena zu steigen, da der Staat buddhistisch ist. Die geistige Ehe erscheint noch vollkommen. Die nichtbuddhistischen Minderheiten stellen nur wenige Prozente der Bevölkerung dar. Da aber die kommunistische Gefahr in der Form einer drohenden Hegemonie Chinas oder sogar der Unterwerfung des buddhistischen Staates unter die Herrschaft Chinas gesehen wird, ist der Buddhismus Siams am Kampf gegen das Eindringen des Kommunismus sehr interessiert. Zwar bekämpft die Polizei alle kommunistischen Untergrundbewegungen, aber die buddhistische Führung vertraut nicht allein der äußeren Staatsgewalt. Sie ist tief beunruhigt, da sie weltanschaulich kein Mittel sieht, um dem Kommunismus auf seiner Ebene entgegenzutreten. Es entgeht ihr nicht der Großangriff des von Peking aus finanzierten und verbreiteten kommunistischen Films, der seltsamerweise vollen Zugang zu den siamesischen Filmtheatern hat. Irgendwie hat man auch das Gefühl, daß man sich anpassen muß, um mit dem siegreichen Vordringen des naturwissenschaftlichen Weltbildes und der technischen Zivilisation fertig zu werden, zumal in Siam eine abstruse und phantastische Kosmologie, deren Urheber ein längst verstorbener siamesischer König ist und die im Volke als integrierendes Element des Buddhismus betrachtet wird, nunmehr immer mehr in ihrer Sinnlosigkeit entlarvt wird. Das ganz allmähliche Eindringen der modernen Technik führt auch immer mehr von der Weltverneinung ab und bringt einen aktiveren Zug in die Geisteshaltung der Buddhisten.

Die Gebildetenwelt fühlt am meisten die Krise, die hier heraufzieht und deren Bewältigung durch den Buddhismus fraglich erscheint. Bischof Chorin schreibt in der oben erwähnten Studie über den siamesischen Buddhismus: „Die Intellektuellen und die Jugend der Schulen von heute werden mehr und mehr für den Skeptizismus anfällig. Ihre Studien ließen sie die schwachen Seiten des Buddhismus mit Händen greifen, ohne daß sie indessen ein ernstes Bedürfnis zeigen, ‚zur Seite zu schauen‘ und sich zu unterrichten. Sie schließen einfach, daß alle Religionen gut sind und daß insbesondere Buddhismus und Christentum keinen Anlaß haben, sich eifersüchtig aneinander zu messen; der Buddhismus paßt für die Asiaten, das Christentum ist nur für die Menschen der westlichen Welt gut.“ Hierbei ist die interessante Feststellung zu machen, daß man aus westlich-christlicher Schau gerne den Hinayana-Buddhismus als eine typische „Religion“ der Ichbezogenheit bezeichnet, während die Buddhisten ihrerseits erklären, der westlich-christliche Mensch werde zur Ichhaftigkeit und Lebensgier erzogen. Daher die beiden Weltkriege und die Atombombe. Den Frieden der Welt könne aber nur die von der Ichbezogenheit befreiende Religion Buddhas bringen.

Auf diesem geistigen Untergrund ist nun die Lage der katholischen Kirche in Thailand zu sehen. Im ganzen Bereich des Hinayana-Buddhismus hat sie bisher keine großen Eroberungen machen können. Die Fragen einer wirksamen Missionsmethode sind noch weit offen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß 1957 die politischen Verhältnisse in Südostasien zu einer Neuordnung der Delegaturbezirke führten. Damals wurde wegen der Behinderung der Apostolischen Delegatur in Hanoi (Nordvietnam) die neue Apostolische Delegatur Bangkok gegründet, die allerdings bisher nur durch einen Geschäftsträger, den Iren Msgr. Gordon, besetzt ist. Dieser Delegatur sind nunmehr alle hinterindischen buddhistischen Gebiete gleicher Tradition (Siam, Laos, Kambodscha) unterstellt. Aus praktischen Gründen wurde zum Amtsbereich der Delegatur auch die Halbinsel Malakka geschlagen, die bisher zu Indien (Internuntiaturnew-Delhi) gehörte.

Geschichte der Kirche in Thailand

Die katholische Mission faßte zuerst um 1660 in Siam Fuß. In der Erfüllung eines Auftrages der neugegründeten Propagandakongregation, Apostolatszentren außerhalb des der Kirche zur Belastung gewordenen Padroad-Systems zu gründen, und von einem rein kirchlichen Apostolatsgeist getragen, schufen die Missionare der Gesellschaft für Auswärtige Missionen zu Paris in der damaligen siamesischen Hauptstadt Ayuthia (nördlich des heutigen Bangkok) ein Missionszentrum für den Fernen Osten. Neun Jahre später wurde das Apostolische Vikariat Siam geschaffen. Es war die Tragik dieser Missionare, daß sie ohne jede Schuld Opfer der westlichen Kolonialpolitik wurden. Nachdem Portugiesen, Holländer und Engländer am Golf von Siam sich um die Gunst des siamesischen Königs hinsichtlich des Handelsmonopols gestritten hatten, erschienen nun auch noch die Franzosen mit sieben Kriegsschiffen und 14 000 Soldaten, um einem Bündnisangebot Nachdruck zu geben. Im Auftrag des Königs Ludwig XIV. von Frankreich verlangten sie u. a., der König von Siam solle den Buddhismus aufgeben und Christ werden. Es ist dies ein Beispiel, mit welchem Mangel jeglicher Klugheit und Psychologie damals im poli-

tischen Raum von christlichen Herrschern gehandelt wurde. Der König weigerte sich natürlich, die angestammte Religion preiszugeben. Prompt loderte der Fremdenhaß auf, und mit den Franzosen wurden auch die französischen Missionare verfolgt, denen es schon gelungen war, ein Priesterseminar und eine einheimische Schwesternkongregation zu gründen. Mühsam hielt sich ein kleiner Missionsstab im Lande, bis dann der Einfall dreier burmesischer Armeen, der mit der Zerstörung der Hauptstadt Ayuthia endete, auch den Zusammenbruch der Mission herbeiführte. Es ist vielleicht der Tatsache zuzuschreiben, daß die Kirche zusammen mit den Siamesen die kurze Fremdherrschaft erdulden mußte, wenn eine neue Dynastie dann der katholischen Kirche wieder mehr Wohlwollen schenkte. Diese Dynastie ist übrigens heute noch im Besitz des Thrones, wenn auch der König zur Zeit nur Repräsentationsfigur ist, während die Marschälle regieren. Volle Freiheit erhielt die Kirche 1851. Diese Freiheit bekräftigte die Verfassung, die der bis dahin absolute Herrscher im Jahre 1932 dem Lande gab, indem sie volle Religionsfreiheit gewährte. Seit 1898 kamen nacheinander eine ganze Anzahl männlicher und weiblicher Missionskongregationen nach Siam, meist französischer Herkunft. Der Missionsstab wurde seit zehn Jahren durch in China frei gewordene Missionskräfte erheblich verstärkt. Ohne diese Hilfe wäre die Verdoppelung der Katholikenzahl im letzten Jahrzehnt unmöglich gewesen. Bemerkenswert ist, daß den 144 ausländischen Priestern 88 einheimische, den 375 ausländischen Ordensfrauen 435 einheimische gegenüberstehen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß dem einheimischen Missionspersonal sehr viele naturalisierte bzw. im Lande geborene Chinesen und Annamiten angehören. Die Könige von Siam haben stets bei Verfolgungen aus den Nachbarländern flüchtenden Christen willig Obdach gewährt. So erklärt sich die starke Vertretung des nichtsiamesischen Elements in der Kirche. Die Regierung bekundet der Kirche seit langem wirkliches Wohlwollen. Zweimal besuchten siamesische Könige seit 1900 den Papst, und noch 1955 machte der thailändische Ministerpräsident dem Heiligen Vater seine Aufwartung. Die Priester werden vom Volke wie die buddhistischen Mönche geehrt und genießen manche der diesen gewährten Vergünstigungen, z. B. Fahrpreisermäßigungen.

Der Einfluß durch die Schulen

Die Schwierigkeiten einer direkten christlichen Beeinflussung der buddhistischen Umwelt veranlaßten die Mission, das indirekte Apostolat der Schulen stark auszubauen. Neben einer großen Zahl von Volksschulen bestehen 30 katholische Sekundärschulen. Die Gesamtzahl der Schüler und Schülerinnen, von denen neun Zehntel Buddhisten sind, beträgt 60 000 und erreicht damit die Hälfte der Zahl aller Katholiken des Landes! Die derzeitige Königin von Siam hat ihre ganzen Studien an einer höheren katholischen Missionsschule gemacht! Da man für einen derart umfangreichen Schulapparat nicht genügend katholische Lehrer hat, besteht die Hälfte der Laien-Lehrkräfte aus Heiden. Katholischer Religionsunterricht ist nur außerhalb der Schulstunden gestattet. Da die Regierung alle Schüler in der Kenntnis des Buddhismus prüfen läßt, muß der Buddhismus als Unterrichtsgegenstand in die Schulpläne aufgenommen werden. Die katholischen Lehrer bemühen sich, diesen Unterricht „in apologetischer

Form“ zu geben (vgl. First Asian Meeting for the Apostolate of the Laity. Manila 1955. Kongreßbericht, Rom 1956). Die Salesianer Don Boscos besitzen eine vielgerühmte große Industrieschule in Bangkok.

Der kleinen Zahl der katholischen Hochschulstudenten (150 unter 10000 Studierenden von fünf Universitäten) nehmen sich seit 1955 sechs ins Land gerufene Jesuitenpatres an, die u. a. auch ein Bildungszentrum schufen sowie an der Herausgabe zweier kleiner Kulturzeitschriften mitwirken, deren Gestalter die sehr aktive katholische Studentengruppe ist. Diese findet an 17 katholischen Universitätsprofessoren einen guten Rückhalt. Die Zahl der katholischen Hochschulstudenten steigt rasch an, da sich in den letzten Jahren die Zahl der katholischen Abiturienten verdoppelte. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß im Mai dieses Jahres eine aus Mitteln der deutschen Regierung finanzierte und mit deutschen Lehrkräften arbeitende Technische Schule in Thailand eröffnet wurde, die nach vollendetem Ausbau 600 bis 800 Studenten aufnehmen kann. Hoffentlich wird diese Schule nicht nur Technik vermitteln, sondern in ihren Lehrkräften auch still und diskret von abendländisch-christlichem Geiste Zeugnis geben.

Im Sog der buddhistischen Umwelt

Die Zahl der Konvertiten aus dem Buddhismus bleibt klein, wenn auch in der Intelligenz heute manche den Weg zur Kirche finden. Leider gibt es sehr viele Glaubensabfälle, verursacht durch den Rückfall in eine intensiv buddhistische Umwelt. Bekennen sich doch fast 98 bis 99 Prozent der Bevölkerung zur Lehre Buddhas. Die Katholiken werden seelisch fast erdrückt von diesen Einflüssen, wie auch ihre wenigen Kirchen von Pagoden umgeben sind. Eine Folge dieser Verhältnisse ist auch die große Zahl christlich-buddhistischer Mischehen, die zu großen und ständigen Verlusten an Gliedern der Kirche führen. Früher hatte man stellenweise versucht, die Christen in geschlossenen Dörfern anzusiedeln. Dies wird unter den heutigen Verhältnissen immer weniger möglich und hat den großen Nachteil, die Christen vom Leben des übrigen Volkes abzukapseln und ihnen das apostolische Verantwortungsbewußtsein für die Heiden zu nehmen. Andererseits ist die reine Werkmoral der Buddhisten immer wieder auch für die Christen eine Versuchung, sich dieser Moralauffassung anzugleichen. Die kleine Zahl der Katholiken gestattet auch nicht die Entwicklung eines eigenen katholischen Brauchtums. Eine spezifisch thailändische katholische Literatur sowie eine katholisch inspirierte religiöse Kunst kann sich unter den gegebenen Umständen ebenfalls nicht entwickeln. Man lebt hier von geistigen Anleihen aus dem Ausland. So eröffneten die Redemptoristen vor drei Jahren einen umfassenden Übersetzungsdienst, der hauptsächlich angelsächsische katholische Literatur in thailändischer Sprache der Öffentlichkeit zugänglich macht. Das Missale Romanum wurde nach 300jähriger Missionsarbeit 1956 erstmalig ins Siamesische übersetzt. Angeblich hätte bis vor 25 bis 30 Jahren eine solche Übertragung nicht stattfinden können, weil die Sprache noch nicht reformiert war und man zur Übersetzung der Gebete endlose Umschreibungen benötigte. Die annamitischen und chinesischen katholischen Gemeinden im Lande verzichteten deshalb auch fast ganz auf den Gebrauch des Siamesischen im Gottesdienst. Die Protestanten besitzen eine siamesische Bibelübersetzung, die neuer-

dings auch im Buchhandel kolportiert wird und von Buddhisten viel gekauft wird („International Review of Missions“, 1, 1959).

Im öffentlichen Leben sind die Katholiken seelisch sehr belastet durch die Probleme der Teilnahme an staatlichen Feiern und Kundgebungen, denen sie sich oft kaum entziehen können, obwohl diese Feiern ganz buddhistischen Charakter tragen. Darum kann ein Katholik auch schlecht Beamter oder Angestellter großer staatlicher oder privater Betriebe sein. Im persönlichen Leben müssen die Christen an Hochzeiten, Beerdigungen, Gesellschaften buddhistischer Freunde teilnehmen. Aber auch hier ist das ganze Brauchtum von heidnischer Weltanschauung erfüllt. Unter diesen Umständen ist es schwierig, Katholische Aktion aufzubauen. Dennoch haben sich die sechs Oberhirten Thailands auf einer Konferenz dazu entschlossen, und sie experimentieren mit den Methoden, die man im katholischen Leben anderer Länder studiert hat. Der Versuch, nur über die Schulen die katholischen Eltern apostolisch zu beeinflussen, ist mißglückt. Die katholischen Eltern kümmerten sich bisher nicht einmal viel um die Erziehung der eigenen Kinder und handelten hier nach der Auffassung, die im ganzen Lande herrscht, daß die Schulen allein für die Erziehung verantwortlich seien. Offensichtlich liegen hier auch seelsorgliche Versäumnisse in einer Mission vor, die sich mit äußerster Kraft dem Ausbau des Schulwesens widmete und so für eine Spezialseelsorge der Erwachsenen nicht genügend Menschen und Mittel zur Verfügung hatte.

Katholische Theologie

Lehrgegenstand an buddhistischer Fakultät

Erfreulich ist die wachsende Bereitschaft der buddhistischen Mönchselite, sich wenigstens mit katholischen Anschauungen vertraut zu machen. Instinktiv sucht man die Allianz mit der Kirche im Kampf gegen den Kommunismus, da die eigene Weltanschauung hier versagt und keinerlei Widerstand gegen die kommunistischen Ideen zu organisieren vermag. Das klassische Beispiel dieser Art von Annäherung liefert die der staatlichen Maha Chulalongkorn-Universität zu Bangkok angeschlossene buddhistische theologische Fakultät, an der die geistige Führungsschicht der buddhistischen „Kirche“ ihre Ausbildung erhält. Der Dekan der Fakultät wandte sich im Jahre 1955 an den Salesianerpater John Ulliana, der seit 30 Jahren im Lande wirkte und die Landessprache vollkommen beherrschte, mit der Bitte, seinen Studenten (Mönchen) die Lehre Jesu zu erklären. Bei den Protestanten wolle man keine diesbezüglichen Informationen suchen, weil es „zu viel Sekten unter ihnen gibt“. Man würde sich aber freuen, wenn der Pater auch eine klare Vorstellung über den Protestantismus vermitteln könne. Der Dekan wies dann noch darauf hin, Buddhismus und katholische Kirche müßten sich zu einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Kommunismus zusammenfinden und die Schwierigkeiten vergessen, die in der Vergangenheit zwischen beiden „Kirchen“ auftreten konnten. So saßen denn bald zwölf ausgewählte, gelbgekleidete buddhistische Studenten der letzten beiden Hochschulestermester im Gebäude der Fakultät, das in einem großen Buddha-Tempel untergebracht und zugleich ein Zentrum buddhistischer Versenkungspraxis ist, vor dem in seinem Priesterkleid erscheinenden P. Ulliana. Dieser hielt ihnen einen ganz an die Geisteshaltung des Buddhismus angepaßten apologetischen und theologischen Kurs,

ohne prinzipiell je den Buddhismus als solchen zu nennen. Vor Beginn der Vorlesungen, an die sich jedesmal eine rege Diskussion anschloß, erklärte ihm der Dekan: „Wir bitten Sie, in aller Freiheit zu sprechen und klar hervorzuhellen, was beide Weltanschauungen trennt. Nie werden wir Sie des Proselytismus beschuldigen, und selbst wenn einer der Unsrigen nach Ihren Vorlesungen katholisch werden wollte, wären wir zufrieden, daß jeder tue, was ihm am besten hilft, gut zu werden.“ Nachdem der erste Kurs zur vollen Zufriedenheit des Dekans verlaufen war, wurde im folgenden Jahr die Teilnahme auf den ganzen letzten Jahrgang der Hochschule ausgedehnt. Heute doziert P. Ulliana schon im fünften Jahr, und zwar für das ganze dritte und vierte Studienjahr der Fakultät. Seit einiger Zeit ist „Katholizismus“ sogar Examensfach geworden.

Beim Unterricht und vor allem bei den ruhig, aber seitens der jungen Buddhisten mit verhaltener innerer Bewegung geführten Aussprachen vertiefte der Pater seine eigenen Kenntnisse des Buddhismus immer mehr und verbesserte so auch von Jahr zu Jahr seine Unterrichtsmethode, um sie im Jahre 1958 gänzlich zu revolutionieren, da er zu der Überzeugung gekommen war, daß viele unserer religiösen Grundbegriffe im Buddhismus eine ganz andere Bedeutung haben als bei uns. Vor allem drang er tief in die Psychologie des Buddhismus ein und konnte so die Angelpunkte seines Denkens ausfindig machen. Den Bericht über seine Erfahrungen (vgl. „Le Christ au Monde“, Internationale Zeitschrift für apostolische Erfahrungen, Rom 1958, Bd. III, Nr. 4) schloß P. Ulliana mit den Worten: „Ich bin mir durchaus bewußt, daß diese Begriffe (über Gott, Ursache — Folge, menschliche Seele usw.) den Buddhismus an der Basis untergraben. Die Hörer begreifen das auch, können aber keine Argumente dagegenstellen, und ich tue meinerseits, als ob ich gänzlich vom Buddhismus absähe. Im Ausdruck ihrer Augen lese ich die tragischen Probleme, die sie erschüttern, obwohl sie ihnen ohne dramatische Form dargestellt werden, als handle es sich um die einfachsten Dinge der Welt, die selbst kindlichem Verständnis offen sind. Die Unterrichtsstunde geht wie ein Blitz vorbei, und man vergißt nie, mich zu bitten, doch ja das nächste Mal wiederzukommen.“

Da aus vielen Gebieten Siams Anfragen über die katholische Lehre an P. Ulliana kommen, hat er jetzt an die buddhistische Geistesart angepaßte Korrespondenzkurse in thailändischer Sprache herausgegeben, deren Faszikel in Singapur gedruckt werden. Er bittet nun, ihm doch Bücher und Zeitschriften zu senden, um ein schönes Informationszentrum für nichtchristliche Gottsucher einzurichten (Anschriß: Rev. John Ulliana SDB, Salesian Fathers, 124 Saladeng Rd., Bangkok, Thailand). Am 8. August 1958 besuchten der Geschäftsträger der Apostolischen Delegatur und Weihbischof Pignedoli von Mailand die Stätte der Lehrtätigkeit des Salesianerpaters. Sie wurden vom Dekan und einem Mönch begrüßt, der im Jahr 1958 anläßlich einer Weltreise von Pius XII. empfangen worden war. Man zeigte den Gästen Kloster, Schule, Bonzenresidenz und das den Aszeten für Übung der Yoga-Aszese vorbehaltene Quartier. Sie sahen viele hundert Mönche und Studenten in ihren Beschäftigungen. Beim Abschied sagte Msgr. Pignedoli zu P. Ulliana: „Wenn Gott hier nicht seine Hand wirksam werden läßt, was können wir an diesem Orte erreichen?“

Die Kirche in Südkorea

Die Reise Kardinal Agagianians, des Propräfekten der Propaganda Fide, in den Fernen Osten, deren Hauptanlaß der Erste Marianische Kongreß in Vietnam und zugleich die Dreihundertjahrfeier der Errichtung des ersten Apostolischen Vikariats in Indochina war, hat den Blick der Katholiken auch auf die anderen Länder gelenkt, die der Kardinal besuchte: Formosa, Korea, Japan, die Philippinen. Jedes dieser Länder hat ein besonderes Verhältnis zur katholischen Kirche und kann in ganz bestimmter Weise Anspruch auf die Teilnahme der Weltkirche und auf die Hilfe aller Gläubigen erheben. Bei Südkorea handelt es sich nach allgemeinem Zeugnis um eine unvergleichliche Offenheit für das Christentum, eine Bereitschaft, die die tätigste Hilfe verdient. Kardinal Agagianian hielt sich acht Tage, vom 5. bis 12. März, in Südkorea auf und besuchte, außer der Hauptstadt Söul, fünf von den übrigen sieben Apostolischen Vikariaten des Landes. Er wurde überall mit den größten Ehren empfangen.

Die Geschichte des Christentums in Korea, einem Land mit uralter Kultur und vorwiegend buddhistischer Religion, ist höchst eigenartig und ergreifend. (Die Mehrzahl der folgenden Angaben ist der Zeitschrift „Missi“, Nr. 3, 1959, entnommen.) Die christliche Lehre ist nicht zuerst durch Missionare nach Korea gebracht worden, sondern von einigen koreanischen Gelehrten, die sich im Jahre 1784 von einem Landsmann Bücher aus Peking hatten schicken lassen; darunter befand sich ein von einem chinesischen Missionar verfaßtes Handbuch der christlichen Lehre. Sie zogen sich in eine einsame Pagode zurück und dachten über diesen Text nach und diskutierten die darin enthaltene Lehre. Das Handbuch sprach von Gott, von der Seele und von der ewigen Bestimmung des Menschen. Die Gelehrten beschlossen, diese Lehre anzunehmen. Aber was tun? Die chinesische Grenze war damals hermetisch verschlossen, ein Priester nicht zu erreichen. Nach genauem Studium der Angaben des Handbuchs erteilten sie sich gegenseitig die Taufe — und auch die übrigen Sakramente, einschließlich der Priesterweihe, da sie die Grenzen hier nicht erkennen konnten. Jedenfalls waren sie von Eifer erfüllt und verbreiteten die Lehre weiter und hatten schon bald 4000 ihrer Gefährten bekehrt. Später wurde der Klerus in Peking von dieser ungewöhnlichen Situation informiert, und es gelang unter großen Schwierigkeiten, einen chinesischen Priester nach Korea zu entsenden und die unfreiwilligen Unregelmäßigkeiten wieder in Ordnung zu bringen. Die neue Lehre war aber den koreanischen Machthabern verdächtig, und die Geschichte des Christentums in Korea besteht aus einer Kette blutiger Verfolgungen, deren erste im Jahre 1791, deren bisher letzte (soweit es das freie Südkorea angeht) 1866 stattfand. Jener chinesische Priester, Vater Tchou, der als erster 1794 nach Korea kam, fiel der zweiten Verfolgung 1801 mit 300 anderen Christen zum Opfer. Verfolgungen fanden 1791, 1801, 1815, 1827, 1839, 1846, 1860 und 1866 statt, und die Zahl der Martyrer stieg auf viele Tausende an. Heute hofft die Kirche in Korea auf den Segen des Blutes ihrer Martyrer.

Als Korea nach dem zweiten Weltkrieg entlang dem 38. Breitengrad geteilt wurde, zählte es rund 200 000 Katholiken in Südkorea und gegen 30 000 im Norden, der von den Kommunisten besetzt wurde. Südkorea hat heute rund 22 Millionen Einwohner, darunter Anfang Januar 1957 250 000, heute schon rund 360 000

Katholiken. Etwa 45 000 lassen sich jährlich taufen. Es scheint, daß das Land für die Botschaft Christi weit offensteht — ganz anders als Japan, wo das Christentum trotz großen Einsatzes an Missionaren und materiellen Mitteln, nur äußerst langsam fortschreitet. Leider hat die katholische Kirche bisher noch nicht genug Missionare und auch materielle Hilfe gesandt, um dieser Aufgeschlossenheit zu entsprechen. Der Protestantismus war darin weitsichtiger und auch besser mit Hilfsmitteln versehen. Während sofort nach Kriegsende den 200 000 Katholiken rund 300 000 Protestanten gegenüberstanden, sind die Protestanten heute auf 1 400 000 Gläubige angewachsen. Die größte Verbreitung hat der presbyterianische Protestantismus gefunden, dem auch der Staatschef, Syngman Rhee, angehört. Der Vizepräsident Südkoreas dagegen, John Myun Chang, ist Katholik. (Die beiden obersten Häupter des Landes sind erbitterte Feinde, sehen sich nie, und Chang Myun, der der Führer der Oppositionspartei und außerdem Direktor der zweitgrößten Tageszeitung des Landes ist — die Anfang Mai von der Regierung verboten worden ist — lebt, nachdem gleich nach seiner Wahl 1956 zwei Attentate auf ihn verübt worden sind, ganz in seiner Residenz eingeschlossen.) Es gibt auch noch einige andere Katholiken auf hohen Posten in Korea. Aber das Land hat viel zu wenig Priester. Zwar sind von den 8 Bischöfen 4 Einheimische und von den Priestern 232 Koreaner neben 176 Ausländern; aber die Gesamtzahl ist selbstverständlich völlig unzureichend, zumal kaum eine Pfarrei weniger als 100, die meisten gegen 200 Konversionen pro Jahr zählen. Der Apostolische Delegat von Südkorea konnte allein an Weihnachten 1956 von 10 000 Taufen berichten. Zwischen Juli 1957 und Juni 1958 belief sich die Zahl der Erwachsenentaufen auf 64 614 (nach „Osservatore Romano“, 25. 3. 59). Es gibt leider auch nur sehr wenige Ordensniederlassungen im Lande. An Priesterberufen fehlt es nicht, wohl aber an den materiellen Vorbedingungen zu deren Ausbildung. (Zur Erweiterung des in Seoul liegenden Priesterseminars für Südkorea hat Erzbischof Hermann Schäufele von Freiburg durch eine Sammlung in der ganzen Erzdiözese beigetragen.) Die Laien spielen, schon vom Ursprung der Kirche in Korea her, dagegen eine große Rolle und betätigen sich eifrig im Apostolat. Südlich von Seoul liegt z. B. ein Dorf, in dem die Losung ausgegeben worden ist: „Handelt selbst!“ Jeder erwachsene Dorfbewohner übernahm es hier, einen anderen Dorfbewohner zu bekehren. Auf diese Weise kamen mehr als 4000 Konversionen zustande. Große Verbreitung hat in Südkorea die Legion Mariens gefunden, obwohl sie erst 1954 eingeführt worden ist; sie zählt gegenwärtig allein im Vikariat Kwangju einen Senat, 6 Kurien, 85 Präsidien und 1301 aktive Mitglieder. Ihnen vor allem sind 14 333 Konversionen im letzten Jahr dort zu verdanken. Nicht selten schreibt ein ganzes Dorf an einen Priester mit der Bitte, ihnen einen Geistlichen zu senden, weil sie katholisch werden wollen. Darin mag etwa stehen: „Das Leben wird immer härter, und wir wissen nicht, was wir noch von unserm Leben erwarten sollen. Wir sehnen uns nach dem Trost der Hoffnung auf das Glück eines künftigen Lebens. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie eine katholische Kirche in unserm Dorf errichten würden, damit wir lernen könnten, uns auf das künftige Leben vorzubereiten.“

Doch vor allem kann die Elite dieses Landes mit uralter Kultur nicht warten. Eine Zeitlang war sie dem Prote-

stantismus sehr geöffnet; heute scheint Grund zur Hoffnung, daß sie stärker zur katholischen Kirche neigt. Zahlreiche Studenten bereiten sich auf die Taufe vor. An den Einkehrtagen für Studenten, die im Jahre 1958 in Seoul von P. Youn SJ gehalten wurden, nahmen 800 Studenten teil. Von großer Bedeutung ist es daher, daß demnächst in Seoul eine katholische Universität eröffnet werden kann. Eines der zu der künftigen Universität gehörenden Gebäude war (wie Agenzia Fides am 14. 3. 59 meldete) im März fast vollendet; es kann 300 bis 400 Studenten aufnehmen. Die Lehrkräfte werden zur Hälfte Jesuiten sein; von den acht Patres, die bereitgestellt sind, sind drei Koreaner, vier sind Amerikaner, einer Deutscher. Mit der Zeit soll die katholische Universität von Seoul die Lehrfächer Literatur, Kunst, Naturwissenschaften, Wirtschaftslehre, Philosophie, Mathematik, Physik, Chemie und Biologie umfassen. In Europa studieren gegenwärtig 150 Koreaner, von denen ein Drittel katholisch ist. Vorläufig gibt es in Südkorea nur zwei katholische Colleges und eine katholische Technische Schule. Auf dem Gebiet des unteren und mittleren Schulwesens ist noch gar nichts geschehen. (Man rechnet in Südkorea mit ungefähr 400 000 Schülern der mittleren Schulen und 35 000 Universitätsstudenten, unter denen die Arbeit der Kirche erst noch begonnen werden muß.)

Der Besuch Kardinal Agagianians

In diesem Land war Kardinal Agagianian vom 5. bis 12. März dieses Jahres zu Besuch. Leider fiel sein Besuch in die Zeit der Frühlingsregen, so daß er, obgleich ihm ein eigenes Flugzeug zur Verfügung gestellt war, nur 6 von 8 koreanischen Apostolischen Vikariaten besuchen konnte, während er die Vikariate von Chonju und Kwangju, die ebenfalls auf seinem Programm standen, ausfallen lassen mußte. Ausgangs- und Stützpunkt seiner Reise war die Hauptstadt Söul, die ein Vikariat beherbergt; von hier aus besuchte er die Vikariate Pusan, Taeku, Chunchon, Daijeon und Cheongju. Sein besonderes Interesse galt den katholischen Werken sowie dem Kleinen und dem Großen Seminar. Überall wurde er begeistert aufgenommen. Am 8. März hielt er ein Pontifikalamt in der Kathedrale von Seoul, dem Tausende von Gläubigen in und vor der Kirche beiwohnten. Überall wo der Kardinal sprach, versäumte er nicht, an das schwere Schicksal des gespaltenen Landes zu erinnern und die Wiedervereinigung der beiden Teile Koreas von Gott zu erflehen. In Seoul antwortete ihm der koreanische Bischof von Seoul, Msgr. Ro (der im vergangenen Herbst Deutschland besucht hat), indem er an die schon länger als hundert Jahre währenden Verfolgungen der Katholiken in Korea erinnerte, die doch das ständige Wachstum der Kirche nicht haben aufhalten können. Kardinal Agagianian besuchte ferner die Redaktion der zweitgrößten Tageszeitung Südkoreas, deren Direktor der Vizepräsident Myun Chang war und die eine ganze Anzahl von Katholiken in ihrem Redaktionsstab hatte, die aber, wie schon erwähnt, jetzt von der Regierung verboten worden ist. Diese Zeitung, „Kyung Hyang Shin Moon“, erschien täglich in zwei Ausgaben, die zusammen eine Auflage von 400 000 Exemplaren hatten. Am 9. März wurde der Kardinal vom südkoreanischen Staatspräsidenten Syngman Rhee empfangen. Bei einem Besuch im Vikariat Daijeon, das von den Auswärtigen Missionen von Paris betreut wird, besuchte Kardinal Agagianian auch den uralten Msgr. Larribeau, ehemals Apostolischer Vikar von Seoul, der im Jahre 1942 sein

Amt an den ersten koreanischen Bischof, Msgr. Ro, abgetreten hat. Den Abschluß seines Aufenthaltes in Seoul bildete die Einweihung einer neuen Kirche.

In dem von den Kommunisten beherrschten Nordkorea leben indessen, wie man annimmt, rund 30 000 Katholiken seit acht Jahren ganz ohne Priester und folglich ohne Sakramente; soviel man weiß, halten sie treu am Glauben fest.

Der Hunger in der Welt: Hilfe von Mensch zu Mensch Die deutschen Katholiken haben im Rahmen der Fastenopferaktion ihrer Bischöfe im Frühjahr dieses Jahres mehr als 32 Millionen DM für die hungernden und kranken Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gesammelt. (Über die Aufbringung und Verteilung der Gelder werden wir berichten, wenn die endgültigen Daten vorliegen.) Das ist ein bedeutendes Ergebnis. Rein quantitativ betrachtet, stellt diese Summe die mit Abstand höchste dar, die jemals von den deutschen Katholiken innerhalb einer Fastenopferaktion aufgebracht worden ist. Gemessen an der Zahl der Katholiken in der Bundesrepublik und West-Berlin — nur diese konnten sich an der Aktion beteiligen; es waren 1954 24,26 Millionen —, ist jeder nominelle Katholik mit 1,32 DM an der Spende beteiligt. Unter Berücksichtigung der durchschnittlichen sonntäglichen Kirchenbesucher (1955: 47,4%) erhöht sich indessen der Pro-Kopf-Betrag auf 2,70 DM.

Man hat bei aller Anerkennung dieser Leistung eingewendet: Was soll ein solcher einmaliger Betrag von 32 Millionen DM angesichts jener 1600 Millionen Hungernden und Kranken in aller Welt? Was sind schon 32 Millionen DM (= 8 Millionen Dollar), wo jährlich (auf lange Sicht) regelmäßig 20 Milliarden Dollar benötigt werden, wenn das Sozialprodukt der sog. Entwicklungsländer durchschnittlich um 2 Prozent gesteigert werden soll (denn nur auf diesem Wege können Hunger und Elend aus der Welt geschafft und eine neue internationale Ordnung der Gerechtigkeit und des Friedens verwirklicht werden)? Die Überlegung stimmte, wenn das Werk der Bruderliebe und der Gerechtigkeit eine reine Rechenaufgabe wäre. Das ist es jedoch nicht, und daher sind Überlegungen und Einwände solcher Art falsch. Das Ergebnis der diesjährigen Fastenopferkollekte darf nicht nur quantitativ betrachtet werden. Seine Bedeutung geht weit darüber hinaus. Einmal läßt das Ergebnis erkennen, daß die gläubigen Katholiken bereit sind zu hören, wenn sie in *drängenden Fragen* von ihren Hirten gerufen werden; daß sie bereit sind zu schenken, wenn sie — wie bei der diesjährigen Fastenaktion — davon überzeugt sind, daß die Wichtigkeit der Aufgabe keine Dispens vom Mithelfen gestattet. Die Aktion hat erwiesen, daß — im Gegensatz zu vielen pessimistischen Reden — das katholische Volk in Deutschland fähig ist, zwischen „wichtig“ und wichtig zu unterscheiden. Die Offenheit der Gläubigen für die wirklichen Probleme unserer Zeit sollte wachgehalten und gepflegt werden. Das ist, wie auch das gemeinsame Fastenhirtenwort der Bischöfe (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 242 ff.) hervorhebt, der sicherste Weg, den ichbeschränkten wie den gruppenegoistischen Standpunkt, zu dem jede Form von praktischem Materialismus führt, zu überwinden. Die Aussicht zu einer solchen neuen offenen Haltung gegenüber Welt und Kirche — diese wahrhaft

„katholische“ Haltung — wird unübersehbare Folgen für das religiöse Leben in unseren Gemeinden haben und der praktischen Pastoral neue Möglichkeiten erschließen — wenn diese — ebenso weit und offen — die Lage zu nutzen versteht. Zweitens haben die deutschen Katholiken durch ihren Einsatz in diesem Frühjahr auch eine politische Tat gesetzt. Sie haben zu erkennen gegeben, daß sie als Bürger eines reichen Landes bereit und gewillt sind, ihre Regierung bei ihren unausweichlichen internationalen Verpflichtungen (gegenüber den Entwicklungsländern) nicht durch passives Danebenstehen oder sogar durch Widerstand zu hindern, sondern sie dabei zu unterstützen: ja man darf aus dem Ergebnis der Aktion folgern, daß die deutschen Katholiken von ihrer Regierung heute erwarten, daß sie das Ihre im Rahmen der internationalen Hilfsverpflichtungen in erhöhtem Maße tun möge.

Schließlich — und das scheint uns das wichtigste Ergebnis der Fastenaktion zu sein — haben die deutschen Katholiken ein Beispiel gegeben, einen Modellfall entwickelt, wie heute freie Initiative zu entwickeln ist, um gegen die Not unseres Jahrhunderts anzugehen.

Es wäre heute nicht mehr verwunderlich, wenn nach dem deutschen Beispiel auch die französischen, belgischen, niederländischen, schweizerischen, österreichischen usw., aber auch die kanadischen und australischen Katholiken solche Aktionen durchführten. Aus einer Initiative könnten leicht viele werden, aus einer Welle könnte eine Lawine entstehen, denn nicht nur das böse Beispiel steckt an. Der Wert solcher Aktionen besteht vor allem darin, daß die farbigen Völker in Übersee erkennen: die christlich-abendländischen Völker sind bereit, uns zu helfen — ohne daß Gegenleistungen verlangt werden, ihre Hilfe ist frei von taktisch-politischen Erwägungen. Rascher und wirksamer als auf dem Wege der staatlichen Hilfen würde so das übergroße Mißtrauen der farbigen Welt gegenüber der ehemaligen weißen Herrschaft überwunden.

Gesucht werden Menschen

Über die Notwendigkeit kräftiger und kontinuierlicher Finanz- und Kapitalhilfen für die Entwicklungsländer besteht heute kein Zweifel mehr. Was jedoch viel zu wenig bekannt ist, ist die Tatsache, daß die Not jener Länder nicht in erster Linie im Kapitalmangel gründet, sondern im Fehlen geeigneter und fähiger Menschen, um den Prozeß der „Entwicklung“ einzuleiten und ihn sinnvoll — für das Wohl jener Völker und damit der Menschheitsfamilie — durchzuführen. Die Aufgaben, die sich hier stellen, sind ungeheuer weit. Sie reichen, wenn man zunächst nur die *Voraussetzungen* für die „Entwicklung“ ins Auge faßt, von der technischen Instruktion, gewerblichen und landwirtschaftlichen Ausbildung über die Entwicklung und den Aufbau ganzer Schulsysteme (vor allem des Elementarunterrichts), der politischen und wirtschaftlichen Administraturen bis zu den medizinisch-sanitären Hilfen.

Das alles sind Projekte, die nur mit Hilfe von Menschen durchgeführt werden können, die in solchen Aufgaben erfahren sind. Die internationalen Organisationen haben demzufolge seit ihrem Bestehen (1945) in immer stärkerem Maße diese Form von Hilfen ausgebaut. Im Rahmen der Vereinten Nationen sind das vor allem das Internationale Arbeitsamt (ILO), Genf, die Ernährungs-

und Landwirtschaftsorganisation (FAO), Rom, die Internationale Organisation für Wissenschaft und Erziehung (UNESCO), Paris, die Weltgesundheitsorganisation (WHO), Genf; dazu kommt noch das Weltkinderhilfswerk der UN (UNICEF), New York. Alle diese Organisationen rechnet man zu der sog. erweiterten Technical Assistance der UN. Daneben existiert auch noch die engere „Technische Hilfe“ der UN, die sog. TAA. Sie hat bis heute mehr als 85 Ländern spezialisierte Techniker und Ingenieure zur Durchführung bestimmter technischer Aufgaben zur Verfügung gestellt. Insgesamt waren 1957 bei der „Sonderabteilung für Technische Hilfe beim Sekretariat der Vereinten Nationen“ 2004 Personen beschäftigt. Das hier verfügbare Kapital betrug 30,7 Millionen Dollar. Dazu kommen die Expertenstäbe der erweiterten Technical Assistance; für die FAO betragen sie 1958 ca. 2000 Personen, der Gesamtetat betrug hier 17 Millionen Dollar. In ähnlicher Größenordnung bewegen sich Mittel und Möglichkeiten von WHO und UNICEF und ILO. Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß das Wirken all dieser Organisationen — insgesamt betrachtet — sehr segensreich ist, zumal wenn man bedenkt, daß ihre Aktionen häufig mit denen der verschiedenen nationalen Technical Assistance, der USA, Englands, Frankreichs, Belgiens, Portugals, koordiniert sind. Auch die Ostblockstaaten betreiben diese Form von Hilfen. Sie hatten 1957 mehr als 2000 Techniker in 19 Entwicklungsländern eingesetzt. Gleichzeitig bildeten sie in den Ländern des Ostblocks 2000 Techniker und Studenten aus den Entwicklungsländern unentgeltlich aus.

Worauf es in diesem Zusammenhang ankommt, ist, zu zeigen, daß jährlich maximal 200 Millionen Dollar im Rahmen staatlicher und internationaler Technical Assistance für maximal 12 000 bis 14 000 Experten zur Verfügung stehen. Angesichts der Aufgaben, die zur Überwindung von Hunger, Krankheit, Tod, vor allem Kindersterblichkeit, Wohnungselend, Analphabetentum und wirtschaftlicher Armut zu leisten sind, eine viel zu niedrige Summe; besonders aber sind es viel zu wenig Menschen, die sich für diese Dienste zur Verfügung stellen. Der Mangel an Menschen verhindert den systematischen Angriff gegen Hunger und Krankheit in der Welt, er zwingt zur Beschränkung auf Teilziele, auf leicht technisierbare und mechanisierbare Aufgaben, während die echten zwischenmenschlichen Begegnungen, die zur Änderung der Zustände notwendig wären, weitgehend unterbleiben. Auf einige Nachteile der staatlichen und internationalen Technical Assistance, die heute nicht mehr gelegnet werden, soll nur noch kurz hingewiesen werden: Ihre Experten arbeiten nur kurzfristig für ein bis zwei Jahre in den Entwicklungsländern. Da sie das wissen, ist ihre Bereitschaft zur Anpassung an die besondere Situation des Landes, eine unerläßliche Voraussetzung für echte Hilfe, gering.

Die Bedeutung der christlichen Mission

Es mag manchem abwegig erscheinen, das Werk der christlichen Mission in diesem Zusammenhang zu nennen. Aber es besteht kein Zweifel, daß die Leistungen der christlichen Mission auch unter dem Aspekt der Technical Assistance von außerordentlicher Bedeutung für die „Entwicklung“ der Notstandsländer sind. Allein die katholische Mission hat 1953 (im Bereich der Propaganda Fide)

mehr als 58 Millionen Menschen auf 2841 ärztlichen Stationen und in 1003 Krankenhäusern versorgt. 45 000 Ausländische wurden in 222 besonderen Einrichtungen betreut. Mehr als vier Millionen Schüler besuchten die Elementarschulen der Mission, 618 000 die Mittelschulen und 300 000 höhere Lehranstalten. Die katholischen Gewerbeschulen zählten 52 000 Schüler. 32 000 Lehrerkandidaten besuchten Lehrerseminare. Erreicht wurden diese Leistungen mit (1958 im Bereich der Propaganda Fide) 26 350 Priestern, 9962 Ordensbrüdern und 66 185 Ordensschwwestern, die dem Werk der Glaubensverbreitung dienen. Der Gesamtaufwand der katholischen Missionen (im Bereich der Propaganda Fide) betrug 1955 noch keine 20 Millionen Dollar (gegenüber 180 bis 200 Millionen Dollar, die der internationalen und den nationalen Technical Assistance zur Verfügung stehen). Vor allem zeichnen sich die christlichen Glaubensboten durch zwei Eigenschaften aus, die den Experten der Technical Assistance häufig fehlen: sie arbeiten jahrzehntlang in einem Volke, leben unter den gleichen primitiven Verhältnissen mit ihm zusammen und passen sich ihm ganz an. Sie haben zudem eine Konzeption und eine Vorstellung davon, was „Hilfe für den Menschen“ heißt, während die Vertreter der internationalen Technical Assistance häufig nur reine Fachexperten sind.

Ein Bericht aus Afrika

Die ständige Ausweitung der christlichen Mission, die kaum zu befriedigenden Bedürfnisse der farbigen Völker, vor allem in Afrika, nach Bildung und Unterrichtung, bedrohen heute in vielen Regionen der Erde das Missionswerk. Es fehlt an Kräften, vor allem für die Aufgaben, die nicht unmittelbar zum Werk der Glaubensverkündigung gehören, also auf sozialem und erzieherischem Felde. Die Mission ist, wenn das mühsam erbaute Werk nicht von innen her zusammenbrechen soll, auf die Hilfe von Laien angewiesen, die die Missionare für die Aufgaben der reinen Verkündigung frei machen. Was den katholischen Laienmissionar an Arbeiten und Aufgaben erwartet, schildert sehr anschaulich der Erlebnisbericht einer deutschen Sozialhelferin im Belgischen Kongo. Sie schreibt (in „Intercaritas“, März/April 1959):

In unserer Provinz Mayumbe herrscht eine gute Zusammenarbeit zwischen katholischer Mission und den großen Gesellschaften. Die „Société“ richtet soziale Posten in ihrem Gebiet ein, die der Bischof mit Sozialarbeitern besetzt. Es handelt sich in der Hauptsache um fürsorgertische und medizinische Arbeit. Meine Vorgängerin hat vor 2^{1/2} Jahren die hiesige Sozialarbeit aufgebaut. In etwa kann man sagen, daß es eine Art Werkfürsorge in afrikanischen Verhältnissen ist. Meine Société ist die größte in Mayumbe und erstreckt sich über ein großes Gebiet. Die Société hat eigenen Boden für die Plantagen käuflich erworben, aber in der Hauptsache kauft sie Früchte von den Eingeborenen, die z. T. großen Grundbesitz haben. Man fährt dabei billiger, denn die Plantagen in Ordnung zu halten bei der geringen und unzuverlässigen Arbeit der Eingeborenen bringt nicht viel ein. So gibt es bei der Société Angestellte und Arbeiter mit regulärem Arbeitsvertrag und 2^{1/2} Millionen „Coupers“, das sind Leute, die die Früchte schneiden und an die Société verkaufen. Überall in den Wäldern sind eine Art Verkaufsstellen eingerichtet, wo die Schwarzen ihre Früchte nach Gewicht an die Société verkaufen. Für die Frauen der Arbeiter und der „Coupers“

sind Näh- und Strickurse und Mütterberatungsstunden unentgeltlich eingerichtet. Krankenhausaufenthalt und alle Medikamente sind ebenfalls gratis. Die Société tut auf sozialem Gebiet sehr viel für die Schwarzen. Sie weiß natürlich auch warum.

In einem Umkreis von 60 Kilometern sind sog. „soziale Posten“ eingerichtet, in denen die Kurse abgehalten werden. Das sind einfache Baracken mit meterhohen Wänden und einem Dach. Diese Baracken liegen in den einsamsten Dörfern, ganz abgelegen im Wald. Dreimal in der Woche halte ich Mütterberatung. Ich fahre mit meinem schwarzen Chauffeur, einem schwarzen Krankenpfleger und einer Monitrice ein bis zwei Stunden durch den Wald, um mein Ziel zu erreichen. Die Wege sind natürlich sehr schlecht. Die ersten Tage habe ich oft gemeint, das Auto müßte kaputtgehen durch die vielen Steine und Schlaglöcher, über die wir im wahrsten Sinne des Wortes hupsten. Oft müssen die Männer aussteigen und Baumstämme über die Schlaglöcher und Gräben legen. Reifenpanne auf einsamer Straße ist keine Seltenheit. Meine Vorgängerin konnte Reifen wechseln wie ein Autoschlosser.

Wenn wir ankommen, warten schon 100—180 Frauen. Ein Krankenpfleger, der am Ort wohnt (hier gibt es nur männliche Krankenpfleger), hat schon angefangen, die Kinder zu wiegen, und ich soll und muß sie dann verdoktern. Ich kannte in den ersten 14 Tagen weder Krankheiten noch Medikamente. Ich kannte die Namen der Krankheiten weder in Französisch noch in der Eingeborenen-sprache. Nach acht Tagen mußte ich schon ganz allein Mütterberatung machen in einem Dorf, das ich noch nie gesehen hatte. Für deutsche Gründlichkeit und Exaktheit einfach unvorstellbar, aber für Afrika normal. Es gibt allein sechs Arten von kleinen Geschwüren, die fast gleich aussehen, aber ganz verschieden behandelt werden. Ich habe einen ganzen Kasten wertvoller Medikamente, über die ich frei verfügen kann. Die Krankenpfleger, die in den einzelnen Dörfern eine Art „Erste Hilfe“ leisten, verfügen nur über die notwendigsten Mittel, weil sie mit diesen Raritäten Geschäfte treiben. Tabletten oder Penicillin wird teuer verkauft. Das Geld übersteigt weit alle anderen Werte, bei den Schwarzen wie bei den Weißen.

Ich verstehe natürlich die Frauen nicht, und der Krankenpfleger muß verdolmetschen. Alle Krankenpfleger sprechen ein gutes Durchschnittsfranzösisch, aber sie prononcieren so Kongolesisch, daß ich auch nur die Hälfte verstehe.

Die Atmosphäre einer Mütterberatung ist natürlich ganz originell. Frauen in unzureichender Kleidung, nackte Kinder, von Sauberkeit keine Spur. Alle kleinkindlichen Untugenden wischt man mit den Tüchern ab, die man zugleich als Kleider trägt. Wohlweislich hat man offene Baracken gebaut. Andernfalls wäre ich sicherlich schon öfters in Ohnmacht gefallen. Die Frauen haben oft einen Anmarschweg von 2—3 Stunden. Alle Kinder kommen mit. Die Kleinen werden auf den Rücken gebunden, bis sie selbständig laufen können. Jedes Kind erhält eine Tablette gegen Malaria und außerdem die entsprechenden Medikamente für seinen Gesundheitszustand. Die Monitrice stolziert wie ein Gockelhahn mit ihrer weißen Schürze durch die Gegend, denn sie kann ja schon Tabletten ausgeben! Auf einem alten Benzinfäß findet man alles: Watte, Seife, Medikamente usw. Die Monitrice hat einen Becher mit Wasser, worin sie ihre Löffel spült und den sie

auch nimmt, um die Tabletten mit ihren schmutzigen Fingern aufzulösen. Unser Chauffeur macht zuweilen den gleichen Dienst. Er hat nur *ein* Taschentuch, aber das ist auch weiter nicht schlimm . . .

Wenn ich durchschnittlich meine 150 Frauen abgefertigt habe, bin ich auch fertig. Jeden zweiten Montag an einer der größten Außenstationen geht es durch bis nachmittags 3 Uhr — von morgens 6 Uhr bis mittags 3 Uhr.

Um 6 Uhr ist Messe. Mein Weg bis zur Kirche ist nur 7 Kilometer. In den ganzen 4 Wochen, in denen ich hier bin, habe ich ein einziges Mal einen Weißen am Werktag hier in der heiligen Messe gesehen. Beichtstühle und Kommunionbank werden hier nicht sehr abgenutzt. Wohl von den Schwarzen, die beichten oft.

Von 7—8 Uhr fahre ich in drei verschiedene Champs und gebe Milchpulver für kranke und unterernährte Kinder aus. Dann richte ich meine Sachen für die „Consultation de Nourrissons“-Mütterberatung, fahre nach Hause und frühstücke und fahre anschließend in die Dörfer . . .

Man macht einen Unterschied zwischen Champ und Dorf. Dorf ist das alte, natürlich gewachsene Dorf, und Champ ist eine Siedlung, von der Mission oder der Société erbaut. Die Häuser eines Champs sind und bleiben Eigentum des Gründers, und die Leute, die darin wohnen, sind auswechselbar wie Bilder an der Wand. Das gilt für Schwarze wie für Weiße, und für beide Rassen besteht die gleiche Gefahr, die Afrika schon weitgehend geprägt hat, die Entwurzelung. Keine Vergangenheit, keine Atmosphäre, die durch althergekommene Sitten und Gebräuche geprägt sind, kein Nachbarschaftsverhältnis im europäischen Sinne. Alle Leute sind sich fremd, keiner kennt den anderen . . .

Nun noch etwas zu meinem Haus. Hier gibt es keine Mietwohnungen, nur ganze Häuser. Also habe ich auch ein Haus mit Wohnzimmer, Schlafzimmer, Bad und Küche. Das klingt sehr feudal. Ein Badezimmer ist hier aber so notwendig wie in Europa eine Waschschißel, ein Eisschrank so wie eine Vorratskammer und — ein Auto so wie ein Paar gute Schuhe. Alles erschien mir in der ersten Zeit als Luxus, aber nur in der ersten Zeit.

Wenn man in Europa vielleicht 60 Frauen in einer Mütterberatung unter normalen Bedingungen und vor allen Dingen unter normalem Klima betreut, kann man gut seinen kleinen Haushalt nebenher machen. Aber hier ist ein „Boy“ unentbehrlich. Jeder muß seine ganze Kraft an seinem Platz einsetzen und die Arbeit, die nicht unbedingt nötig ist, anderen überlassen. Man arbeitet viel mehr als in Europa, und dementsprechend sind auch die anderen Verhältnisse. Mein Boy muß nun deutsche Küche lernen, und das ist nicht ganz einfach. Ich muß vorerst alles selbst tun. Hier gibt es nur bestimmte Lebensmittel. Jeden Mittwoch gibt es Frischfleisch, nur Rind — und das muß immer vorher bestellt werden. Gibt es nichts, so muß man Gefrierfleisch oder Büchsen nehmen, was natürlich sehr viel teurer ist.

Kartoffeln gibt es auch, aber was für welche! Man kann keine Puffer oder Klöße damit machen. Einmal habe ich „Herzdrucker“ damit gebacken, aber das verstehen nur die Eichsfelder. Frischgemüse gibt es nur mittwochs, aber auch nur in kleiner und schlechter Auswahl. Es gibt niemals Frischmilch, weil es hier keine Kühe, sondern nur Ochsen gibt. Alle Lebensmittel müssen im Eisschrank aufbewahrt werden, der mit Petroleum betrieben wird. Ist einen Tag lang der Eisschrank ohne Betrieb, so verdirbt

DIE OSTKIRCHEN

I. Die orthodoxe Kirche (Seite 2/3)

Als „Ostkirche“ oder „Ostkirchen“ bezeichnet man ohne besondere Abgrenzung die orientalische Christenheit. In erster Linie meint der allgemeine Sprachgebrauch die **Orthodoxie**: ἡ ὀρθόδοξος καθολικὴ καὶ ἀποστολικὴ ἐκκλησία τῆς ἀνατολῆς, „die Rechtgläubige Katholische und Apostolische Kirche des Morgenlandes“. Zugleich umfaßt der Begriff die einst von der orthodoxen Lehre und Jurisdiktion abgewichenen **orientalischen Nationalkirchen** (siehe Seite 4 bis 6). Die **unierten Ostkirchen**, die unter ihrem Ritus die Einheit mit dem römischen Primat erhalten oder wiedergefunden haben, sind an dieser Stelle nicht mit dargestellt: etwa 50 000 Italo-Graeci in Unteritalien/Sizilien, 4000 Griechisch-Unierte in Griechenland/Türkei, mehrere Millionen unierter Ukrainer (= Ruthenen) in der Sowjetunion (unterdrückt), in Westeuropa, Nord- und Südamerika, 20 000 unierte Georgier (unterdrückt), unierte Russen (nur mehr in der Emigration), 6000 unierte Bulgaren und Makedonier (unterdrückt), 1 500 000 unierte Rumänen (ebenfalls zwangsweise der Orthodoxie eingegliedert), 150 000 in Ungarn, 60 000 in Jugoslawien, 160 000 Melchiten im Nahen Osten.

Die allmähliche Trennung der westlichen und östlichen Kirche beruhte zunächst nicht so sehr auf eigentlichen *Lehr*-unterschieden als auf anderer Denkart, auf politischer und psychologischer Auseinanderentwicklung. Die *theologischen Akzente* lagen im Osten auf der Trinitäts- und Christuslehre, im Westen auf Gnade und Freiheit. Der westliche Katholizismus wurde im Laufe seiner Entwicklung stark vom *Recht* her geprägt, während das östliche Christentum seinem Kirchenrecht ein geringeres Gewicht gibt und auch im Sittlichen *weniger normativ* denkt.

Wichtig wurde auch das Verhältnis der Kirche *zum Staat*. Während das abendländische Denken beide Mächte gleichordnete, gliederten die orientalische Geistesart und die geschichtlichen Umstände (nämlich die Macht des Kaisers) die Kirche dem Staat ein und unter. Ein politisch-juridisches Prinzip durchkreuzte die heranwachsende kirchliche Ordnung (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 474) — die östliche Kirche wurde zur byzantinischen Reichskirche.

Für den *päpstlichen Jurisdiktions-Primat* war damit im Osten kein Platz mehr; dem Papst billigte man nur die Rolle eines „Reichspatriarchen des lateinischen Westens“ zu. Zu den kirchenpolitischen Unterschieden kamen nach und nach (zum großen Teil erst nach dem Schisma) auch *dogmatische* und *disziplinäre* Gegensätze: Streit um das ungesäuerte Brot (Azyma), um sakrale Bilder und Plastiken, um das „*Filioque*“ (Ausgang des Heiligen Geistes von Vater und Sohn), um das Fegfeuer, den Ablass, die Definition der Unbefleckten Empfängnis, die päpstliche Unfehlbarkeit.

Vollzogen wurde das endgültige Schisma — nach fortschreitender Entfremdung und wachsenden Spannungen — 1054 unter dem Patriarchen Michael Kerularios. Den seitherigen päpstlichen Unionsversuchen blieb (mit Ausnahme der genannten kleineren Gruppen) der Erfolg versagt. Die Orthodoxie versteht sich in ihrer Gesamtheit als die

„Eine ungeteilte Kirche Christi“; jurisdiktionell kommt diese Einheit nicht zum Ausdruck, wohl aber dogmatisch und liturgisch. Aus der byzantinischen Reichskirche gliederten sich — hauptsächlich dem Nationalprinzip folgend — immer wieder **autokephale Kirchen** aus, die untereinander zwar Verbindung haben, aber *keine institutionelle Einheit* darstellen. Gegenwärtig gibt es 15 solcher autokephaler Kirchen, von denen die ältesten noch auf die apostolische Zeit zurückgehen, während die jüngsten — Polen und Tschechoslowakei — erst nach dem Krieg selbständig wurden (vgl. das folgende Schaubild). In Unterstellung unter Patriarchate gibt es zudem einige „*autonome Kirchen*“: Finnland unter Konstantinopel, China und (formell) Ukraine unter Moskau. Das kirchenpolitische Gegenüber der beiden faktisch führenden Patriarchen und das uneinheitliche Verhältnis der Orthodoxie zur Ökumenischen Bewegung (und umgekehrt) ist ein ständiges Thema unserer Berichterstattung in der Herder-Korrespondenz.

Jedes orthodoxe kirchliche Oberhaupt ist grundsätzlich *primus inter pares* (Synodalprinzip). Alle östlichen *Mönche* fußen in mehr oder weniger lockerer Form auf der Regel des Mönchsvaters Basilus (330 bis 379).

Die orthodoxe Kirche ist betont auf das Jenseits gerichtet und nimmt nur im Persönlichkeitsbereich an der aktiven Entwicklung des Diesseits teil (Ausnahme Griechenland, dort heute auch unmittelbare soziale und politische Aktivität). Ihren Heilsweg sieht sie in der Kontemplation, nicht der Spekulation. Ihr Christusbild ist *der Auferstandene*, nicht wie im Westen *der Gekreuzigte*. Sie versteht sich wesentlich als raum-zeitloses „himmlisches Jerusalem“, als feiernde, erdenthobene und verklärte Allgemeinschaft (slawisch „*sobornostj*“). Die ausgedehnte *Liturgie* (die weder Privatmessen noch Nebenaltäre kennt) wird mit großer Hingabe gefeiert. Die Sprache ist griechisch, kirchenslawisch oder die Landessprache (ältere oder neuere Sprachform).

Einen ersten Überblick über die Ostkirchen geben vor allem folgende **Bücher**:

Friedrich Heiler, *Urkirche und Ostkirche*, München 1937; Donald Attwater (kath.), *The Christian Churches of the East*, Milwaukee 1947;

Bertold Spuler (altkath.), *Die Gegenwartsfrage der Ostkirchen*, Wiesbaden 1948;

Wolfgang Philipp (evgl.), *Die christlichen Kirchen in der Welt*, Wiesbaden 1951;

Wilhelm de Vries SJ, *Der christliche Osten in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg 1951;

ders., *Zur neuesten Entwicklung der Ostkirchen*, in: Ostkirchliche Studien, Dezember 1953.

Raymond Janin AA (kath.), *Les églises orientales et les rites orientaux*, Paris 4¹1955.

Von den **Zeitschriften** orientieren laufend:

Internationale Kirchliche Zeitschrift (altkath.), Bern 1892 ff.

Ostkirchliche Studien (kath.), Würzburg 1952 ff.

Istina (kath.), Paris 1954 ff.

Irénikon (kath.), Chevetogne 1926 ff.

Proche-Orient Chrétien (kath.), Jerusalem 1951 ff.

(Fortsetzung auf Seite 4)

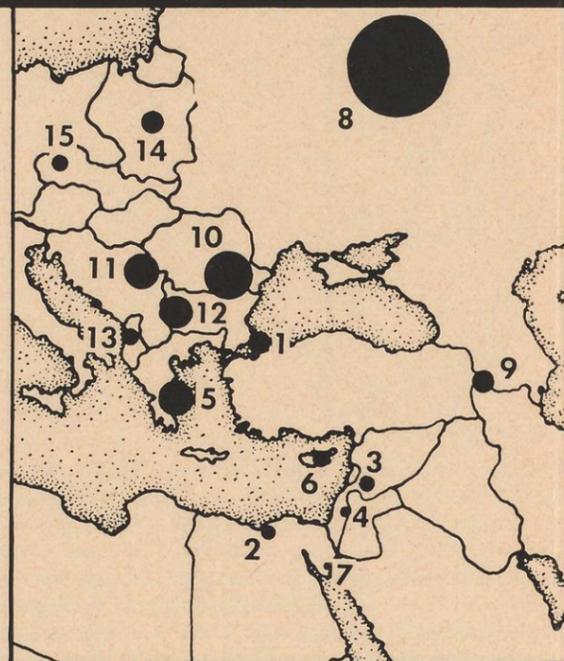
Kirchen in der Welt

(Fortsetzung auf Seite 1)

Die 15 autokephalen orthodoxen Kirchen und ihre Oberhäupter

Die 15 autokephalen orthodoxen Kirchen

1. Konstantinopel. Umfaßt etwa 270 000 Gläubige im türkisch-griechischen Raum sowie größeren Teil der Auslandsorthodoxen in der westlichen Diaspora (z. B. 1,15 Millionen in Amerika) — hierin in Konkurrenz vor allem zum Patriarchat Moskau. 5 Bistümer in der Türkei; Dodekanes, Berg Athos sowie Exarchate (Auslandsmetropolen) in Nordamerika, Westeuropa (2) und Australien.
2. Alexandria. 120 000 Gläubige in 14 Bistümern in Ägypten und dem übrigen Afrika.
3. Jerusalem. 50 000 Gläubige in 3 Bistümern (Israel und Jordanien). 120 Priester, 46 Klöster.
4. Antiochien. 290 000 Gläubige in 12 Bistümern in Syrien und Libanon sowie 75 000 Gläubige in 4 Bistümern in Amerika. 430 Priester, 30 Mönche in 20 Klöstern.
5. Bulgarien. 5,5 Millionen Gläubige in 10 Bistümern. 3500 Kirchen, 2200 Priester, 200 Mönche in 117 Klöstern.
6. Serbien. 7 Millionen Gläubige in 16 Bistümern, 75 000 in den USA. 2000 Priester, 600 Mönche in 209 Klöstern.
7. Rumänien. 11 Millionen Gläubige in 9 Bistümern. 10 000 Kirchen, 10 000 Priester, 1300 Mönche und 5000 Nonnen in 191 Klöstern.
8. Albanien. 200 000 Gläubige in 4 Bistümern.
9. Polen. 500 000 Gläubige in 4 Bistümern. 2 Klöster.
10. Tschechoslowakei. 400 000 Gläubige in 4 Bistümern.**11. Griechenland.** 7 Millionen Gläubige in 66 Bistümern Kontinentalgriechenlands und 9 Bistümern Kretas. 7 000 Priester, 260 Klöster.
12. Syrien und Libanon. 290 000 Gläubige in 4 Bistümern.
13. Bulgarien. 5,5 Millionen Gläubige in 10 Bistümern. 3500 Kirchen, 2200 Priester, 200 Mönche in 117 Klöstern.
14. Serbien. 7 Millionen Gläubige in 16 Bistümern, 75 000 in den USA. 2000 Priester, 600 Mönche in 209 Klöstern.
15. Rumänien. 11 Millionen Gläubige in 9 Bistümern. 10 000 Kirchen, 10 000 Priester, 1300 Mönche und 5000 Nonnen in 191 Klöstern.



Die 15 autokephalen orthodoxen Kirchen

1. Konstantinopel. Umfaßt etwa 270 000 Gläubige im türkisch-griechischen Raum sowie größeren Teil der Auslandsorthodoxen in der westlichen Diaspora (z. B. 1,15 Millionen in Amerika) — hierin in Konkurrenz vor allem zum Patriarchat Moskau. 5 Bistümer in der Türkei; Dodekanes, Berg Athos sowie Exarchate (Auslandsmetropolen) in Nordamerika, Westeuropa (2) und Australien.
2. Alexandria. 120 000 Gläubige in 14 Bistümern in Ägypten und dem übrigen Afrika.
3. Jerusalem. 50 000 Gläubige in 3 Bistümern (Israel und Jordanien). 120 Priester, 46 Klöster.
4. Antiochien. 290 000 Gläubige in 12 Bistümern in Syrien und Libanon sowie 75 000 Gläubige in 4 Bistümern in Amerika. 430 Priester, 30 Mönche in 20 Klöstern.
5. Bulgarien. 5,5 Millionen Gläubige in 10 Bistümern. 3500 Kirchen, 2200 Priester, 200 Mönche in 117 Klöstern.
6. Serbien. 7 Millionen Gläubige in 16 Bistümern, 75 000 in den USA. 2000 Priester, 600 Mönche in 209 Klöstern.
7. Rumänien. 11 Millionen Gläubige in 9 Bistümern. 10 000 Kirchen, 10 000 Priester, 1300 Mönche und 5000 Nonnen in 191 Klöstern.
8. Albanien. 200 000 Gläubige in 4 Bistümern.
9. Polen. 500 000 Gläubige in 4 Bistümern. 2 Klöster.
10. Tschechoslowakei. 400 000 Gläubige in 4 Bistümern.
11. Griechenland. 7 Millionen Gläubige in 66 Bistümern Kontinentalgriechenlands und 9 Bistümern Kretas. 7 000 Priester, 260 Klöster.
12. Syrien und Libanon. 290 000 Gläubige in 4 Bistümern.
13. Bulgarien. 5,5 Millionen Gläubige in 10 Bistümern. 3500 Kirchen, 2200 Priester, 200 Mönche in 117 Klöstern.
14. Serbien. 7 Millionen Gläubige in 16 Bistümern, 75 000 in den USA. 2000 Priester, 600 Mönche in 209 Klöstern.
15. Rumänien. 11 Millionen Gläubige in 9 Bistümern. 10 000 Kirchen, 10 000 Priester, 1300 Mönche und 5000 Nonnen in 191 Klöstern.

- 10. Rumänien.** 11 Millionen Gläubige in 9 Bistümern. 10 000 Kirchen, 10 000 Priester, 1300 Mönche und 5000 Nonnen in 191 Klöstern. Justinian, „Glücklichster Patriarch von Rumänien, Verweser von Cäsarea und Kappadozien, Metropolit d. Ungro-Walachei, Erzbischof v. Bukarest“
- 11. Serbien.** 7 Millionen Gläubige in 16 Bistümern, 75 000 in den USA. 2000 Priester, 600 Mönche in 209 Klöstern. Germanos, „Seine Heiligkeit der Erzbischof von Ipek, Metropolit von Belgrad und Karlovtzy, Serbischer Patriarch“. Sitz in Belgrad
- 12. Bulgarien.** 5,5 Millionen Gläubige in 10 Bistümern. 3500 Kirchen, 2200 Priester, 200 Mönche in 117 Klöstern. Kyrillos, „Se. Heiligkeit der Metropolit von Sofia, Patriarch von Bulgarien“
- 13. Albanien.** 200 000 Gläubige in 4 Bistümern. Paissius, „Seine Seligkeit der Metropolit von Tirana und Durazzo, Erzbischof von Ganz Albanien“. Sitz in Tirana
- 14. Polen.** 500 000 Gläubige in 4 Bistümern. 2 Klöster. Makarios, „Seine Seligkeit der Metropolit von Warschau und Ganz Polen“
- 15. Tschechoslowakei.** 400 000 Gläubige in 4 Bistümern. Johannes, „Seine Seligkeit der Metropolit von Prag und der Ganzen Tschechoslowakei“

Autokephalie bedeutet die von allen anderen orthodoxen Kirchen anerkannte juristische und administrative kirchliche Selbständigkeit (Bischofsernennungen, Jurisdiktion, Kanonisierung, Liturgie). Eine allen Orthodoxen gemeinsame Institution gibt es nicht. Die Bemühungen vor allem der Patriarchen von Konstantinopel und Alexandria, wenigstens ein panorthodoxes Konzil in die Wege zu leiten, scheiterten an der nationalen und politischen Zersplitterung. Alles in allem gibt es in der Welt (wenn man für Rußland 95 Millionen ansetzt) etwa 130 Millionen Orthodoxe = 4,8% der Weltbevölkerung (Katholiken 18%, Reformationskirchen 9%)

Orthodoxen Diaspora leben 3–4 Millionen Emigrierte (allein in den USA, weitere Gruppen in Lateinamerika, Europa, Asien und Australien). Die orthodoxe Diaspora ist sehr gespalten; nicht alle Gruppen unterstehen dem Konstanter Moskauer Patriarchat oder überhaupt einer autokephalen Kirche. Unabhängig sind vor allem zwei große Gruppen in der Russische Synodale Auslandskirche unter Metropolit Leonidas (60 000 Gläubige) und die Nordamerikanische Russische Kirche unter Metropolit Leontius (750 000 Gläubige). Alle orthodoxen Bischöfe und Priester stehen in der apostolischen Sukzession

(Fortsetzung von Seite 1)

Het Christelijk Oosten en Hereniging (kath.), Nimwegen 1948 ff.

The Eastern Churches Quarterly (kath.), Ramsgate 1936 ff.
St. Vladimir's Seminary Quarterly (orth.), New York 1953 ff.
The Christian East (anglik.), New Series, Westminster 1951 ff.
Vestnik Russkogo Studenčeskogo Christianskogo Dviženija (orth.), Paris 1949 ff.

Diese Veröffentlichungen dienen auch als Quelle für die vorliegende Darstellung. Dabei ist zu beachten, daß den Ostkirchen Zählungen und Statistiken fernliegen, so daß es sich bei fast allen Zahlen nur um (zuverlässige und sachkundige) Schätzungen handelt.

Die wichtigsten **offiziellen Organe** der autokephalen Kirchen, die zum größeren Teil auch für unsere laufende Berichterstattung ausgewertet werden, sind:

Konstantinopel: *Orthodoxia* (griech.), 1926 ff.

Apostolos Andreas (griech.)

Alexandrien: *Pántainos* (griech.), 1917 ff.

Jerusalem: *Nea Sion* (griech.), 1904 ff.

Athen: *Ekklesia* (griech.), 1923 ff.

Orthodoxos Skepsis (griech., nicht offiziell, aber von Athener Theologen herausgegeben und damit repräsentativ), 1958 ff.

Nicosia: *Apostolos Barnabas* (griech.), 1929 ff.

Moskau: *Žurnal Moskovskoj Patriarchii* (Journal des Moskauer Patriarchats, russ.), 1943 ff.

Vestnik Russkogo Patriaršego Ekzarchata (Messenger de l'Exarchat du Patriarche russe en Europe Occidentale, russ.), N. F., Paris 1950 ff.

Bukarest: *Biserica Ortodoxă Română* (rumän.), 1874 ff.

Studii Teologice (rumän.)

Sofia: *Curkoven Vestnik* (bulg.), 1900 ff.

Prag: *Hlas Pravoslaví* (tschech. und russ.), 1952 ff.

II. Die übrigen nichtunierten Ostkirchen (Seite 5/6)

Im Zusammenhang mit den *christologischen Streitigkeiten* des 5. Jahrhunderts in der damals blühenden christlichen Kirche des Orients spalteten sich von der „orthodoxen“ Reichskirche mehrere Gruppen ab, die zum größten Teil nicht mehr zur Einheit mit Konstantinopel oder Rom zurückfanden. Ihre Bezeichnung ist uneinheitlich: „heterodoxe Ostkirchen“, „orientalische Nationalkirchen“ u. a. *Materialiter* sind sie als **häretisch** zu bezeichnen, doch hat die Dogmengeschichte neuerdings gezeigt, daß sich die Glaubensunterschiede vielfach auf *Begriffsunterschiede* reduzieren lassen, weil nämlich spekulative Begriffe wie „Natur“, „Person“, „Logos“, „hypostatische Union“ mißverstanden wurden bzw. gar nicht in die orientalischen Sprachen übersetzt werden konnten. Auch politische Machtkämpfe gegen das Römische Reich spielten mit herein.

Die äußeren Marksteine der Schismen sind die Konzile von Ephesus (431) und Chalcedon (451). Das **Christusdogma** erhielt hier seine entscheidende Formulierung: Der menschgewordene Gott-Logos ist „eine Person“ „in zwei Naturen, unvermischt, unverwandelt, ungetrennt und ungeschieden“. Damit war sowohl die Lehre des **Nestorius** verworfen, der zwischen den zwei Naturen Christi nur

mehr eine äußerliche Verbundenheit gelten lassen wollte, wie auch die Gegenströmung des **Monophysitismus**, der die Verschiedenheit der beiden Naturen zu Lasten der Menschheit Christi aufhob. In der weiteren Entwicklung wurden die abgespaltenen Kirchen allerdings hauptsächlich von **nationalen Traditionen** getragen, während die christologischen Häresien und überhaupt eine Theologie im Glauben kaum eine Rolle spielen. (Vor allem etwa zwischen den Armeniern und der Orthodoxie bestehen keine wesentlichen Unterschiede.)

Allein das nationale Element bewahrte auch die zersplitterten Kirchen, die von den politischen Ereignissen schwer angeschlagen und in die Minderheit gedrängt wurden, vor dem völligen Untergang. Noch im 20. Jahrhundert (im Verlauf des ersten Weltkrieges) richteten Türken und Kurden unter den orientalischen Nationalkirchen (den Nestorianern, noch mehr unter den Armeniern) ungeheure Massaker an, die von der übrigen Welt kaum zur Kenntnis genommen wurden.

Das *religiöse Leben* unter den orientalischen Schismatikern wirkt den Verhältnissen entsprechend ziemlich primitiv. Die Priester, selbst Bischöfe sind ungebildet (womit nichts über ihre Frömmigkeit gesagt sein soll), Seminare sind noch kaum vorhanden.

Ein reformerischer und lebendiger Zug ist fast nur in den entsprechenden **unierten Gruppen** anzutreffen (die, wie schon gesagt, auf unseren Schaubildern nicht mit dargestellt sind). Sie sind in folgender Weise einzureihen: Den **Nestorianern** entsprechen die **Chaldäer** mit etwa 100 000 Gläubigen unter dem Patriarchen von Mossul. Einem unierten **koptischen** Patriarchat in Alexandria unterstehen 65 000 Gläubige. 50 000 unierte **Syrer** haben einen Patriarchen (Kardinal Tappouni) in Beirut und einen gut organisierten und gebildeten Klerus. Gleichfalls in Beirut hat seine Residenz Kardinal Agagianian, der Patriarch der 40 000 katholischen **Armenier**. In ihrer Gesamtheit unierte sind die 350 000 **Maroniten** im Staat Libanon unter dem Patriarchen von Antiochien mit dem Sitz in Bkerké. Die eigentlich „griechisch-katholischen“ Gruppen wurden schon auf Seite 1 genannt.

In jüngster Zeit — angeregt vor allem durch das Zusammentreffen ihrer Vertreter auf der Weltkirchenkonferenz in Evanston — knüpften die monophysitischen Kirchen engere Kontakte in Richtung eines Zusammenschlusses sowohl untereinander wie auch mit den autokephalen orthodoxen Kirchen an.

Die Informationsmöglichkeiten über die orientalischen Nationalkirchen sind beschränkt. Unter den auf Seite 1 genannten Zeitschriften kommt vor allem „*Proche-Orient Chrétien*“ in Frage, weiter „*The Star of the East*“, Adur (Indien). An eigenen Überblicken sind daneben zu nennen:

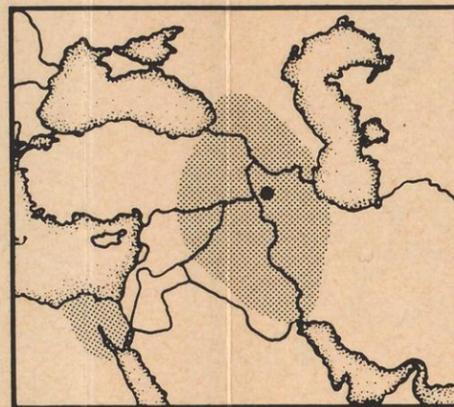
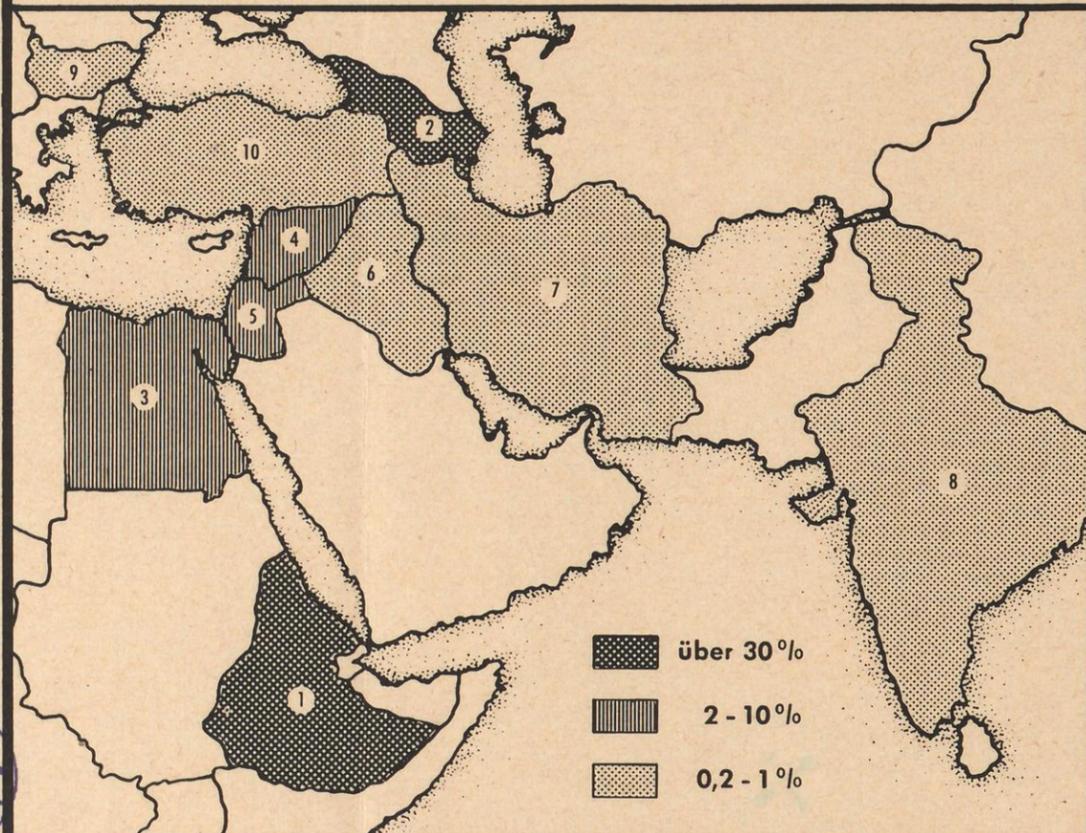
Raymond Janin AA, *Les églises séparées de l'Orient*, Paris 1930;

Roman Rössler, *Die christlichen Gemeinschaften im Vorderen und Mittleren Orient*, in: *Deus lo vult*, Nr. 5, Dezember 1954;

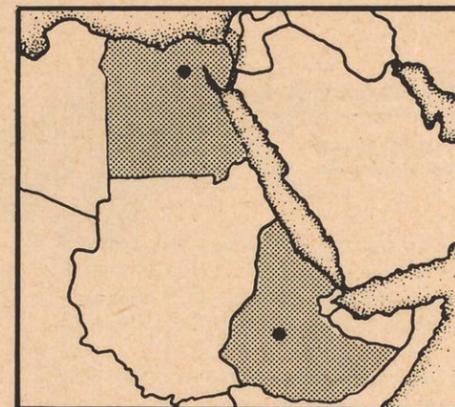
Msrgr. H. E. Cardinale, *The Monophysite Churches and Catholic Missions*, in: *The Eastern Churches Quarterly*, Vol. IX, Nr. 6, Sommer 1952.

Die übrigen nichttunierten Ostkirchen

(Erläuterungen auf der vorausgehenden Seite 4)



Die **Nestorianer** (auch „Assyrer“) sind eine persische Abspaltung des 5. Jahrhunderts, benannt nach dem vom Konzil von Ephesus 431 verurteilten Patriarchen Nestorius von Konstantinopel (leugnete hypostatische Union, nur mehr moralische Verbundenheit zwischen Sohn Gottes = Logos und Mensch Jesus). Gewaltige Missionsleistungen bis Ostasien, im 14. Jahrhundert von den Mongolen vernichtet, im 19. und 20. Jahrhundert von den Kurden und Türken (noch 1917 Blutbad mit 20 000 Toten). Der Katholikos, „Vater der Väter, Haupt der Häupter, oberster Hirte, Petrus unserer Tage“, lebt im Exil in den USA. Vermutlich nur ein einziges organisiertes Jurisdiktionsgebiet mit Bischofssitz in Urmia (Iran). Heute nur mehr 20 000 bis 30 000 Gläubige im Irak, 10 000 in Syrien, 9 000 im Iran, einige Tausend in Rußland und Ägypten, 25 000 unter dem Katholikos in Amerika. Das nestorianische Mönchtum ist seit langem ausgestorben.



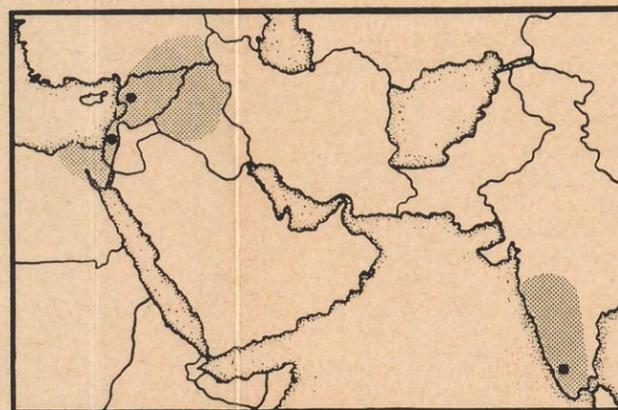
Die geistesgeschichtliche Gegenbewegung waren die **Monophysiten** (Verschiedenheit von göttlicher und menschlicher Natur spiritualistisch aufgehoben, Menschheit Christi bloße Erscheinungsform des Logos) — vom Konzil von Chalcedon 451 verworfen. Dem schismatischen Patriarchen von Alexandrien schloß sich ganz Ägypten an: „**Kopten**“. Die Verfolgungen seit dem 7. Jahrhundert dezimierten die Kirche zu einer kleinen Minderheit. Der „Heilige Vater und Patriarch“ residiert in Kairo. Etwa 1,5 Millionen Anhänger in 20 Bistümern. Rund 200 Mönche. Die größere Staatskirche von **Äthiopien** wurde um 490 von syrischen Mönchen gegründet und unterstellte sich dem koptischen Patriarchen, der bis heute ihr Oberhaupt „Abuna“ („Unser Vater“) wählt und weiht. Als „gottgewählter Löwe von Juda“ genießt auch der Negus, der Kaiser, besondere Verehrung. Rund 7 Millionen Gläubige in nur einem Bistum.

Zusammengefaßt nach Ländern:

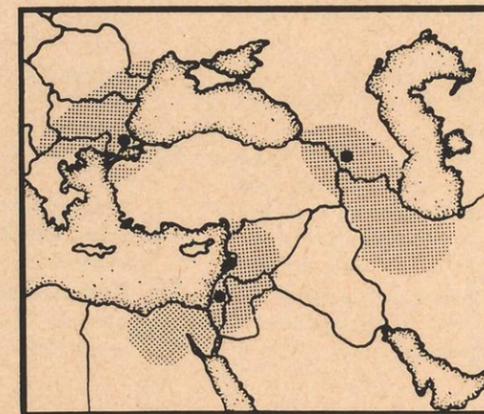
Die Gläubigen der schismatischen, nicht-orthodoxen Ostkirchen und ihr Anteil innerhalb der Gesamtbevölkerung

			Kathol.	Orthodoxe	Protest.	Mohamme-	
			%	%	%	daner %	
1	Äthiopien	7 000 000	45 %	0,7	0,5	38	
2	Transkaukasische Föderation*	3 000 000	33 %	28			
3	Ägypten	1 500 000	6 %	0,9	0,4	82	
4	Syrien/Libanon	180 000	3,5 %	13	5,5	1,1	75
5	Israel/Jordanien	80 000	2,7 %	2,8	1,6	0,6	40
6	Irak	40 000	0,7 %	3		0,2	64
7	Iran	110 000	0,5 %	0,08	0,001	0,03	89
8	Indien	1 000 000	0,3 %	1,4		1,2	3,7
9	Bulgarien	25 000	0,3 %	0,8	75	0,3	11
10	Türkei	50 000	0,2 %	0,1	0,4	0,4	93
11	USA	160 000	0,1 %	25	1,6	35	0,02

* Sowjetrepubliken Armenien/Georgien/Aserbeidschan



Die **Jakobiten** (westsyrische Monophysiten, „Syrer“) erhielten von Jakob Barādai, einem Mönch im 6. Jahrhundert, die feste hierarchische Ordnung. Größte Ausdehnung im 12. Jahrhundert mit über 100 Bistümern. Ähnlich verfolgt wie die Nestorianer, verblieben nur noch etwa 100 000 Gläubige in Syrien/Libanon, Irak, Palästina, Ägypten, Türkei, USA. Das einst blühende Mönchtum ist stark abgesunken. Neben dem Patriarchen von Homs (Syrien) der „Maphrian“ von Jerusalem/Mossul. Ein Teil der schon im Altertum vom Orient aus missionierten und allmählich aufgespaltenen **südinischen** Christen („Thomaschristen“) verblieb im Schisma und unterstellte sich 1665 dem jakobitischen Patriarchen. Nach neuesten Angaben 1 Million Anhänger: $\frac{1}{3}$ unter syrischer Jurisdiktion, $\frac{2}{3}$ unter eigenem Katholikos in Kottayam.



Armenien war um 300 der erste christliche Staat. 200 Jahre später entschied eine armenische (= „gregorianische“) Synode gegen Chalcedon und für das Schisma. Vom 4. Jahrhundert ab richteten Perser, dann Araber und Türken ähnliche Massaker an wie unter den Syrern (im ersten Weltkrieg noch rund 600 000 Armenier niedergemetzelt). Heute etwa 2,5 Millionen Gläubige in Sowjet-Armenien, je 100 000 in Iran und Syrien/Libanon, 200 000 in Ägypten, 130 000 USA. Oberhaupt: der Katholikos von Etschmiadzin; weiterer Katholikos bei Beirut, Patriarchen in Konstantinopel und Jerusalem.

alles. Es gibt nirgends trinkbares Wasser. Trinkwasser wird abgekocht und gefiltert. Ein Gefäß mit 20 Liter Wasser braucht 3 Tage zum Durchfiltern. Strom gibt es nur bis 10 Uhr abends. Sonntags wird nicht gearbeitet, so gibt es auch keinen Strom. Aber überall gibt es Petroleumlampen . . .

Ich habe in acht Tagen Autofahren gelernt. Meine Vorgängerin fuhr ab, und ich konnte noch nicht mit dem Auto umgehen. Nach drei Tagen bin ich schon allein in die Kirche gefahren. Mein Herz schlug im Hals, aber alle 14 Heiligen haben gut geholfen. Und heute sitze ich schon am Steuer wie ein „Alter“. Für die Dienstfahrten habe ich einen Chauffeur, der immer mitfährt. Aber die Schwarzen sind so unzuverlässig, daß man selbst alles können muß. Ich habe in meinem Foyer fünf Angestellte: einen Sekretär, einen Chauffeur, einen Nachtwächter, eine Monitrice und einen Boy für den Garten. Dazu 29 Monitricen — und alle muß ich am Ende des Monats ausbezahlen. Monitricen sind schwarze Helferinnen, die in den einzelnen Außenposten die anderen Frauen beim Nähen und Stricken anleiten. Als ich hier anfang und den großen Apparat sah, habe ich gedacht, der Himmel müßte über mir einstürzen. Man hatte mich nicht nur ins Wasser, sondern ins Meer geworfen! Aber bei der Entfernung von Brüssel und Afrika kann ein Mißgriff und ein Mißverständnis gut passieren. Doch nun habe ich mich gut eingelebt und meine, ich wäre schon lange Zeit in Afrika.

Ökumenische Nachrichten

Zur Lage der evangelischen Kirchen in der Ostzone

Vor einem Jahre begannen nach einer ersten Krise im Verhältnis der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zur Regierung der DDR die Verhandlungen mit Ministerpräsident Otto Grotewohl, die nach sechs Wochen am 21. Juli 1958 zu einem verschiednen ausgelegten Kommuniqué führten. „Gespannte Entspannung“ kennzeichnete der Bericht der Herder-Korrespondenz das vieldeutige Ergebnis (vgl. 12. Jhg., S. 561 f.). Gegen einen sehr hohen Preis, nämlich die Absage der ostzonalen Landeskirchen an den Militärseelsorgevertrag der EKD mit der Bundesrepublik und eine Billigung der sogenannten Friedenspolitik der DDR sowie ihrer Entwicklung zum Sozialismus tauschten die evangelischen Unterhändler, die nicht einmal die zuständigen Organe der EKD, sondern nur solche Kirchenführer sein durften, die Bürger der DDR sind, vage Zusagen ein für weitere Verhandlungen zur Behebung der akuten Mißstände, um christliche Eltern und Kinder wegen ihrer Ablehnung des atheistischen Materialismus nicht länger zu benachteiligen. Sie mußten außerdem noch — in der amtlichen Fassung des Kommuniqués durch das ostzonale Presseamt — die Vorwürfe gegen den Staat widerrufen, er treibe mit der Diskriminierung der Christen Verfassungsbruch.

Nun ist ein Jahr vergangen, aber die Dinge haben sich nicht, wie man gehofft hatte, wesentlich gebessert. Das zeigte schon die außerordentliche Synode von Berlin-Brandenburg (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 286) und die Generalsynode der Evangelischen Kirche der Union (EKU) im Januar und Februar dieses Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 337). Ein gewisses Zurückweichen bzw. Ausweichen in der Frage der

Jugendweihe und Konfirmation erwies sich als unumgänglich, und die Haltung der verschiedenen Landeskirchen war nicht einheitlich.

Grotewohls Provokation

Da forderte eine grundsätzliche Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl am 23. März vor Berliner Künstlern und Kulturschaffenden die gesamte christliche Bevölkerung gleichermaßen heraus. In dieser Rede hieß es u. a., daß mit dem schnellen Wachstum der Elemente des sozialistischen Bewußtseins auch der Gegensatz zwischen dem Alten und dem Neuen stärker hervortrete. Der Sozialismus erfordere den neuen Menschen mit den besten menschlichen Eigenschaften, der mit Geduld und Sorgfalt herangebildet werden müsse. Die kulturell-erzieherische Funktion des Staates manifestiere sich zuerst und vor allem in der Erziehung des Menschen im Geiste exakter Wissenschaftlichkeit, der gesetzmäßigen Entwicklung in Natur und Gesellschaft. Obwohl der Atheismus nicht ausdrücklich erwähnt wurde, war hier deutlich genug gesagt, daß der Staat die Erziehung aller zum dialektischen, d. h. aber atheistischen Materialismus als seine Aufgabe ansieht. Die langatmigen Erklärungen, daß damit die verfassungsmäßig garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit nicht berührt werde, und die Vorwürfe gegen die Kirchen, sie verlangten mit der „Stabilisierung alter Rechte von vorgestern“ nur überholte Privilegien, konnten nicht darüber täuschen, daß Grotewohls ausdrückliche Berufung auf das Kommuniqué vom 21. Juli 1958 als einer nach wie vor geeigneten Verhandlungsgrundlage eine Farce ist.

Die Uneinigkeit in den evangelischen Kirchen wurde größer. Es zeigen sich nicht nur bei manchen Pfarrern, sondern auch in den theologischen Fakultäten, sogar bei den Kirchenleitungen weiche Stellen, ganz ähnlich wie im Kirchenkampf 1935. Der lutherische Landesbischof von Thüringen, D. Mitzenheim, verstieg sich sogar unnötigerweise und unaufgefordert dazu, den bekannten Brief Grotewohls an Bundeskanzler Adenauer in der Berlinfrage als „Ausdruck eines neues Ethos“ zu bezeichnen, so daß ihm Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier öffentlich erklärte, er stehe nun unter dem Verdacht, sich bei einem atheistischen Staat anbietern zu wollen. Der „Bund evangelischer Pfarrer“ in der Ostzone, der die Eingliederung der Geistlichen in die gesellschaftliche Ordnung der DDR betreibt und vom 19.—21. Mai in Erfurt seinen „Ersten evangelischen Pfarrertag“ hielt, scheint im Wachsen zu sein.

Infolgedessen gab der Rat der Evangelischen Kirche der Union, der sich am 18. April u. a. mit der Rede Grotewohls befaßte, seiner „wachsenden Enttäuschung“ darüber Ausdruck, daß die im Regierungskommuniqué der DDR vom 21. Juli 1958 zugesagten weiteren Verhandlungen trotz starker Bemühungen der kirchlichen Stellen noch keine nennenswerten Fortschritte bei der Beseitigung der vorhandenen Mißstände erzielt hätten, „ja bisher kaum ernsthaft in Gang gekommen sind“.

Bischof Dibelius greift ein

Auf dieser Konferenz wurde offenbar beschlossen, daß Bischof Dibelius wie schon so oft die schwankende Front durch eine klare Stellungnahme festigen sollte. Er schrieb jedenfalls unter dem 20. April einen Offenen Brief an